



Zeitschrift der GEW Hamburg  
November 11/2019

# hlz

**HMT**  
THE WIKER TRINGS LAMB REIPER

**NICKELBACK**  
LIVE IN CONCERT

**WIE GEFAHRLICH IST DIE ANTIFA?**

Wir mögen einen...  
wie Medien:  
Antifa-Aktivisten in Schulen  
sorgen für Wirbel

**NO MEANS NO**  
ANTI RAPE CAUGHT

**ANTIFASCHISTISCHE AKTION**

Antifaschismus  
ist LEHREnschaft

Podium und Diskussion mit Aktivist:innen  
**Mo. 2. Sept. 19:00 Uhr**  
**Aula der Max Brauer Schule**  
Bild der Postfachnummer 14

Was sind das für Leute, was machen sie?  
Woher kommt die öffentliche Wahrnehmung als Störer  
unserer gesellschaftlichen Ordnung?  
Welches Selbstverständnis hat die Antifa?

**COLERA**

SO WHAT? Let the sun shine in

**04.04.16 HAMBURG**  
CON SAAL 3

**memes Drives**

**NETZWERK**

... nur nicht  
einschüchtern lassen



IN DEUTSCHLAND FEHLEN  
FAST 40.000 LEHRER.

UNENTSCULDIGT ?!



Die Bürgerschaftswahlen rücken näher, am 23. Februar 2020 ist es so weit. Dann werden in Hamburg die politischen Vertreter\_innen gewählt, die für die nächsten fünf Jahre die politische Verantwortung in Hamburg übernehmen wollen. Als GEW haben wir unsere konkreten Forderungen, die alle Bildungsbereiche betreffen, in unseren Leitlinien zur Bürgerschaftswahl zusammengefasst. Sie werden demnächst in gedruckter Form und über die Homepage abrufbar sein. In den Leitlinien machen wir noch einmal deutlich, dass das Bildungswesen in Hamburg durch eine deutliche Unterfinanzierung gekennzeichnet ist. Die Steigerungen im Hamburger Doppelhaushalt 2019/20 spiegeln vielfach die wachsenden Bedarfe wieder und sind zugleich Ausdruck stetig steigender Mehreinnahmen, mehr aber auch nicht. Aus Sicht der GEW ist eine verstärkte Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens zwingende Voraussetzung für eine demokratische, inklusive, soziale und wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft.

Die wesentlichen Forderungen sind folgende: Mehr Personal für die Kindertagesstätten, um sowohl die Ausfallzeiten als auch den Anteil der mittelbaren pädagogischen Arbeit

in die Finanzierung der Kita-Träger einzubauen. Zusätzliche Anleitungsstunden, um Quereinsteiger\_innen, die berufsbegleitend zu Erzieher\_innen ausgebildet werden, zu begleiten und um die Qualität der Kita-Arbeit zu halten. Im Bereich Schule fordern wir, das Entgelt für Grund- und Stadtteilschullehrkräfte rechtsverbindlich und sofort auf A13Z bzw. E13 anzuheben. Für die Hochschulen muss es eine Steigerung ihrer Etats (Landes-Grundmittel) um mindestens drei, besser sechs Prozent pro Jahr geben. Weitere Forderungen finden sich in unseren Leitlinien. Da-

te Arbeitsbedingungen! Dort wird mit hochschulpolitischen Sprecher\_innen von SPD, GRÜNEN, CDU, LINKEN und der FDP diskutiert. Am 27.11.19 folgt eine Veranstaltung der Fachgruppe Erwachsenenbildung, bei der es vor allem um die Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung gehen wird und darum, was Hamburg tun muss, damit diese besser werden. Auch noch in diesem Jahr wird dann am 11.12.19, 18 Uhr die Veranstaltung mit den schulpolitischen Sprecher\_innen der bereits genannten Parteien stattfinden: Schulpolitik in Hamburg – wo bleiben die Beschäftigten? Bei dieser Veranstaltung wird Oliver Hollenstein (Journalist bei der ZEIT) die Moderation übernehmen.

Ihr seid zu allen Veranstaltungen herzlich eingeladen! Lasst uns unsere Forderungen aber auch an allen anderen Stellen laut und deutlich vortragen. Als Vorsitzende werden wir natürlich auch jede Gelegenheit nutzen, um dies zu tun. Die politischen Parteien dürfen nicht glauben, dass sie bei den Beschäftigten mit Versuchen wie dem Vertrag zum sogenannten „Schulfrieden“

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring**

## Bürgerschaftswahlen nutzen!

mit unsere Forderungen aber auch Gehör bei den richtigen Adressen finden, laden wir zu entsprechenden Veranstaltungen mit den politisch Verantwortlichen ein. Es beginnt mit der Veranstaltung der Fachgruppe Hochschule und Forschung am 12.11.19, 18 Uhr im Curiohaus: Exzellente Wissenschaft braucht exzellen-

oder auch dem Totschweigen bestimmter Missstände sich aus der Verantwortung stehlen können! Lasst uns die Bürgerschaftswahlen nutzen, unsere Forderungen genau zu platzieren, damit sie in den Wahlprogrammen und auch bei den kommenden politischen Entscheidungen eine wichtige Rolle spielen!



Foto: hlz

**Reiseziel unbekannt** Seite 12  
 Egal welche Kapriolen die Politik in Sachen Schulstruktur schlägt: es bleibt die Erkenntnis, dass die Reise in die Zukunft in einem gemeinsamen Zug stattfindet.

**Schöne neue Welt** Seite 15  
 Die Übertragung neoliberaler Konzepte der Wirtschaftspolitik auf die Pädagogik trieb mit der Orientierung auf Kompetenzen die Individualisierung voran. Sie erscheint unverzichtbar in einer Welt, in der der Wettbewerb als Allheilmittel für eine ge-  
 deihliche Entwicklung ausgegeben wird.

**Allein der Glaube fehlt** Seite 18  
 Mehr als 10 Jahre beglückt die Lehrer\_innen dieser Stadt eine Arbeitszeitregelung, die mit dem Anspruch daher kam, alles gerechter machen zu wollen. Die Wirklichkeit spottet dem jedoch Hohn.

**Lucke** Seite 44  
 Er ist wieder da und das weckt bei manchen Studierenden Unmut. Was sich inhaltlich jenseits spektakulärer Auftritte Protestierender verbirgt, beschreiben die betroffenen Fachschaftsrate.



Foto: wikimedia commons

## GEW

**JA13**  
 Von der Absicht zur Tat \_\_\_\_\_ 8

**Kita**  
 Es reicht nicht \_\_\_\_\_ 10

**Arbeitszeit**  
 Im WAZ-Dschungel \_\_\_\_\_ 18

**Einheitsgewerkschaft**  
 Falscher Fokus \_\_\_\_\_ 21

**Service**  
 Zusatzversorgung \_\_\_\_\_ 22

**Seminar**  
 Begegnung in Israel \_\_\_\_\_ 58

**Ruheständler\_innen**  
 Gut gefeiert \_\_\_\_\_ 60

## Bildungspolitik

**Schulstruktur**  
 GEST zu Campusschulen \_\_\_\_\_ 12

**Schulstruktur 2**  
 SEPL in der Campusschule \_\_\_\_\_ 13

## Veranstaltungen

**Schulsozialarbeit und Inklusion**  
 Tagung \_\_\_\_\_ 23

**Judentum**  
 Geschichte und Gegenwart \_\_\_\_\_ 33

**Asylrecht**  
 Fortbildungen \_\_\_\_\_ 43

**Uni**  
 ... par excellence \_\_\_\_\_ 48

**Medien**  
 Digitale Demenz \_\_\_\_\_ 61

**Personalpolitik**  
 Podiumsdiskussion (Rückseite) \_\_\_\_\_ 68

# Schwerpunkt

Rechtsradikalismus	24
--------------------	----

# Magazin

<b>Pädagogik</b> Bildung in der neoliberalen Falle (Teil 1)	15
---	----

<b>Brandstifter</b> Alexander Wolf	34
---------------------------------------	----

<b>Tagung</b> Courage gegen rechts	36
---------------------------------------	----

<b>Schulkultur</b> Wider das Duckmäusertum	40
---	----

<b>Bernd Lucke</b> Das sagen die Fachschaftsräte	44
---	----

<b>Klima</b> 1 Jahr FFF	46
----------------------------	----

<b>OECD</b> Bildungsbericht 2019	50
-------------------------------------	----

<b>Sozialer Wohnungsbau</b> Aufstieg und Fall der Neuen Heimat	54
---	----

# Rubriken

hlz-Notiz	3
-----------	---

Leser_innenbriefe / Nachrichten	6
---------------------------------	---

gb@-Seminare	49
--------------	----

Impressum	63
-----------	----

GEW-Termine	63
-------------	----

Rätsel	64
--------	----

Aus der Schlüsseltechnologie...	65
---------------------------------	----



Foto: GEW

## Antifa Seite 24

Die völkisch-nationalistisch orientierten Kräfte der AfD-Bürgerschaftsfraktion lassen nichts unversucht, um demokratisches Engagement (nicht nur) in Schulen als verfassungsfeindlich zu diskreditieren. Ein Blick in die Historie legt den eigentlichen Konflikt offen.

## Originärer Auftrag Seite 21

Wie weit darf oder sollte sich gewerkschaftliches Engagement auf die politischen Auseinandersetzungen der Zeit ausrichten? Dieser Frage geht unser Autor Roland Kasprzak nach.

## Armes Land Seite 50

In der jährlichen OECD Berichterstattung über die Bildungssysteme im internationalen Vergleich landet Deutschland auch in diesem Jahr wieder nur auf einem mittleren Rang. Die Ausgaben für Bildung pro Schüler\_in/Student\_in sind sogar gesunken, wodurch die soziale Durchlässigkeit weiter eingeschränkt wird.

## Wohnen Seite 54

In Zeiten existenzbedrohender Mietenentwicklung erinnert man sich auch hierzulande genossenschaftlicher Konzepte im Wohnungsbau. Das ist leider verbunden mit einem schwarzen Kapitel die Gewerkschaften betreffend.



Quelle: Aus Schulheft 1967/NH-Bauren an der Hostenstraße

## Generationen übergreifend

hlz 9-10/2019, S. 52ff zu Nolde

Schwärmer sortieren Lenz' „Deutschstunde“ so ein: „Als der Roman 1968 erschien, traf er das Lebensgefühl der gegen die Kriegsgeneration rebellierenden jungen Generation. Sie wollte abrechnen mit den Lebenslügen der Eltern und Großeltern, mit dem Verdrängen, Vertuschen, Verschweigen der Schuld.“ So stellt zum Beispiel das Goethe-Institut seit 2016 – von anderen gerne abgeschrieben – seinen Kund\_innen im In- und Ausland die Sache dar.

Ausgerechnet! Nolde, der Judenhasser, Hitleranbeter, Himmlerfreund, der Herbeisehner des Endsiegs und deutscher Weltherrschaft, dann Fälscher seiner autobiografischen Schriften, als eine Leitfigur gegen Lebenslügen, Verdrängen, Vertuschen, Verschweigen. Mehr Verhöhnung der Rebellierenden geht ja gar nicht.

Andere Schwärmer: Die Schmidts. Loki und Helmut hatten die „Deutschstunde“ 1968 nach Erscheinen verschlungen und drückten Freund Lenz ihre innere Zustimmung zu seiner Würdigung Noldes aus, den Lenz in einen Widerständigen gegen die nationalsozialistische Herrschaft umkostümiert hatte. Man darf annehmen, dass die Schmidts in ihren Kreisen auch gleich den gewünschten Ton setzten. Wie viel sie damals aus ihrer Erinnerung wussten und dann doch nicht mehr wissen wollten von Noldes tatsächlicher inniger Verbundenheit mit der Hitlerherrschaft, sei noch dahin gestellt.

Und so kam es, dass sich

die „Generation „68“ und die „Generation Schmidt“ nach inzwischen üblich gewordener Lesart bei Nolde trafen.

HUBERTUS ROMAHN

## Reflex

hlz 9-10/2019, S. 50f zu Waldorf

Wer aus der taz abschreibt, hat auch die Folgen schlecht recherchierter Kommentare zu tragen.

Es ist bekannt, dass die taz unter einem vermeintlich aufklärerischen Mäntelchen alles Mögliche über Waldorfschulen verbreitet. Es gibt Wahrheiten, Halb Wahrheiten, Einzelfall-Diskussionen, Zusammenhangloses usw. Daher darf man sich nicht wundern, wenn ein abgeschrieben Artikel in einem Lehrerheft etwas - gelinde gesagt – unrecherchiert wirkt.

A. GEORGES

*Es handelte sich um einen Nachdruck eines Artikels aus der taz. Die Redaktion*

## Ranking

Zum Start des neuen Semesters hat die Jobsuchmaschine ‚Adzuna‘ den durchschnittlichen Numerus Clausus der 40 größten deutschen Universitäten ermittelt und miteinander verglichen. Demnach hat die Uni Bochum mit einem durchschnittlichen NC von 1,62 die schwersten Zulassungsvoraussetzungen. In Augsburg ist es dagegen deutlich leichter, einen Studienplatz zu ergattern: Hier liegt der NC im Schnitt bei 3,42. Ein Ranking, das bislang im öffentlichen Bewusstsein für einzelne Studienfächer galt, scheint nun die gesamte Hochschullandschaft in Deutschland zu betreffen.

## Anti-Antifa

André Trepoll, CDU-Oppositionschef in der Bürgerschaft, fordert nach dem Anschlag in Halle mit einem Parlamentsantrag eine neue Strategie im Kampf gegen Antisemitismus auch in Hamburg. Nach dem Vorbild der meisten Bundesländer und des Bundes schlägt

## Aktion Courage e.V. lehnt Roland Berger Preis ab

Die Roland Berger Stiftung würdigte mit einem Preisgeld von 30.000 Euro das Engagement des bundesweiten Courage-Netzwerkes gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und für die Menschenwürde.

Der Trägerverein des Netzwerkes, Aktion Courage e. V., erfuhr durch Presseberichte (vgl. auch hier), dass Roland Berger die Verstrickungen seines Vaters in das Unrechtssystem des Nationalsozialismus öffentlich nicht wahrheitsge-

mäß dargestellt hat. Dieser war demnach keineswegs Opfer, sondern ein Profiteur des NS-Regimes.

Sanem Kleff, die Vorsitzende des Vereins, erklärte: „Der Trägerverein von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, nimmt den Roland Berger Preis für Menschenwürde nicht an.“

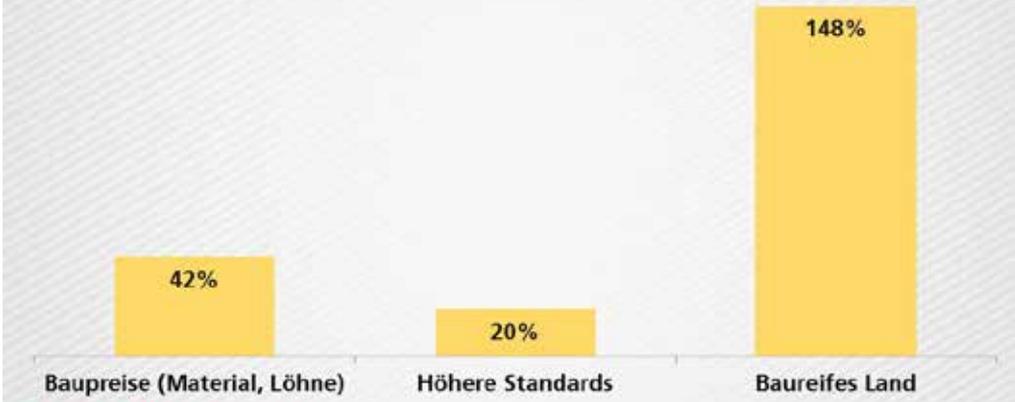


## Wohnungsbau: Grundstückskosten explodieren

### Kostenanstieg beim Neubau von Wohngebäuden, 2000-2018

ver.di

V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVERSTAND – RESSORT 1 –  
FRANK BSIRSKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN



Trepoll eine n Beauftragte n für das jüdische Leben und die Bekämpfung des Antisemitismus vor. Deutschland dürfe den Kampf gegen den Faschismus nicht länger selbst ernannten Antifaschist\_innen überlassen, es bedürfe eines viel zitierten „Aufstands der Anständigen“, warnte der CDU-Fraktionschef. „Bildung – insbesondere historische und politische – stellt wahrscheinlich die beste Grundlage gegen Antisemitismus dar“, so Trepoll. Deswegen soll der Senat „den Besuch einer Erinnerungsstätte an die Nazidiktatur während der Schulzeit für jeden Hamburger Schüler zur Pflicht machen“, wie es im CDU-Antrag heißt. Dazu zählt zum Beispiel die KZ-Gedenkstätte Neugamme.

## Spitze

Die FDP-Opposition fordert in einem Bürgerschaftsantrag die Einführung digitaler Zeugnisse für Schulabgänger\_innen. „Bewerbungsprozesse finden heute vor allem digital statt – ob für Studienplätze, Stipendien, Ausbildungs- oder Arbeitsstellen“, sagt die FDP-Bürger-

schaftsfraktionschefin Anna von Treuenfels-Frowein. Die Bewerber\_innen müssten jedoch in der Regel zunächst ihre in Papierform ausgegebenen Zeugnisse digitalisieren. „Das ist nicht nur unnötiger Aufwand und kostet Geld, sondern ist zudem auch unsicherer, denn kopierte und eingescannte Zeugnisse können leicht gefälscht werden“, sagt die FDP-Politikerin.

## Dusche

Hamburgs staatliche Schulen können nach den Herbstferien digitale Tafeln für ihre Unterrichtsräume sowie Laptops und Tablets für Schülerinnen und Schüler im Wert von 40 Millionen Euro bestellen.

„Wir wollen erreichen, dass Laptops und digitale Tafeln künftig in jedem Unterrichtsfach genauso selbstverständlich eingesetzt werden wie Schulbücher, Füllfederhalter und Arbeitshefte; nicht zwingend in jeder Stunde, aber immer dann, wenn es pädagogisch sinnvoll ist,“ so Schulsenator Ties Rabe. Ziel sei es, so der Senator weiter, dass alle rund 13.000 Klassen-, Fach- und Unterrichtsräume der Hambur-

ger Schulen mit WLAN und einer digitalen Tafel ausgerüstet werden und zusätzlich für die Schülerinnen und Schüler rund 45.000 Laptops und Tablets zur Verfügung gestellt werden.

## Tropfen

Mit einem auf zehn Jahre angelegten Förder- und Forschungsprogramm wollen Bund und Länder Hunderten sogenannter Brennpunktschulen in Deutschland unter die Arme greifen. So sollen die Bildungschancen der Schüler\_innen dort verbessert werden. Dafür sollen 125 Millionen Euro bereitgestellt werden. Die Hamburger Schulen erhalten zusammen mindestens 1,6 Millionen Euro aus Landesmitteln und weitere 1,6 Millionen Euro in Form von wissenschaftlicher Expertise. „Mit unserem bereits laufenden Förderprogramm (D33) für Schulen in sozial benachteiligten Quartieren gehen wir schon jetzt weit über diese vereinbarte Landesförderung hinaus und fördern die 33 Schulen mit dem fünffachen Betrag von rund 1,5 Millionen Euro pro Schule“, so Schulsenator Ties Rabe.

# Es hat sich gelohnt!

Aus der Absicht der am ‚Schulfrieden‘ beteiligten Bürgerschaft-Fraktionen, Lehrkräfte einheitlich zu bezahlen, muss nun Wirklichkeit werden

Die bessere Bezahlung für Grund- und Mittelstufenlehrkräfte ist ein Erfolg, der ohne unseren Druck nicht zustande gekommen wäre, aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Lange, lange haben wir darauf gewartet! Schon länger konnte man hinter den Kulissen vernehmen, dass sie bald kommen soll! Jetzt soll es tatsächlich so weit sein: A13Z für die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte! Das ist ein Erfolg! Es ist ein Erfolg der GEW, die seit 2015 auf den verschiedenen politischen Ebenen Druck gemacht hat. Es ist ein Erfolg insbesondere der Kolleg\_innen, die sich an unseren Aktionen beteiligt haben und ein Erfolg derjenigen, die Widerspruch gegen ihre ungerechte Besoldung nach A12 eingelegt haben und mit unserem Rechtsschutz das rechtliche Verfahren betreiben.

An allem Schönen sind häufig ein paar Haken und Ösen. Das ist hier leider auch der Fall. Im Moment ist dies nur eine Absichtserklärung der Bürgerschaftsfraktionen von SPD, GRÜNE, CDU und FDP, die hinter verschlossenen Türen über den sogenannten „Schulfrieden“ verhandelt haben. Weitere fünf Jahre wollen sie keine Veränderungen an der Schulstruktur vornehmen. Dafür soll es einige andere Veränderungen geben und mittelfristig sollen die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte auch nach A13 besoldet bzw. nach E13 bezahlt werden. Dies soll allerdings in drei Stufen geschehen, beginnend ab dem Schuljahr 2021/2022. Eine Gleichstellung wäre dann erst zum 1.8.2023 erreicht. Dies wäre zwar eine schnellere Umsetzung

als sie in Schleswig-Holstein (bis 2025) beschlossen wurde, aber in Bremen wird der Prozess der besseren Besoldung in zwei Schritten bis 2021 durchgeführt.

Wichtig ist: Bisher handelt es sich nur um eine Absichtserklärung der Fraktionen. Für eine reale Änderung muss Hamburg ein neues Besoldungsgesetz entwerfen und verabschieden, wobei viele Feinheiten bedacht werden müssen. Hier beginnt also erst die eigentliche Arbeit. Dann muss das Ganze auch noch für die Tarifbeschäftigten umgesetzt werden. Ein gutes Gesetz braucht also notwendigerweise einen angemessenen zeitlichen Vorlauf.

Folgendermaßen wird die GEW nun vorgehen:

Wir versuchen, auf den Gesetzgebungsprozess und damit auf die Bürgerschaftsparteien größtmöglichen Einfluss zu nehmen, damit die gerechte Bezahlung möglichst schnell und nicht in kleinen Trippelschritten umgesetzt wird.

Wir prüfen, wie die Tarifbeschäftigten gleichberechtigt mit einbezogen werden können.

Rund um den Gesetzgebungsprozess werden wir die Betroffenen zu einem Termin einladen, um gemeinsam zu erörtern, wie wir mit den Rechtsverfahren weiter machen.

Für Fragen kann man sich immer gern an die GEW Geschäftsstelle wenden. Allerdings bitten wir um Verständnis, dass wir zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Auskünfte über die konkrete Ausgestaltung der Anhebung der Besoldung machen können. Dazu liegen uns keiner-

lei Informationen vor.

Noch einmal zurück zu den „Schulfrieden-Gesprächen“. Besonders ärgerlich ist es, dass sich die CDU die Verbesserung der Bezahlung der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte auf die Fahnen schreiben will. Dazu haben wir für die Presse formuliert: „Die ‚Schulfrieden-Gespräche‘ von SPD, Grünen, CDU und FDP sind abgeschlossen. Dabei wird vor allem der CDU der Verzicht auf die Forderung nach Rückkehr zu G9 an Gymnasien im Wahlkampf abgekauft. Besonders die CDU schmückt sich in den Gesprächen geschichtsvergessen mit fremden Federn, wenn sie fordert, Grund- und Mittelstufenlehrkräfte sollten zukünftig auch mit A13 wie die anderen Lehrkräfte gleich und gerecht besoldet werden.“ (Anja Bensing-Stolze, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW Hamburg). Und weiter: „Die CDU hatte die schlechtere Bezahlung nach A12 und damit auch geringere Wertschätzung für die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte als Regierungspartei eingeführt! Der Kampf um die gleiche Bezahlung wird seit Jahren von der GEW geführt. Wir begrüßen natürlich die jetzt getroffene Vereinbarung über die gleiche Besoldung aller Lehrkräfte nach A13 Z. Sie müsste aus unserer Sicht allerdings früher und schneller umgesetzt werden, sonst werden ältere Lehrkräfte weiter benachteiligt.“

ANJA BENSINGER-STOLZE  
Vorsitzende GEW Hamburg



**GESCHAFFT!**

**13** für alle

# Personalschlüssel verbessern sich zu langsam

Trotz Kita-Ausbau gibt es immer noch vielerorts zu wenig Personal für eine kindgerechte Betreuung

Obwohl es immer mehr pädagogische Fachkräfte in Deutschland gibt, fehlt in der Kinderbetreuung weiter Personal. Mit dem Kita-Ausbau stieg von 2008 bis 2018 zwar die Zahl des pädagogischen Personals um 54 Prozent beziehungsweise von 379.146 auf 582.125 Erzieherinnen und Erzieher, wie aus dem Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung hervorgeht. Die Personalschlüssel verbessern sich mit Blick auf eine kindgerechte Betreuung sowie gute Arbeitsbedingungen der Fachkräfte jedoch zu langsam.

Am 1. März 2013 war eine vollzeitbeschäftigte pädagogische Fachkraft in Krippengruppen laut Studie rein rechnerisch für 4,6 ganztagsbetreute Kinder zuständig. Am 1. März 2018 waren es 4,2 Kinder. In Kindergartengruppen verantworteten Erzieherinnen und Erzieher 2013 die Förderung von 9,6 und 2018 von 8,9 Kindern. Wissenschaftlich empfohlen wird ein Personalschlüssel von 1:3 in Krippen und 1:7 beziehungsweise 1:8 für Kitas.

Zugleich gibt es nach wie vor deutschlandweit massive Unterschiede. [...]

So ist in Mecklenburg-Vorpommerns Kindergartengruppen eine Fachkraft für 13,2 und in Baden-Württemberg für 7,0 Kinder zuständig. Im Krippenbereich zeigt sich zwischen Sachsen und Baden-Württemberg mit 1 zu 6,2 und 1 zu 3,0 eine ebenso große Kluft.

## Forderungen der GEW

Die GEW fordert Bund, Länder und Kommunen zu deutlich mehr Anstrengungen auf, um zusätzliche Kita-Fachkräfte zu gewinnen. „Der Fachkraft-Kind-Schlüssel ist fast überall noch weit davon entfernt, was die Wissenschaft für pädagogisch notwendig erachtet“, betonte Björn Köhler, GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe, am Donnerstag in Frankfurt a.M. „Nur mit guten Arbeitsbedingungen werden wir mehr Menschen für dieses gesellschaftspolitisch so wichtige Arbeitsfeld gewinnen.“ Dazu gehöre auch eine gute Bezahlung.

Die Länder seien gefordert, genügend Lehrkräfte für die schulische Ausbildung zur Verfügung zu stellen und die Kapazitäten der entsprechenden Studiengänge auszubauen. Auch kommunale Arbeitgeber müssten zügig Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Berufes machen: „Wir brauchen dringend eine nationale Strategie, die nicht am Föderalismus scheitern darf“, forderte Köhler. Bund, Länder und Kommunen müssten sich darauf verständigen, wie die Kitafinanzierung deutlich zu verbessern sei.

## Personalschlüssel versus Fachkraft-Kind-Relation

Für die Bildungsgewerkschaft muss bei der Analyse der Situation in der Kinderbetreuung zudem zwischen dem im Ländermonitor zugrunde gelegten Personalschlüssel und der Fachkraft-Kind-Relation unterschieden werden. Dieser Unterschied ist für Erzieherinnen und Erzie-

her ganz wesentlich: Der Personalschlüssel setzt die bezahlte Arbeitszeit einer pädagogischen Fachkraft über den Zeitraum eines Jahres und unter der Annahme einer Vollzeitbeschäftigung ins Verhältnis zu den zu betreuenden Kindern und den jeweiligen Betreuungszeiten.

Dieser Wert ist also sehr theoretisch – eine Art „Bruttoarbeitszeit“. So gesehen ist die Fachkraft-Kind-Relation die Nettozeit, die der Erzieherin oder dem Erzieher tatsächlich für das einzelne Kind bleibt: Sie berücksichtigt Zeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildung sowie die mittelbare pädagogische Arbeit wie Vor- und Nachbereitung von Elterngesprächen. Die reale Fachkraft-Kind-Relation lässt sich oft nur schwer ermitteln, zu viele Faktoren sind zu berücksichtigen – wie sind die Öffnungszeiten, wann die Hauptbetreuungszeiten, wie viele Kinder und wie viele Erzieherinnen und Erzieher sind wann anwesend, wie sollen Fehl- und Urlaubszeiten pauschal kalkuliert werden.

Das diesjährige Ländermonitoring der Bertelsmann Stiftung untersucht, wie das Gute-Kita-Gesetz in den einzelnen Ländern wirkt und wie die Arbeitsbelastung des pädagogischen Fachpersonals vor Ort aussieht. Zentrale politische Forderung der Studie ist, die Ausbildungsstandards zwischen den Ländern zu vereinheitlichen und die Ausbildungskapazitäten für pädagogisches Personal stark zu erhöhen.

GEW HAUPTVORSTAND

Eure Interessen  
sind unsere Themen



## FÜR MEHR QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE!

Denn Jung und Alt sitzen in einem Boot 

### Wieder neigt sich ein Jahr dem Ende zu

#### Es tut sich viel im Betrieb!

- Die Jubiläumsfeiern sind erfolgreich beendet.
- Viele Kolleg\*innen wechseln aus den unterschiedlichsten Gründen die Kitas bzw. die Arbeitsplätze.
- Wo Kolleg\*innen neu anfangen, müssen sich die Teams neu zusammenfinden und Aufgaben häufig anders verteilt werden.
- Nach wie vor sind viele Stellen zeitweise oder längerfristig unbesetzt und die Ausfallquote steigt, weil im Herbst die Arbeitsunfähigkeitszahlen immer steigen.
- Klare Regeln, welche Aufgaben bei Personalengpässen wegfallen, stehen immer noch aus.
- Pädagogische Flächen werden heiß diskutiert, vor allem, welche Auswirkungen diese auf die Arbeitsbedingungen haben könnten.
- Die Betriebsvereinbarung „Zulagen“ ist in „trockenen Tüchern“. Sie regelt die Vergütung von Beschäftigten ohne pädagogische Ausbildung.
  - Sie regelt auch, dass Sozialpädagogische Assistenten\*innen (SPAs) und Kinderpfleger\*innen mit zeitlicher und finanzieller Unterstützung durch die Elbkinder berufsbegleitend die Ausbildung zum/r Erzieher\*in machen können. Die Bedingungen dafür sind dort festgelegt.
- Neue Formen der Gespräche zur betrieblichen Eingliederung nach längeren Arbeitsunfähigkeiten (BEM Gespräche). Diese sind in einer neuen Betriebsvereinbarung erarbeitet worden. Dabei geht es auch um die Frage, ob ihr Betriebsrat oder SBV teilnehmen lässt.
- Wenn jemand von euch Sonderurlaub machen möchte oder benötigt, weil ihr euch auf Prüfungen vorbereiten müsst, weil ihr besondere Vorhaben habt oder aus anderen Gründen, müsst ihr zurzeit immer mühsam einen Einzelantrag stellen, weil die Geschäftsführung die alte Betriebsvereinbarung dazu gekündigt hatte und jetzt erst zu neuen Verhandlungen bereit ist.
- Umstellung der PCs auf Windows 10 und eine neue Office Version.

Wie geht's euch im Betrieb und mit den Veränderungen? Es bleibt noch viel zu tun. Wenn ihr der Meinung seid, dass sich etwas ändern müsste, könnt ihr euch in die betrieblichen Prozesse einbringen und dann auch im Betriebsrat agieren.

Wenn ihr etwas verändern wollt, könnt ihr euch bei uns von **Der Offenen Liste** melden und gern auch zu unseren Listentreffen, jeden 3. Donnerstag im Monat ab 17.30 in der GEW, kommen.

#### Unser Ziel: Verbesserungen für euch und unseren Betrieb!

DOL Ansprechpartnerinnen

Angelika Künstler – Betriebsrätin	040 / 42109 – 187	a.kuenstler-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheitherr – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheitherr-betriebsrat@elbkinder-kitas.de



SCHULSTRUKTUR

# Chancen und Risiken

## Stellungnahme der GEST zu den geplanten Campusschulen

Die GEST sieht die geplanten Campus-Stadtteilschulen (C-STS) als Chance für die Hamburger Schullandschaft, aber auch die Risiken.

Für eine erfolgreiche Integration der C-STS in die Stadtteilschullandschaft sind neben den eindeutigen organisatorischen Kennziffern wie z. B. eine Schulleitung, ein Elternrat, eine Schulkonferenz, die Anwendung der bestehenden Bildungspläne nachfolgende Voraussetzungen wichtig:

Die C-STS müssen in ihrer Gesamtheit nach den Richtlinien der Bürgerschaftsbeschlüsse der Drucksache 21/4866 Guter Ganztag und der Drucksache 21/11428 Gute Inklusion gebaut werden. Diese Vorgehensweise inkludiert auch den Gymnasialzweig an den C-STS. Des Weiteren müssen die Anforderungen des Musterflächenprogramms (MFP) eingehalten werden.

Die Qualitätsstandards für die Schulverpflegung sollten eingehalten und die beteiligten Akteure einbezogen werden. Die räumliche und personelle Ausstattung bei der Einrichtung von Kantinen und Mensen muss gewährleistet sein.

Die Regionalen Bildungskonferenzen (RBKs) sind in den Entscheidungsprozess für den

Bau der C-STS einzubinden.

Mit Freude haben wir registriert, dass die BSB die Sorgen der umliegenden weiterführenden Schulen ernst nimmt. In der Endfassung des SEPL wurde die Anzahl der C-STS-Neugründungen auf 6 reduziert

Diese berechtigte Sorge der umliegenden weiterführenden Schulen sollte weiter in gemeinsamen Gesprächen berücksichtigt werden, indem die betroffenen Schulen in die Kon-

zeptbildung einbezogen werden. Die C-STS dürfen nur dort entstehen, wo es für die umliegenden Schulen eine gewünschte Entlastung bringt.

Die pädagogischen Konzepte müssen integrativ ausgerichtet sein, so dass die Schüler\_innen ihre Schule als eine gemeinsame Schule verstehen. Dieses gelingt an den bestehenden Kooperationschulen durch Theater oder Sportveranstaltungen in den Jahrgängen 7 bis 10 gut.

Differenzierung findet an vielen großen „klassischen“ Stadtteilschulen statt. Integrative Konzepte auf der anderen Seite

(z. B. in klassenübergreifendem gemeinsamem Unterricht) sollten gemäß den Erfordernissen der einzelnen Standorte individuell entwickelt werden. Die Campusschulen als ausgewiesene („lupenreine“) Stadtteilschulen können sich hier an vorhandenen Konzepten bestehender Stadtteilschulen orientieren. Die GEST begrüßt ausdrücklich neue reformorientierte Ansätze auch von dieser Seite.

Damit eine C-STS funktioniert, sollte sie mindestens 6- und maximal 8zünftig sein und davon sollten maximal 2 Gym-Züge sein. Die Klassenfrequenzen in 7-10 dürfen die der jeweiligen Schulform nicht

überschreiten. Die viel gescholtene Differenzierung in 7-10 in Gymnasium und STS sehen wir unkritisch. In vielen großen STS wird bereits heute in den Kernfächern extern differenziert (Stichwort Challenge-Kurse).

Wichtig ist ebenfalls, im Einzelfall abzuwägen, inwieweit die C-STS in die Region passt oder ob durch heute noch nicht planbare externe Faktoren ein Gymnasium bzw. eine klassische Stadtteilschule die besseren Alternativen wären.

GEST (Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen)



GEST  
Gemeinschaft der Elternräte an  
Stadtteilschulen in Hamburg

# Entwicklung durch Annäherung

Die Campusschule als eine Möglichkeit, den Bedürfnissen des jeweiligen Stadtteils gerecht zu werden

Wer an einer Schulstruktur festhält, die es nicht ermöglicht, dem unteren Leistungsdrittel eine wirkliche Perspektive zu bieten, die die starke Abhängigkeit von Status und Lernerfolg nicht aufbrechen kann, in der die Lernleistungen stagnieren, die die Leistungsspitze nicht ausreichend fördert, der darf sich über eine kritische Haltung gegenüber Plänen zur Schulentwicklung nicht wundern.

Da hilft auch kein Schulstrukturfrieden. Diese Debatten wird es solange geben, wie die System- und Strukturängel evident sichtbar sind.

Die Politiker\_innen stehen unter Druck und sind scheinbar nicht in der Lage, überzeugend zu handeln. Ein Schulstrukturfrieden, in dem schnell aufgestellte Schulentwicklungspläne (SEPL) unter (zeitlich) unzureichender Beteiligung der Akteur\_innen erstellt werden, kann nicht überzeugen. Das ist umso ärgerlicher, als es ja vorhandene Kommunikationsstrukturen gibt wie die „Regionalen Bildungskonferenzen“, die einfach ignoriert wurden. So wird diese „Schulentwicklung nach Plan“ nicht etwa durch die Ergebnisse einer Bilanzierung der letzten 20 Jahre erstellt, sondern sie ist durch steigende Schüler\_innenzahlen ausgelöst. Also zu einem Zeitpunkt, zu dem man gerne mal hätte bilanzieren können.

So wird der vorliegende SEPL die Struktur langfristig festlegen, ohne darüber Auskunft zu geben, wie die vielen Fragen zum Qualitätsanspruch und zur Qualitätssicherung, zur Stagnation der Lernergebnisse, zum Umgang mit der schulischen Selbstverantwortung, zum Umgang mit sozialer Benachteiligung, zur

Übergangs- und Abschlussgerechtigkeit, zur Förderung aller Schüler\_innen und zu strukturellen Defiziten des 2-Säulen-Modells zu beantworten sind.

Dabei haben wir in Hamburg mit der Enquete-Kommission 2006 – die Einsetzung war eine Sternstunde der Hamburger Bildungspolitik – einen Erfahrungsschatz gewonnen, mit dem die Weiterentwicklung des Hamburgischen Bildungswesens bilanziert werden kann. War diese



Weiß der, wo er hin will?

Kommission zu dem Zeitpunkt wichtige Voraussetzung für den notwendigen strukturellen und organisatorischen Umbau des Bildungswesens, könnte eine solche oder ähnliche Einrichtung heute für die Bilanz und Überprüfung der Wirksamkeit von damals getroffener Maßnahmen hilfreich sein.

Eine solche Bilanz hätte auch das 2-Säulen-Modell auf den Prüfstand stellen können. Dies

hätte die politische Prämisse sein müssen, zumal in den letzten Jahren eine Fülle wichtiger wissenschaftlicher Erkenntnisse dazu gekommen sind, die einen Bilanzierungsprozess hätten unterstützen können. Ob das nun zu einer Veränderung, Anpassung, zu mehr Steuerung oder gar zu einer Öffnung von Strukturen geführt hätte, sei einmal dahingestellt. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Die nächsten Wahlen stehen an – eine Abstimmung auch über die Bildungspolitik.

Jetzt führen wir wieder eine der typischen Hamburger Schulstrukturdebatten, in denen sich zwei Seiten nahezu unversöhnlich gegenüberstehen. So ist es eben kein Wunder, dass bereits die Ankündigung der Einrichtung von Campusstadtteilschulen dazu führt, darin auch Chancen und Optionen für eine Verbesserung des 2-Säulen-Modells zu sehen, auch wenn andere die Gefahr wittern, darin eine unnötige Konkurrenz zu bekommen. Ist es nicht naheliegend, ausgehend von einer als pragmatisch ausgegebenen Lösung für den notwendig gewordenen Schulneubau, Überlegungen anzustellen, wie die Campusstadtteilschule Probleme kooperativ lösen könnte? Die nun wieder in der SPD beheimatete Dora Heyenn (MdBü) hat diese Überlegungen auf der Pro-Seite der letzten Ausgabe der HLZ beschrieben. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Egal wie ein Schulsystem strukturiert ist: wenn es die Herausforderung, hier insbesondere die Balance von individuellen und gemeinsamen Lernanregungen für die Entfaltung von kognitiven wie sozial-emotionalen Kompetenzen hinzubekommen,

nicht zufriedenstellend bewältigt, werden wir nicht nur Strukturdebatten haben. So haben wir trotz des ominösen Schulstrukturfriedens zumindest eine Debatte über die Ergänzung des zweigliedrigen Schulsystems; eine pragmatische Lösung mit Optionen.

Um es vorweg zu nehmen: ich halte es in der Strukturfrage mit der lapidaren und unaufgeregten Feststellung von Andreas Schleicher, basierend auf den PISA-Ergebnissen der OECD, „... dass keines der Länder, die eine starke Aufteilung und Gruppierung der Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten vornehmen – sei es durch die Verteilung auf unterschiedliche Schultypen, – zweige oder durch Klassenwiederholungen –, zu den leistungsstärksten Bildungssystemen ... zählt.“ (aus: Schule für das 21. Jahrhundert, Paris 2019) Mit anderen Worten: wir benötigen einen einheitlichen Rahmen, in dem dann nicht die Schulform relevant ist, sondern das, was die Einzelschule in Kooperation mit dem regionalen Umfeld zu leisten in der Lage ist.

Das eine tun, das andere nicht lassen. D.h., einerseits die Grenzen von Schulstrukturen benennen, auf Irrwege hinweisen und Debatten darüber führen, andererseits aber auch Wege und Chancen sehen und aktiv gestalten. Und die Campusstadtteilschule bietet Chancen, wie sie Dora Heyenn ja auch anführt. Ob die CCS nun eine neue Schulform ist oder nicht und ob wir dafür eine Schulgesetzänderung benötigen, halte ich dann für unerheblich, wenn sich die Chancen realisieren lassen und Fortschritte erkennbar sind. Um wen (und was?) geht es eigentlich? Mit der Campuschule eröffnen sich Möglichkeiten, die an anderen Standorten von ehemals kooperativen Gesamtschulen umgesetzt und genutzt wurden und werden. Hier und an anderen Standorten mit ähn-

licher Ausgangslage bieten sich noch viele Wege der Zusammenarbeit und des schulischen Zusammenlebens. Hier in Wege zu mehr Vertrauen und Verständnis füreinander zu investieren, lohnt sich mehr, als über die vermeintlich notwendigen Grenzen zu streiten.

Darüber hinaus versuchen viele Schulen über Kooperationen, Profilbildungen, Strukturrevision und Schwerpunktsetzungen im Förderbereich, gemeinsame Oberstufen (warum gibt es eigentlich keine gemeinsame

---

*Ich halte es in der  
Strukturfrage mit  
Andreas Schleicher,  
„dass keines der Länder  
die eine Aufteilung der  
Schüler vornehmen, zu  
den leistungsstärksten  
Bildungssystemen zählt.“*

---

„Unterstufe“?) und die Individualisierung Wege zu gehen, die das Trennende der Schulstruktur aufweicht. Hier ist sicherlich noch Luft nach oben und unten. Man bekommt schon den Eindruck, wenn man vor Ort mit Akteur\_innen spricht, dass es an vielen Standorten nicht mehr darum geht, die Schulform zu demonstrieren, sondern die Schüler\_innen in den Mittelpunkt zu stellen, um sich an deren Bedarfen zu orientieren und nicht umgekehrt. Und das über Schulformgrenzen hinweg da, wo es möglich ist und die Menschen es wollen. Eine Politik der Annäherung. Vielleicht mehr als nur eine Metapher.

In diesem Zusammenhang sind Studien hilfreich, die sich mit Schulentwicklung von Schulen in sozial benachteiligten Lagen beschäftigen (beispielhaft seien genannt: Klein, Esther Dominique: Bedingungen und Formen erfolgreicher Schulent-

wicklung in Schulen in sozial deprivierter Lage. Auch: von Ackeren u.a., Strategien der Qualitätsentwicklung von Schulen in schwieriger Lage).

Spannende Ergebnisse liegen vor, die zeigen, was über eine Strukturdebatte hinaus möglich ist, wenn analytisch und selbstbewusst die eigene Schulentwicklung in die Hand genommen wird. Schulforscher wissen von Ergebnissen aus Schulen zu berichten, die das Schul-Herz in die Hand genommen haben und im Rahmen ihrer Schulautonomie oder durch mutige Projekte zu bemerkenswerten Ergebnissen gekommen sind. Hier verwischen Schulformgrenzen.

Auch Eltern haben die Chancen und Möglichkeiten der beiden Säulen für ihre Kinder entdeckt, z.B. den freiwilligen Schulformwechsel, um die Möglichkeiten der jeweils anderen Säule zu nutzen. Plötzlich spielen Strukturen eine andere Rolle, als ihnen mal zugedacht war. Nicht von allen gern gesehen, aber an der Tagesordnung.

Die Realitäten vor Ort haben mit den verwaltungstechnischen Vorgaben vielfach nicht viel gemein.

Eine Entwicklung hin zu gegenseitiger Ergänzung der Säulen und eine damit verbundene Tendenz zur Annäherung finden sich auch bei den Überschneidungen der Leistungsergebnisse. Was formal hier ein Gymnasium ist, liegt andernorts leistungsmäßig auf dem Niveau einer Stadtteilschule und umgekehrt. Dies gilt gleichermaßen für das gegenseitige Verständnis pädagogischer Fragestellungen. Man ist in vielen Fragen nicht mehr so weit voneinander entfernt, wie es die Schulformen vorgaukeln. Das Verständnis füreinander wächst. Heterogenität hier wirft ähnliche Fragen auf wie dort. Warum sich also nicht zusammensetzen und gemeinsam ausloten?!

Vor diesem Hintergrund und mit den Möglichkeiten der SVS

sind Entwicklungen möglich, wie sie Ulrich Vieluf beschreibt bzw. fordert: Sich nämlich von den Strukturen einer Schulform zu lösen und „konsequent auf individualisierte Lernförderung“ zu setzen. Konkreter Erfolg wirkt mehr als die sinnvollste Debatte über Struktur und Arbeitsbelastung.

Wenn Schulen in ihrer Eigenverantwortung Formen individuellen und gemeinsamen Lernens so entwickeln, dass sie den Bedarfen ihrer Schüler\_innenschaft gerecht werden und sie erfolgreich und sinnvoll durch die Bildungsinstitutionen steuern, dann wird das Thema Struktur und Schulform in den Hintergrund rücken.

Was liegt also bei dieser politischen Ausgangslage näher, als die Chancen der wachsenden Stadt und den damit verbundenen Bau neuer Schulen zu nutzen? Zumal es sich auch um Schulen in Quartieren handelt, die – so wie es in der Sprache der Stadtentwicklung heißt – inklusiv geplant werden. Die pragmatische

Konstruktion der Campusschule bietet im Zusammenhang mit der Selbstverantwortung vor allem perspektivisch Möglichkeiten und Spielräume. Die beteiligten Menschen vor Ort werden sie zu nutzen wissen und entsprechend gestalten. Das wirklich wahre Leben findet im Stadtteil, im Quartier oder tatsächlich in der Kneipe statt.

Eine Stadt, die sich den Fragen der Zukunft stellen will und sich in eine Richtung verändert, die im Kern eine wissensbasierte Ökonomie als Motor der Entwicklung sieht, braucht eine Schule, die in der Lage ist, allen Schüler\_innen beste Leistungen zu ermöglichen. Die Einzelschulentwicklung ist nach meinen Erfahrungen und den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung, wie ich sie verstehe, von höherer Bedeutung als die Fixierung auf die Schulstruktur oder Schulform. Die „Schule 4.0“ als Schule der Zukunft wird das Ergebnis einer jeweiligen Einzelschulentwicklung vor Ort sein. Das Warten auf die pas-

sende Schulformstruktur ist ein Warten auf Godot.

Nach meiner Auffassung ist es die Aufgabe von Politik und Staat, Rahmen so anzulegen und zu gestalten, Standards, Ziele und Regeln so zu setzen, dass sie eine innerschulische Entwicklung in regionaler Kooperation auf Augenhöhe konsequent ermöglicht. Eine Entwicklung nach dem Motto: Lasst Schule endlich mal machen. Und Schule wird beweisen, dass sie Verantwortung kann, für die Schüler\_innen und ihre Perspektiven. „Politik“ bleib' bei deinem Leisten.

Voraussetzung wäre allerdings ein gut organisierter Bilanzierungsprozess mit allen Beteiligten und wissenschaftlich begründete Empfehlungen, die die politischen Entscheidungen auch in ihrer Widersprüchlichkeit transparent machen und Handlungsoptionen für die Akteur\_innen vor Ort anbieten. Die Zeit ist reif dafür.

KAY STÖCK

Schulleiter einer STS im Ruhestand

## PÄDAGOGIK

# kompetent. flexibel. angepasst.

## Bildung in der neoliberalen Individualisierungsfalle (Teil 1)

Kompetenz statt Inhalt, Lernbegleiter\_innen statt Lehrer\_innen, ein tiefgreifender Paradigmenwechsel und eine konstruktivistische Didaktik: Das sind Begriffe, die seit geraumer Zeit die Schule prägen. Zudem haben wir es mit einer fortschreitenden Arbeitsverdichtung auch im Schulalltag zu tun. Welche Möglichkeiten gibt es, all diese Erfahrungen in einen größeren Zusammenhang zu stellen, um sie auch verstehen zu können? Und vor allem: Wie können wir damit umgehen, ohne resignativ oder gar handlungsunfähig zu

werden?

Wir leben im neoliberalen Kapitalismus! Diese Aussage ist für den einen eine Selbstverständlichkeit, anderen mag es noch immer schwerfallen, diesen Begriff inhaltlich tatsächlich zu füllen. Dritte halten sie für unterkomplex oder einfach übertrieben. Wenn wir aber Autonomie, Emanzipation und Solidarität als gültige Kategorien für schulische Bildung nicht aufgeben wollen, dann müssen wir über diesen neoliberalen Kapitalismus sprechen, seine Funktionsweisen und die Rolle, die die Schule darin

spielt. Dafür genügt keine Momentaufnahme. Vielmehr sind wir mit einem langfristigen Veränderungsprozess konfrontiert, der spätestens in den 1990er Jahren begonnen wurde und noch nicht aufgehört hat, Schule und Bildung zu prägen.

Im Jahr 2006 wird in einem Beschluss des Europaparlaments klar auf den Punkt gebracht, worum es aus EU-Perspektive gehen muss. Dieser Beschluss beschreibt das, was man den europäischen „Idealbürger“, die „Idealbürgerin“ nennen könnte. Er formuliert Kompetenzen,

die als notwendig für das Leben zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht von der Hand zu weisen sind. Und er benennt, was diese\_n Bürger\_in auf jeden Fall kennzeichnen muss: die unternehmerische Kompetenz als Schlüsselkompetenz. Allerdings fällt dieser Typus nicht vom Himmel. Ein zentraler Ort, an dem er entsteht, ist die Schule bzw. die Bildung. Damit können Lehrer\_innen nicht einverstanden sein und allein daraus resultiert die Notwendigkeit einer Kritik neoliberaler Bildung.

Mittlerweile ist viel dazu geschrieben worden. Wir wissen längst, dass hinter diesen Bemühungen eine Humankapitaltheorie steht, die den Menschen zum Homo oeconomicus erklärt. Der Selbsternehmer ist vor allem durch Ulrich Bröckling zu einer bekannten Figur geworden. Inwiefern sich diese Veränderungen in Bildungsprozesse eingraben konnten und wie solch eine Ausrichtung von Bildung überwunden werden könnte, bleibt eine offene und schwierige Frage. Lehrer\_innen sollte jedoch klar sein, warum gerade neoliberale Theorien so kompatibel mit Bildungsansätzen sind. Deshalb muss in aller Kürze gesagt werden, was in diesem Zusammenhang mit dem Begriff Neoliberalismus gemeint ist. Drei Aspekte können hilfreich sein:

1. Zunächst ist mit dem Neoliberalismus eine ökonomische Grundvorstellung verbunden, die sich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgesetzt hat und in vielen gesellschaftlichen Bereichen, so an den Universitäten, dominant geworden ist. Bedeutende Vertreter sind Milton Friedman und August von Hayek. Sie ist eine

Gegenposition zu lange vorherrschenden keynesianischen Vorstellungen. Ihre „Dogmen“ lassen sich mit den Schlagworten Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung benennen. Der Glaube an die Allmacht des Marktes als Regulationsprinzip für alle gesellschaftlichen Bereiche – auch Bildung, Gesundheit und Soziales – ist hierfür kennzeichnend. Diese Dogmen finden sich an vielen Stellen der gesellschaftlichen Wirklichkeit spätestens seit den 1990er Jahren wieder.

2. Ein zweiter bedeutender Aspekt lässt sich mit dem briti-

– für sie zu einem tendenziellen Machtverlust geführt hatten. Zudem galt es, aus den ökonomischen Krisen im Verlauf der 1970er Jahre nicht geschwächt hervorzugehen. Dazu war die „Zerschlagung der Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen durch Schwächung ihrer Organisationen und extreme Vereinzelung der arbeitenden Menschen“ (Harvey) ein Baustein.

3. Hinzu kommt ein dritter Aspekt, der durch den Philosophen Michel Foucault deutlich gemacht wurde: Neoliberalismus, so seine These, ist nicht allein ein ökonomisches Programm, sondern damit verbunden ist eine spezifische Herrschaftsform, in der Menschen auf eine bestimmte Weise regiert werden und, so könnte man sagen, die spezifische Subjekte, also eine bestimmte Form des Subjektseins, hervorbringt. Diese Regierungsform setzt auf die Verinnerlichung von Machtmechanismen und Herrschaft, möglichst unter Verzicht auf äußere Gewalt und Zwang.

Spätestens an dieser Stelle liegt eine Verbindung auch zu schulischen Fragen auf der Hand. Zum Dreh- und Angelpunkt wird die Tatsache, dass die neoliberale ökonomische Theorie dem Verhalten eine neue Bedeutung gibt. Und genau hier können pädagogische Überlegungen, die seit den 2000er Jahren

zu einer Kompetenzorientierung in der Bildung geführt haben, andocken. Die für den deutschen Sprachraum maßgebenden Formulierung des Psychologen – nicht Pädagogen! – Weinert ist dabei besonders relevant. Zur Erinnerung: In ihr werden Kompetenzen beschrieben als „die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fer-



Edition-ITP-Kompass Bd. 25  
Münster 2018, ISBN: 9783981698282  
180 Seiten, 14,80 €

schen Geographen David Harvey benennen. Für ihn stellt Neoliberalismus den Versuch einer Wiederherstellung von „Klassenmacht“ bzw. „Macht der ökonomischen Eliten“ dar, nachdem in der Nachkriegszeit sowohl Bemühungen um gesellschaftlichen Ausgleich, z. B. durch Gewerkschaften, als auch ein Erstarken linker Bewegungen – vor allem nach 1968

tigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen (d. h. absichts- und willensbezogenen) und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können“. Kompetenzen als Fähigkeiten und Fertigkeiten werden in konkreten Situationen in Verhalten umgesetzt. Damit werden sie zum Schlüssel für Humankapital.

Im Zentrum des neoliberalen Weltverständnisses steht ein Menschenbild, das von Gary Becker, einem der maßgebenden Ökonomen des Neoliberalismus, folgendermaßen beschrieben wird: „In der Tat bin ich zu der Auffassung gekommen, daß der ökonomische Ansatz so umfassend ist, daß er auf alles menschliche Verhalten anwendbar ist ...“. Das Verhalten von Lehrer\_innen und Schüler\_innen wird von ihm explizit eingeschlossen.

Grundlegend für diese Auffassung vom Menschen ist eine Veränderung der Vorstellung von dem, was Ökonomie ist: Es geht in ihr nicht mehr in erster Linie um Dinge, Produktionsverfahren, Arbeit etc., sondern im Kern ist Ökonomie eine „Wissenschaft des menschlichen Verhaltens“! Diese Art der Charakterisierung des Ökonomischen reicht bis in die Anfänge neoliberaler Theoriebildung in den 1930er Jahren zurück. Das aus pädagogischer Sicht Problematische daran ist, dass damit einer Verbindung zu allen anderen Wissenschaften menschlichen Verhaltens ein Raum eröffnet wird, der nun immer weiter gefüllt wird. Im Zentrum steht die aus dieser Grundauffassung resultierende „Humankapitaltheorie“, die von Theodore W. Schultz Anfang der 1970er Jahre so beschrieben wird: „Das besondere Kennzeichen des Humankapitals besteht darin, daß es ein Teil des Menschen ist. Es ist human, weil es

im Menschen verkörpert ist, und Kapital, weil es eine Quelle zukünftiger Befriedigung oder zukünftiger Erträge oder eine Quelle von beidem ist.“ Damit wird alles das, was der Mensch bekommt, als Ertrag bzw. Einkommen auf sein Kapital betrachtet, und alle Veränderungen sind Investitionen zur Vergrößerung des vorhandenen Kapitals – eben des Humankapitals.

Bildung und Erziehung sind auf der individuellen und auf der gesellschaftlichen Ebene aus einer solchen Perspektive nichts anderes als Investitionen in das vorhandene und zu vergrößernde Humankapital. Eine der Autonomie, Emanzipation und Solidarität verpflichtete Schule – dies gilt insbesondere auch für berufsbildende Schulen – kann diese Position nicht teilen, weil die Humankapitaltheorie den Menschen auf seine ökonomische Funktion reduziert, ihn zur findigen Marktteilnehmer\_in degradiert und so den Bildungsbegriff selbst entkernt.

Aus dieser Perspektive kommt man nicht darum herum, beispielsweise die neue Generation der kompetenzorientierten Bildungspläne immer auch kritisch zu lesen. „kompetent. flexibel. angepasst.“ ist also in Kurzform die Beschreibung des neoliberalen Subjekts. Verblüffender Weise wird dieses Subjekt – mit genau diesen Begriffen – ganz offen propagiert. Das zeigt der EU-Parlamentsbeschluss von 2006. Der Ort, an dem es entstehen soll, ist die „neoliberale Schule“. Sie ist keine Schule im eigentlichen Sinne, eher eine Grundstruktur, die überall dort ihre Wirkung entfaltet, wo es um Bildung geht. Ihre entscheidende Größe und ihr zentraler Begriff ist das Humankapital. In dessen Schatten gelingt es, Bildung ökonomisch zu fundieren und zugleich neue Formen der Machtausübung zu finden, die eine Vielzahl kultureller, pädagogischer, ja auch kritischer

Ansätze in den gesamten Bildungs- und Erziehungskomplex integrieren können. Dabei verlieren die kritischen Ansätze ihren „Stachel“, weil es ihnen durch die gegebenen Rahmenbedingungen nicht mehr gelingt, aus der neoliberalen Individualisierungsfälle auszubrechen und die Rahmenbedingungen selbst zum Gegenstand der Kritik zu machen. Dass dieses Subjekt kein glückliches mehr ist, muss nicht eigens gesagt werden.

Von einer Individualisierungsfälle können wir sprechen, weil alle Probleme, alles Scheitern an den einzelnen Menschen zurückverwiesen wird. „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ ist zu einer Losung geworden, die die Gesellschaft, ja, das große Ganze als Bezugspunkt unseres Handelns verschwinden lassen will. Margaret Thatcher, eine der Wegbereiter\_innen der neoliberalen Weltanschauung, hatte gesagt: „Es gibt keine Gesellschaft. Es gibt nur Individuen.“ Dass dabei etwas Entscheidendes für Schule und Bildung verloren geht, liegt auf der Hand: unsere gemeinsame Welt, die die Basis und der Bezugspunkt unseres Handelns sein und bleiben muss. Wo dies nicht der Fall ist, das wird ganz aktuell vor allem am Klimawandel deutlich, laufen wir Gefahr, handlungsunfähig zu werden. In dieser Welt wird die Akkumulation von Kapital – eben auch Humankapital – und dessen Verwertung zum höchsten aller Ziele und Erziehung und Bildung leisten einen entscheidenden Beitrag dazu. Der Auftrag von Bildung aber ist ein anderer. Die 400 Jahre alte Aufforderung von Comenius, dem Begründer der ersten Didaktik, könnte noch immer wegweisend sein: Alle alles ganz zu lehren!

ANDREAS HELLGEMANN  
Münster, Impulsreferat auf der  
GEW-Veranstaltung:  
Neoliberalismus in der Schule am  
21.10.2019

*Fortsetzung folgt*

# Höchst individuelles Leid

Wie der Senat die Lehrer\_innenarbeitszeit für Gymis schönrechnet

In meinem Artikel „Keine Zahlenspielerlei“, hlz Juli/August 2019, S. 48 ging es darum, die Ergebnisse der Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen auf Hamburg zu übertragen. Im Focus stand der Vergleich der Lehrer\_innenarbeitszeit an Gymnasien, die in Niedersachsen und Hamburg sehr unterschiedlich ist. Für die Arbeitszeituntersuchung in Niedersachsen wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 46,38 Wochenarbeitsstunden zugrunde gelegt, wobei die Ferienzeiten, die über die sechs Wochen Urlaubsanspruch hinausgehen, vorgearbeitet werden.

Und in Hamburg? Hier arbeiten alle vollbeschäftigten Lehrkräfte 46,57 WAZ. In der Hamburger Lehrerarbeitszeit-Verordnung wird von der Schulbehörde minutengenau festgelegt, wie viel Zeit für welche Aufgaben bemessen wird. Das hat oft nicht viel damit zu tun, wie viel Zeit die Kolleg\_innen wirklich für diese Arbeiten brauchen. Das ist Gegenstand vieler, oft frustrierender Auseinandersetzungen in den Schulen.

Von den 46,57 WAZ werden jede Wochenarbeitszeitstunde mit allgemeinen Aufgaben wie z.B. Aufsicht, Konferenzen (A), Funktionsaufgaben = besondere Aufgaben wie z.B. Sammlungsleitung (F) sowie Unterrichtsstunden und die damit verbundenen Aufgaben wie z.B. Korrekturen, Elterngespräche etc. (U) einzeln abgezogen.

Das Hamburger LAzVo soll damit einen größeren Spielraum für eine Anrechnung der vielen außerunterrichtlichen Aufgaben bieten als das Pflichtstundenmodell (Deputatstundenmodell) – sagen Vertreter der Schulbehörde. Gerechter oder transparenter ist die Arbeitszeit-Berechnung jedoch nicht, da die zugrundeliegenden Zeitfaktoren nicht angemessen sind und zudem immer wieder neue zeitaufwändige Aufgaben hinzukommen, ohne dafür neue Arbeitszeiten dazu zu rechnen, beklagen betroffene Lehrer\_innen in Hamburg.

Jeder Kollege / jede Kollegin hat im Hamburger LAzVo eine eigene Arbeitszeitabrechnung, in der die Faktoren für die Fächer

und die Aufgaben in der Schule abgebildet sind. Das macht es so kompliziert bis unmöglich, politisch oder gewerkschaftlich zu argumentieren.

Fakt ist, dass die Lehrkräfte, die wenige bzw. keine Funktionsaufgaben übernehmen, in der Regel auf eine sehr hohe Anzahl von Unterrichtsstunden pro Woche kommen. Diejenigen, die Fächer mit einem geringen Faktor unterrichten, kommen dann oft auf 29 Unterrichtsstunden pro Woche. (Es ist kein Geheimnis, dass es sogar Kolleg\_innen gibt mit mehr als 29 Stunden im Stundenplan; Anmerkung der Redaktion).

Um eine Vergleichbarkeit mit Niedersachsen herzustellen, gehe ich von diesem Fall aus, wenn ich sage: die Hamburger Lehrkräfte arbeiten im Prinzip 29 Unterrichtsstunden, auch an Gymnasien.

Die Lehrer\_innen, die Hauptfächer und/oder viel in der Oberstufe unterrichten, können damit rechnen, dass sie weniger als 29 Unterrichtsstunden im Stundenplan haben, weil sie einen hö-

## SERVICE (neu in der Geschäftsstelle)

### Tipps und Anregungen für Personalräte

Die GEW-Broschüre „Effektive Interessenvertretung“ ist eine sinnvolle Handlungshilfe für Personalräte. Der Autor Axel Esser, u.a. Mediator für Personal- und Betriebsräte und Referent in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bietet darin Impulse für eine gute und erfolgreiche Personalratsarbeit.

Unter anderem finden Personalratsmitglieder hier Anregungen zu folgenden Themenbereichen:

- Wie entwickelt der Personalrat eigene und wirk-same Ziele?
- Wie motivieren wir uns im Personalrat für un-

sere Arbeit?

- Wie gelingt es uns, unsere unterschiedlichen Kompetenzen und Erfahrungen unserer Personalratsmitglieder in gemeinsame Beschlüsse zu fassen?
- Wie halten wir einen guten Draht zu den Beschäftigten in unserer Dienststelle?
- Wie können wir im Personalrat so arbeiten, dass wir Resignation und Burnout vermeiden?

Für unsere Mitglieder ist die Broschüre kostenfrei in der Geschäftsstelle der GEW zu erhalten.

BIRGIT RETTMER



## Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Schule und Berufsbildung

GEW Landesverband Hamburg  
Frau Kaufmann  
Rothenbaumchaussee 15  
20148 Hamburg

Sehr geehrte Frau Kaufmann,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Fragen an den Ersten Bürgermeister im Nachgang des Hamburger Gewerkschaftstages der GEW am 21. Mai 2019. Als Leiterin der Präsidialabteilung der für Bildung zuständigen Behörde bin ich gebeten worden, Ihnen zu antworten.

Hinsichtlich Ihrer Ausführungen zum Arbeitszeitmodell möchte ich darauf hinweisen, dass e

heren Korrekturaufwand haben. Die Anzahl von 29 Unterrichtsstunden wird auch unterschritten (= besondere Aufgabe) wie z.B. Klassenlehrer\_innen-Tätigkeit angerechnet wird, d.h., diese Lehrer\_innen kommen nicht auf die Unterrichtsstundenanzahl von 29.

Das von der höchstmöglichen Anzahl der Unterrichtsstunden „abgezogen“ oder abgerechnet, ist nicht ganz richtig argumentiert. Aber: Dadurch lässt sich ein Vergleich zu Niedersächsischen Deputatstundenmodell herstellen, was wiederum eine Anwendbarkeit der Niedersächsischen Lehrer- Arbeitszeitstudie zulässt. Und im Prinzip läuft es auf das Gleiche hinaus.

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Blick in die Tabelle über die Erhebung der Anzahl der zu unterrichtenden Stunden an Hamburger Schulen (siehe: Hamburger Bürgerschaft, Drucksache 20/11024 von 2014, S.12) . So beträgt an Gymnasien die Unterrichtsstundenanzahl der Lehrkräfte mit den meisten Unterrichtsstunden 25-29

Unterrichtsstunden pro Woche (Die Erhebung wurde an einigen nach bestimmten Kriterien ausgesuchten Schulen in Hamburg vorgenommen). Wie es zu den Zahlen kommt, wird nicht dazu geschrieben. Die Anzahl der Unterrichtsstunden bei den Lehrkräften mit den wenigsten Unterrichtsstunden beträgt 15-24. Es fehlt jedoch auch hier eine Angabe, wie es zu der erstaunlichen Anzahl von z.B. 15 Unter-

---

*Die zugrundeliegenden  
Zeitfaktoren sind nicht  
angemessen und zudem  
kommen immer wieder  
neue zeitaufwändige  
Aufgaben hinzu*

---

richtsstunden für eine Vollzeit-Lehrkraft kommt. Diese Person wird vermutlich einen großen Bereich an Sonder-Aufgaben mit einer guten Ver“waz“ung haben oder sie ist an eine andere Dienststelle teilabgeordnet. Vielleicht übernimmt die Person die Pflege des gesamten IT-Berei-

ches alleine und hat gleichzeitig nur Oberstufen-Unterricht. Oder sie hat im anderen Halbjahr wegen Epochen-Unterricht eine andere Unterrichtstundenzahl. Jedenfalls wird sie in der verbleibenden Zeit neben den 15 Unterrichtsstunden nicht nichts tun. Möglicherweise arbeitet auch diese Person mit den angeblich 15 Unterrichtsstunden in der Zeit neben ihrem Unterricht über die 46,57 WAZ hinaus, weil auch für die Funktionsaufgaben zu wenig Zeit in der LAzVo angerechnet wird.

Somit ist die Angabe irreführend. Der durch solche Zahlen schön gerechnete Durchschnitt der Unterrichtsstunden-Anzahl an den ausgesuchten Hamburger Gymnasien von 22,9-25,2 Unterrichtsstunden könnte möglicherweise der Grund dafür sein, dass Vertreter\_innen der Schulbehörde behaupten, die Hamburger Lehrkräfte unterrichten im Durchschnitt eher weniger als die Kolleg\_innen in anderen Bundesländern.

Das wirkt zynisch. Zumindest wird es in den Kollegien anders diskutiert und ich kenne überr-

## Ist's Wahnsinn auch, so hat es doch Methode (Hamlet/Shakespeares)

Wer in aller Welt hat sich das mit dem Arbeitszeitmodell bloß einfallen lassen? Eine U-Bahn-Fahrerin oder ihr männliches Pendant muss versuchen, im Minutentakt den Zug pünktlich in die Haltestelle einfahren zu lassen. Wenn das nicht gelingt und es gar zu längeren Zeitverzögerungen



**Unverkennbar! Musiklehrerin mit Mathekollegen**

kommt, ist es normal, dass sie oder er vom Arbeitgeber einen Zeitausgleich erhält bzw. diesen zeitlichen Mehraufwand bezahlt bekommt. Die Ursache der Verspätungen ist ja in den allermeisten Fällen technischer Natur.

An solch einem Modell aber müssen sich seinerzeit die Macher\_innen des Arbeitszeitmodells

orientiert haben, wenn sie minutengenaue Vorgaben für Korrektur, Unterrichtsvorbereitung, Gespräche mit Schüler\_innen und Eltern, Konferenzen u.v.a.m. festgelegt haben. Alles getragen von dem Wahn, man könne nun endlich Gerechtigkeit in Sachen ungleiche Belastung von Kolleg\_innen schaffen.

Diese Vorstellung kann nur in Hirnen wachsen, in denen statt Pädagogik buchhalterisches Denken dominiert. Vielleicht ist es ja auch kein Zufall, dass das Ganze auf dem Höhepunkt eines neoliberalen Glücksversprechens geschah, das von jener marktradikalen Logik getrieben ist, in der nicht der Mensch, sondern eine unsichtbare Hand die Geschicke der Menschen lenkt. Auf Schule bezogen wurde seither von Output gesprochen und über Standardisierung und ständige Vergleiche – man scheut sich nicht, betriebswirtschaftliche Begriffe wie Benchmarks zu nutzen – trieb man die Akteur\_innen in einen Wettbewerb, bei dem alles, was die vielfältige Natur des menschlichen Charakters ausmacht, nur eine geringe oder gar keine Rolle spielt. Eigentlich fehlt jetzt für Lehrkräfte nur noch eine Uniform, natürlich mit ein paar Streifen am Arm, die der Arbeitskleidung eine r U-Bahn-Zugführer\_in gleicht. Man findet dafür sicherlich auch Stifter und Stifterinnen – sorry, Sponsoren und Sponsorinnen – unter den Hamburger Kaufleuten, denn etwas Weiteres fällt auf: Bislang hat dieses hehre Modell nur Anklang gefunden in einer Stadt, in der seit jeher die Rangfolge ‚Geld vor Geist‘ galt.

JOACHIM GEFFERS

schenderweise nur diejenigen, die oberhalb des Durchschnittes unterrichten. Bin ich ein Pechvogel und kenne nur Pechvögel?

46,57 WAZ sieht die Hamburger Lehrerarbeitszeit-Verordnung vor. Zudem muss damit gerechnet werden, dass möglicherweise 1 WAZ aus dem Vorjahr übertragen wird. Die Lehrer\_innen arbeiten dabei permanent „an der Kante“, vor allem, weil die Arbeitszeiten, die in der LAzVo angegeben sind, in der Regel nicht reichen. Dadurch werden viele Überstunden gemacht, die als „Privatsache“ gelten und nicht anerkannt werden. Lehrer\_innen arbeiten somit vermutlich vielfach und dauerhaft

weit über die im Arbeitsschutz als kritisch gesehenen 48 WAZ hinaus. Das sind schließlich „nur“ 1,43 WAZ (= 85,8 Minuten) pro Woche mehr als die vorgesehenen 46,57 WAZ. Diese Zeit ist schnell gefüllt.

Wenn in Niedersachsen die Lehrkräfte an den Gymnasien mit 23,5 Unterrichtsstunden drei WAZ zu viel arbeiten (also 48,38 WAZ), dann ist es nicht nachvollziehbar, dass Hamburger Gymnasial-Lehrer\_innen mit mehr als 23,5 Unterrichtsstunden und bis zu 29 Unterrichtsstunden im Rahmen der 46,57 WAZ bleiben.

Jedenfalls ist es aus personalgesundheitlichen Gründen

dringend notwendig, dass die Ergebnisse der Niedersächsischen Lehrerarbeitszeit-Untersuchung auch auf die Hamburger Lehrkräfte angewendet werden, egal ob sie eine hohe oder niedrige Anzahl von Unterrichtsstunden unterrichten. Die Zeitfaktoren müssen dringend den realen Unterrichts- und Arbeitsbedingungen in den Schulen angepasst werden. Eine Nachsteuerung von 0,1 WAZ (= 6 Minuten) oder 0,05 WAZ (entsprechend 3 Minuten) pro Unterrichtsstunde ist kaum spürbar und nicht zielführend.

DOROTHEA KAUFMANN  
Gymnasium Altona

# Falscher Fokus

Bei den Diskussionen in der GEW gerät immer wieder aus dem Blick, dass das Kerngeschäft der Gewerkschaften die Interessenvertretung ihrer Mitglieder ist. Heiko Humburg ging in der letzten Ausgabe der hz einen Schritt weiter – eine Replik

Im Artikel „Verhältnisse zum Tanzen bringen“ (h/z 9-10/2019, S. 28) macht Heiko Humburg den Kampf gegen das zweigliedrige Schulsystem zum primären Ziel der GEW, wenn er schreibt: „Dieser gesellschaftliche Missstand wird aber nicht ansatzweise angepackt, wenn die GEW eine Kampagne starten würde, um die Situation an den Gymnasien partiell zu verbessern.“ Es sollen also alle Handlungen und Maßnahmen der GEW danach beurteilt werden, ob sie dem Ziel „eine Schule für Alle“ dienen. Ein bildungspolitisches Ziel führt demnach dazu, dass die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Interessen einzelner Mitglieder oder Gruppen der GEW nicht mehr von ihrer Gewerkschaft vertreten werden! Ein politisches Ziel wird über die Satzung der GEW Hamburg und den Kerngedanken der Gewerkschaften gestellt. Das ist inhaltlicher Totalitarismus und darf in der GEW keinen Platz haben. Es wäre Verrat am Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Die Einheitsgewerkschaft soll allen Arbeitnehmer\_innen eine gewerkschaftliche Heimat bieten, losgelöst von der inhaltlichen Ausgestaltung der Beschäftigungsstelle und auch weitgehend unabhängig von der politischen Orientierung.

## Gewerkschaftsverständnis?

Nach Heiko Humburgs Gewerkschaftsverständnis ist die große Aufgabe der GEW, „gesellschaftliche Gegenmacht“ zu sein und (alle?) „gesellschaftlichen Missstände“ anzugreifen.

Weiter argumentiert er so: Das Zwei-Säulen-Modell stelle „den größten gesamtgesellschaftlichen Missstand in unserem Bereich dar“, dagegen zu kämpfen sei im Interesse der „großen Mehrheit der Lohnabhängigen“. Bis hierhin werden ihm viele folgen können, nun aber wird es bunt: Er hält eine Kampagne zur Verbesserung der Situation der Lehrkräfte an den Gymnasien mit diesem Ziel für unvereinbar. Denn hier handele es sich um „Partikularinteressen“, die von berufsständischen Organisationen wie dem DL, nicht aber von der GEW vertreten würden.

Heiko Humburg unterstellt also denjenigen, die den Fokus auch auf die Arbeitsbedingungen am Gymnasium lenken möchten, ständische Interessen. Unterscheidet sich die soziale Lage eines A13-Kollegen an der Stadtteilschule von der einer Kollegin am Gymnasium? Der Vorwurf des Ständischen ist infam und sachfremd. Letztlich wendet sich der Vorwurf gegen ihn selbst – die Interessen eines Teils der Beschäftigten auszuklammern, stellt andere Interessen darüber. Das ist ständische Politik und widerspricht dem Grundsatz der Einheitsgewerkschaft.

Die Einheitsgewerkschaft muss mehr Sichtweisen und Interessen berücksichtigen als die ideologisch abgeleiteten „Inte-

ressen der großen Mehrheit der Lohnabhängigen (und ihrer Kinder!)“. Denn die „große Mehrheit“ muss bei den heutigen Anmeldequoten am Gymnasium notwendig auch diejenigen umfassen, die ihre Kinder auf das Gymnasium schicken. Sie scheinen also andere Interessen zu haben als die, die Heiko Humburg formuliert. Sind sie so extrem, dass sie ignoriert werden dürfen? Nein, genauso wenig wie die Interessen der Lehrkräfte an den Gymnasien.

Die Keule „Standesorganisation“ im Kontext der Gymnasial-Lehrkräfte kann man in einer Richtungsgewerkschaft schwingen, in der GEW ist sie Ausdruck eines falschen Gewerkschaftsverständnisses.

## Ausblick

Wenn eine nachhaltige, langfristige Veränderung der Bildungslandschaft erreicht werden soll, braucht es eine von breiten Mehrheiten getragene Hegemonie in Bildungsfragen. Eine solche Hegemonie gewinnen GEW-Positionen nicht, wenn Satzungsrechte für Beschäftigte an bestimmten Schulformen in Frage gestellt und die Keule „Standesorganisation“ verwendet werden. Damit verschreckt man Mitglieder und weite Teile der Gesellschaft.

ROLAND KASPRZAK / BS14

Die Einheitsgewerkschaft ist eine Lehre vom Ende der Weimarer Republik und des Aufstiegs des Nationalsozialismus. Für dieses Ziel ist Wilhelm Leuschner erhobenen Hauptes vor seinen Henker getreten, nachdem er am Vorabend seiner Hinrichtung sagte: „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit!“

# Zusatzversorgung

Neue Regelungen sorgen für Irritation

Seit einiger Zeit häufen sich bei der GEW die Nachfragen zu den Mitteilungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) und der kommunalen Zusatzversorgungskassen (ZVK). Diese Mitteilungen, die den Titel „Überprüfung Ihrer Startgutschrift“ tragen, gehen auf den Ende 2017 in Kraft getretenen Tarifvertrag zurück, mit dem die Startgutschriften nachgerechnet werden. Bei den Startgutschriften handelt es sich um die Rentenansprüche, die die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst von ihrem Berufsbeginn (im Osten: vom Beginn ihrer Versicherung im Jahr 1997) bis zum 31. Dezember 2001 erworben haben. Diese wurden damals in „Versorgungspunkte“ umgerechnet, ein Versorgungspunkt entspricht dabei 4 Euro. Weil es über die Rechenvorschriften viel Streit gab, mussten einzelne Rechenschritte tariflich neu geregelt werden. Und da allein die VBL weit über eine Million Versicherte hat, dauerte es relativ lange, bis alle Versicherten ihre Mitteilung über die Überprüfung ihrer Startgutschrift zugesandt bekamen. Gleich vorab: Die Gewerkschaften hatten schon geahnt, dass die VBL zur Umsetzung des Tarifvertrages längere Zeit benötigen würde. Deshalb wurde schon im Tarifvertrag sichergestellt, dass niemand einen finanziellen Nachteil erleidet, wenn seine Überprüfung etwas später erst vorgenommen wird.

Die GEW hatte 2017 darüber informiert, dass in der GEW viele Kolleginnen und Kollegen einen Zuschlag zu ihrer Startgutschrift bekommen würden. Der Grund: Durch die tarifliche Neuregelung erhöht sich ein Faktor,

mit dem die zuvor umständlich ermittelte „Gesamtversorgung“ auf die Beschäftigungsjahre runtergerechnet wird, der sog. „Vomhundertsatz“. Die Nachfragen kommen daher meistens von Kolleginnen und Kollegen, bei denen die Überprüfung keine Erhöhung der Startgutschrift zur Folge hatte.

Manche Kolleginnen und Kollegen wundern sich, dass sie eine Mitteilung bekommen, auf der ihre Betriebsrentenansprüche plötzlich niedriger erscheinen als in der letzten Jahresmitteilung oder Rentenbezugsmitteilung

---

*Manche Kolleginnen und Kollegen wundern sich, dass sie plötzlich eine Mitteilung bekommen, auf der ihre Betriebsrentenansprüche plötzlich niedriger erscheinen als in der letzten Jahresmitteilung oder Rentenbezugsmitteilung*

---

lung. Dabei übersehen sie, dass sich die „Überprüfung der Startgutschrift“ lediglich auf die vor 2002 erworbenen Ansprüche bezieht. Die Jahresmitteilung und die Rentenbezugsmitteilung hingegen enthalten alle Ansprüche – auch die, die seit 2002 hinzugekommen sind. Letztere werden durch die Überprüfung der Startgutschrift nicht berührt.

In etlichen Fällen kommt es aber trotz Überprüfung nicht zu einer Erhöhung der Startgutschrift. Das liegt meistens daran, dass schon bei der Erstberechnung der Startgutschrift

im Jahr 2003 eine Alternativberechnung zum Zuge kam, der sog. „Mindestbetrag nach § 18 Abs.2 Nr.4“ – gemeint ist hier § 18 BetrAVG (Betriebsrentengesetz). Diese Vorschrift sollte damals sicherstellen, dass niemand gegenüber denjenigen Beschäftigten schlechter gestellt wird, die vor dem 1. Januar 2002 den öffentlichen Dienst verlassen haben. In den letzteren Fällen wird die Startgutschrift nämlich nach § 18 Abs.2 Nr.4 BetrAVG berechnet: „Entgelte, für die nach dem 31.12.1977 Umlagen entrichtet worden sind x 0,3125 v.H.“. Diese Alternativrechnung versteckt sich ganz am Ende der seitenlangen Erstberechnung der Startgutschrift aus dem Jahr 2003 in wenigen Zeilen. Wenn jetzt die Startgutschrift überprüft wird, dann wird zwar der Anspruch aus der bis 2001 geltenden „Gesamtversorgung“ mit Hilfe des neuen (meist höheren) „Vomhundertsatzes“ neu berechnet. Am Ende wird aber wiederum mit der Alternativberechnung verglichen. Ist die Alternativberechnung immer noch höher als die mit dem neuen „Vomhundertsatz“ berechnete anteilige Gesamtversorgung, so kommt immer noch die (in dem Fall bessere) Alternativberechnung nach § 18 Abs.2 Nr.4 BetrAVG zum Zuge – die Startgutschrift ändert sich also nicht.

GESA BRUNO-LATOCHA,  
GEW Hauptvorstand

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/zusatzrente-startgutschriften-einigung-tritt-in-kraft/>

# Schulsozialarbeit und Inklusion



**Dienstag 19.11.2019**  
**14-18 Uhr**  
**an der HAW Hamburg,**  
**Alexanderstr. 1**

14:00 Uhr: Vorstellen des Programms & Begrüßung durch die **LAG**,  
**Vorstellung der Arbeitsgrundlagen und Diskussion**  
(Mitglieder der LAG)

14:45: Vortrag und Diskussion:  
**Prof. Dr. Jutta Hagen/Prof. Dr. Peter Tiedeken HAW,**  
**Fachbereich Soziale Arbeit:**  
**Inklusion: Große Ideale und Kritik von allen Seiten.**  
**Konsequenzen für die Schulsozialarbeit?**

15:30: Vorstellung und Information: Babette Gottschick:  
**Die Grundsatzreferentin des pädagogisch-therapeutischen**  
**Fachpersonals stellt sich vor und erläutert die Perspektiven**  
**ihrer Zuständigkeit**

## **16:00: Workshops**

- 1) Lernen zwischen Notunterkunft und Missbrauch. Comeback Kids – ein Kooperationsprojekt von Schule und Jugendhilfe (Phillip Wachs und Arne Kranz)
- 2) Qualitätsmanagement in der Inklusion (N.N.)
- 3) Rollenklärung und Stärkung der eigenen Position in multiprofessionellen Teams (Susanne Hoffmann-Michel)
- 4) Chancen von Inklusion für die Schulsozialarbeit (Claus Fanke und Phillip Späth)
- 5) Perspektiven aufgabenadäquater Bezahlung (Birgit Rettmer, GEW)

## **17:30: Offener Austausch,** **Themensammlung**

Die Teilnahme ist kostenfrei. Für Kaffee, Wasser und Gebäck ist gesorgt!  
Die Fachtagung ist ein Kooperationsprojekt der LAG Schulsozialarbeit Hamburg, dem Projektwochenteam der HAW und Prof. Dr. Jutta Hagen Lehrgebiet Schulsozialarbeit

**Bitte anmelden unter:**  
**[mail@lag-schulsozialarbeit-hamburg.de](mailto:mail@lag-schulsozialarbeit-hamburg.de)**  
**Bitte mit Namen, Workshop-**  
**Wunsch, Berufsstand & ggf.**  
**Schule**

# Nicht auf die AfD reinfallen

Dass die AfD ihr Petzportal schönredet, verwundert nicht. Eher schon, dass sie damit in Teilen der Öffentlichkeit durchkommt

Nach einem Jahr Petzportal zog die AfD bei einer Pressekonferenz am 26. September 2019 Bilanz und bezeichnete dieses als eine „Erfolgsgeschichte“. Zugleich verbreitete sie eine Meldung, nach der die Schulbehörde bei der Max Brauer Schule eingeschritten sei, da es dort zu Verstößen gegen die Grundsätze politischer Bildung an Schulen gekommen sei. Zwar entspricht beides nicht den Tatsachen, wie sich schnell herausfinden lässt, dennoch wurden diese Meldungen der AfD von Teilen der Presse teilweise unhinterfragt übernommen und somit der Anschein erweckt, die AfD decke Verstöße gegen die Grundsätze politischer Bildung an Schulen auf.

Dass die AfD dermaßen Politik betreibt, verwundert nicht. Eher schon, dass Teile der Medien diese rechtspopulistischen Fake News unhinterfragt übernommen haben. Wie schon im „Fall“ Ida Ehre deutet sich eine Diskursverschiebung nach rechts an: Aussagen, die hinterfragt werden sollten, werden übernommen und damit Positionen der AfD zunehmend gesellschaftsfähig gemacht – in diesem Fall der Verdacht gegen Lehrkräfte, sie würden einseitig unterrichten. Das Gegenteil ist der Fall, wie im Folgenden dargestellt wird.

## Das sagt die AfD zum Portal: „Eine Erfolgsgeschichte, die fortgeschrieben wird“

Auf der Pressekonferenz gab die AfD-Fraktion bekannt, dass sie auf Grundlage von Verdächtigungen, die bei ihrem Portal eingegangen seien, 22 Parlamentarische Anfragen und acht

Dienstaufsichtsbeschwerden gestellt und die Schulbehörde in „zahlreichen Fällen [...] Neutralitätsverstöße bestätigt und gegen verantwortliche Lehrkräfte oder Schulleitungen interveniert“ habe. Diese Behauptung einer „Erfolgsgeschichte“ – es würden viele Verstöße aufgedeckt – wurde unhinterfragt von Teilen der Medien, so von der WELT und der sh:z (Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag), übernommen – und somit der Eindruck erweckt, es gäbe eine Vielzahl von über die AfD aufgedeckten Verstößen gegen die Grundsätze politischer Bildung an Schulen. Doch ist das so?

## Doch die Quote „aufgedeckter“ Fälle tendiert gegen Null

Zweiundzwanzig Anfragen sowie acht Dienstaufsichtsbeschwerden – das klingt nach einer großen Anzahl, doch das ist sie nur bezogen auf den Fleiß, der dahinter steht, Verdächtigungen aufzuschreiben und hat nichts mit der Erfolgsquote zu tun. Diese ist erschütternd, denn von den 8 Dienstaufsichtsbeschwerden wurden nach Wissen der GEW alle eingestellt, sofern sie nicht erst kürzlich gestellt wurden. Also viel Lärm um – nichts.

Die 22 von der AfD benannten Anfragen stellen keine Zahl von Verstößen, sondern nur von Verdächtigungen dar, die nach Wissen der GEW bis auf den „Fall“ Ida Ehre nicht zu behördlichem Eingreifen führten. Dass nach Aussage der AfD die Behörde in einer Mehrzahl der Fälle eingriff, ist auf dem Hintergrund der Senatsantworten nicht

nachzuvollziehen und somit Fake News. Stattdessen führte kaum eine der über 50 Verdächtigungen der AfD seit 2015 unter dem Titel „Politische Indoktrinationen an Schulen“ zu einem behördlichen Eingreifen. Kein Wunder, will die AfD doch alles verbieten, was ihr nicht gefällt – eine Haltung, die nichts mit dem Konsens zur politischen Bildung an Schulen zu tun hat. Stattdessen hat die AfD wiederholt bewiesen, dass sie nicht verstanden hat, was die Grundsätze politischer Bildung an Schulen (auch) bedeuten.

Der Erfolg des Portals besteht somit keinesfalls in einer hohen Quote von erfolgreichen Beschwerden. Eher besteht er darin, dass die Aussagen der AfD zunehmend als „normal“ gelten, von Teilen der Öffentlichkeit unhinterfragt übernommen werden und somit leider auch Auswirkungen an Schulen haben und ein Klima der Einschüchterung begünstigen.

## Das sagt die AfD: „Schulbehörde schreitet gegen Max-Brauer-Schule ein“

In einer ihrer Anfragen zu angeblichen Verstößen gegen die Grundsätze politischer Bildung an Schulen, deren Ergebnis von der AfD zeitgleich mit der Portal-„Erfolgsmeldung“ veröffentlicht wurde, monierte die AfD insbesondere eine Veranstaltung der GEW-Betriebsgruppe an der Max-Brauer-Schule, bei der unter dem Titel „Wie gefährlich ist die Antifa“ eine Diskussion mit Antifaschist:innen organisiert wurde. Aus Sicht der AfD sei eine solche Veranstaltung ein

Verstoß und zu verbieten. Die Behörde sah das jedoch anders und stellte fest, dass diese Veranstaltung gegen keine Gebote oder Gesetze verstoßen habe und völlig korrekt gewesen sei. Dennoch behauptete die AfD in einer Pressemitteilung, dass „die Schulbehörde aufgrund zahlreicher Neutralitätsverstöße an der Max-Brauer-Schule (Bezirk Altona) eingeschritten“ sei. Auch diese Aussage wurde unhinterfragt von einigen Medien, wie der WELT und dem Abendblatt, aber auch DPA übernommen, obwohl sie nicht den Tatsachen entsprach, was wir als GEW auch zeitnah vermeldeten.

### **Aber: Die BSB schritt doch überhaupt nicht ein**

Statt irgendwelche Verstöße festzustellen, wird in der Senatsantwort die starke Stellung gewerkschaftlicher Betriebsgruppenarbeit gesetzlich begründet und deutlich gemacht, dass „Schulleitungen den an der Schule vertretene[n] Gewerkschaften Gelegenheit zur Ansprache der Kollegenschaft einräumen“ muss und „schulische Räume an Lehrkräfte für andere als schulische Zwecke zur Verfügung stellen“ kann (Drucksache

21/18377, Vorbemerkung der Antwort, S. 25). Die GEW begrüßte die klaren Worte der Schulbehörde und hat sich hinter das Kollegium der Max Brauer Schule und insbesondere die GEW-Betriebsgruppe gestellt.

In der Senatsantwort heißt es darüber hinaus, man habe die Schulleitung gebeten, „für den Fall, dass Material in der Schule aushinge, das mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag nicht zu vereinbaren wäre“, dieses zu entfernen. Dieser Konjunktiv fiel jedoch in der Berichterstattung häufig weg. „Es gab keine konkrete Anweisung der Behörde an die Schule, etwas zu entfernen“, bestätigte ein Behördensprecher auf Nachfrage der taz, doch da waren die Falschmeldungen schon geschrieben und veröffentlicht.

### **Fazit: Nicht auf die AfD reinfallen!**

Worin besteht der Erfolg des Petzportals? Sicher nicht im „Aufdecken“ angeblicher Verstöße gegen die Grundsätze politischer Bildung, auch wenn die AfD dies glauben machen will, sondern im Unfrieden stiften an den Schulen sowie einer zunehmenden Verschiebung des Dis-

kurses. Aussagen der AfD werden zunehmend übernommen, ohne ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, womit die Grenzen des Sagbaren immer weiter nach rechts verschoben werden, wie es sich auch im „Fall“ Ida Ehre andeutete.

*Spiegel Online* beschreibt trefend diese AfD-Masche, sich als „Hüter“ von Grundsätzen politischer Bildung zu inszenieren und die Gefahr, darauf reinzufallen: „Die Partei wendet eine alte Masche von Extremisten an: Sie konstruiert ein Problem, ohne nachzuweisen, dass dieses Problem existiert – und bietet sich selbst als Problemlöser an. Zunächst werden Allgemeinplätze formuliert, denen jeder zustimmen kann – Unterricht soll politisch neutral sein, wer würde dem widersprechen? Dann wird so getan, als würde immer wieder gegen diese Regel verstoßen und niemand schenke den Opfern dieser Regelverstöße Gehör – in diesem Fall angeblich politisch indoktrinierten Schüler\_innen. Auftritt AfD: Meldet Euch bei uns! Gemeinsam sorgen wir für Gerechtigkeit und stellen die Ordnung wieder her. Tatsächlich jedoch verfolgt die Partei mit dieser populistischen Strategie

**BÜRGERSCHAFT  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

21. Wahlperiode

Drucksache **21/18377**

20.09.19

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (AfD) vom 12.09.19

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Verfassungsfeindliche linksextremistische Aktivitäten an der Max-Brauer-Schule**

nicht die Interessen von Schüler\_innen, sondern ihre eigenen. Sie eröffnet eine Scheindebatte, mit der sie sich Aufmerksamkeit verschafft, inszeniert sich als Retter gesellschaftlicher Werte – und erzeugt gleichzeitig Druck, um in den Schulen Kritik an den AfD-Positionen zu verhindern. Also im Kern das zu verhindern, was sie ausdrücklich selbst einfordert: freie Meinungsäußerung im Unterricht. Niemand darf darauf hereinfallen – weder Schüler\_innen, Eltern, Lehrer\_innen, noch irgendjemand sonst.

Mit ihren haltlosen Vorwürfen und dem Herbeireden von

Erfolgen verfolgt die AfD nicht das Ziel, die politische Bildung zu stärken, wie sie ja vorgibt, sondern sie will Lehrkräfte einschüchtern, die engagiert ihren Job machen und für die Bildungs- und Erziehungsziele eintreten. Die GEW stärkt diese Lehrkräfte und weist die Versuche der AfD zurück.

Mit ihren Anfragen hat die AfD wiederholt nachgewiesen, dass sie überhaupt nicht verstanden hat, was an Schulen erlaubt und erwünscht ist und was nicht. Sie will verbieten, was AfD-kritisch ist, und gebraucht bewusst ein falsches Verständnis von

politischer Bildung und ‚Neutralität‘. Damit darf sie nicht durchkommen, wofür auch eine kritischere Haltung in Teilen der Öffentlichkeit vonnöten ist.

FREDRIK DEHNERDT,  
stellvertretender Vorsitzender  
der GEW Hamburg

Der Artikel mit Fußnoten und mit Links zu allen Artikeln, Meldungen und Pressemitteilungen der GEW Hamburg zum Thema unter: [www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg](http://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg)

## Ein Reader der GEW Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2020

Einer der bildungspolitischen Schwerpunkte der AfD Bürgerschaftsfraktion in Hamburg besteht in regelmäßigen Angriffen auf die politische Bildung an Schulen und in dem immer wieder vorgetragenen Verdacht von mutmaßlichen Verstößen gegen die Verpflichtung zur politischen Neutralität. Diese sieht die AfD gefährdet und wittert stattdessen „politische Indoktrinationen“, also die einseitige Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrkräfte.

In dieser Broschüre wird dargestellt, was politische Neutralität an Schulen bedeutet und welche Aktivitäten die AfD Hamburg entfaltet hat. Es folgt eine Einordnung dieser Aktivitäten vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Konsenses zur politischen Bildung. Anschließend wird auf die GEW-Position und Aktivitäten eingegangen. Im Anhang finden sich Handlungsempfehlungen für Lehrkräfte, rechtliche Grundlagen der politischen Bildung an Hamburger Schulen sowie ein Literaturverzeichnis zum Thema.

Der Reader ist als pdf-Version und als Druckversion in der GEW-Geschäftsstelle erhältlich.



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Hamburg **GEW**

# „Haltung zeigen statt Zurückhaltung üben!“

Die Bildungspolitik der AfD-Fraktion  
in der Hamburgischen Bürgerschaft

Ein Reader der GEW Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2020  
September 2019

[www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de)

# Keine Berührungsängste

Die GEW-Betriebsgruppe der Max-Brauer-Schule lud zu einer Diskussion mit Aktiven der Antifa-Ost, was ein parlamentarisches Nachspiel brachte

Kein Geringerer als der Erste Bürgermeister machte auf unserem diesjährigen Gewerkschaftstag im Juni vor dem Hintergrund des Anwachsens rechtsradikaler Bewegungen eine klare Ansage: „Antifaschismus ist eine Haltung, die wir alle vertreten“ (s. hlz 7-8/2019, S. 10). Seit diesem Datum lässt die AfD verstärkt nichts unversucht, jeden, der diese Begrifflichkeit verwendet, in ein Licht verfassungsfeindlicher Gesinnung zu stellen. In einer ihrer jüngsten Kleinen parlamentarischen Anfragen heißt es dazu: „Hat es in der jüngeren Vergangenheit vor dem Hintergrund der Verwendung von problematischen Begriffen wie „Antifa“ und „Antifaschismus“ einschließlich deren Gleichsetzung in extremistischen wie auch inzwischen in nicht-extremistischen Kreisen (z. B. in Schulen, Lehrerkollegien, GEW) eine Information des LfV über die problematisch-extremistischen auch historisch belasteten Bestandteile dieser Begriffe/Konzepte gegeben?“ Die Antwort der BSB (ein Konvolut bestehend aus 35 Seiten) verweist in diesem Zusammenhang auf den Verfassungsschutzbericht, der aber nicht auf die „historisch belasteten Bestandteile“ eingehe, so die Antwort des Senats. (aus: Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf [AfD] vom 12.9.2019 und Antwort des Senats – Drucksache 21/18377; S. 32, Punkt 26)

## Zwischen Einheitsfront und Sozialfaschismus

Deshalb sei an dieser Stelle ein kleiner Exkurs erlaubt, was denn die AfD eigentlich meint. Das Bündnis Antifaschistische Aktion, kurz Antifa, entstand



Plakat von 1932

1932 vor dem Hintergrund der unmittelbaren Bedrohung der Machtübertragung an die Nazis. Es war der Versuch, alle oppositionellen Kräfte zu bündeln, um dies zu verhindern. Getragen wurde diese Bewegung vor allem von Angehörigen der damaligen KPD und Teilen der SPD. Die Schwierigkeit, ein Bündnis herzustellen, bestand darin, dass die Beteiligten sich gegenseitig vorwarfen, sie würden die Machtübernahme durch die Nazis durch ihre Politik begünstigen.

Seitens der KPD galt seit 1923 bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten die stark von Moskau beeinflusste so genannte Sozialfaschismusthese, nach der die Sozialdemokraten die Zwillingsbrüder der Faschisten seien, unterbrochen von Phasen, in denen die Einheitsfront – das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten – propagiert wurde (1925-1928). Die Position des Sozialfaschismus erhielt immer wieder Nahrung durch die z.T. harten Polizeieinsätze in Teilen des Deutschen Reichs, in denen die Sozialdemokraten Regierungsverantwortung trugen. So kam es bspw. in Berlin um den 1. Mai 1929 herum (so genannter ‚Blutmai‘) zu einem von einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten befehligten Polizeieinsatz gegen Demonstrierende, bei dem 36 Zivillist\_innen starben. Umgekehrt spitzte die SPD ihre Kritik an den Kommunisten zu, indem sie diese – so Kurt Schumacher 1930 – als „rotlackierte Doppelausgabe der Nationalsozialisten“ bezeichnete. Die einzig politisch-genuinen Gegner der Nationalsozialisten paralyisierten sich auf diese Weise gegenseitig. Trotz alledem konnte die Antifa auf örtlicher Ebene nazistische Übergriffe verhindern. Mit der Machtübernahme der Nazis wurde jeglicher oppositioneller Widerstand gebrochen – so auch der der Antifa, der, wenn überhaupt, seine Weiterführung im Untergrund erfuhr.

## Kontinuitäten

Nach dem Krieg waren mit Beginn des Kalten Krieges und der Frontstellung Westdeutschlands die Bedingungen für eine antifaschistische Arbeit denkbar schlecht. Der ohnehin geringe Einfluss der KPD wurde mit ihrem Verbot 1954 vollends eliminiert. Organisationen wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) konnten unter diesen Vorzeichen nicht das moralische Gewicht erlangen, das ihnen aufgrund ihrer objektiven Rolle zugestanden hätte. Derlei Aktivitäten wurden allesamt als „von Moskau gesteuert“ diskreditiert.

Erst im Zusammenhang mit der Studentenbewegung und der sich hieraus als eine Strömung herausgebildeten 'undogmatischen Linken' besann man sich vor dem Hintergrund des drohenden Wahlerfolgs der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 auf das Konzept, sich als linke Aktivist\_innen gegen die Gefahr von rechts zusammenzuschließen. Die bis dato wenig aufgearbeitete Geschichte des Nationalsozialismus, vor allem die festgestellten personellen Kontinuitäten in Hinblick auf die Funktionseliten der Bundesrepublik, verliehen der Bewegung zusätzlich Schwungkraft. Es ist heute schwer vorstellbar, aber die Adenauer-Regierung konnte es sich nach dem Krieg politisch leisten bspw. von 1953 bis 1963 einen Mann als Staatssekretär an die Spitze des Kanzleramts zu stellen, Hans Globke, der im Nationalsozialismus als Jurist die Nürnberger Rassengesetze kommentiert und damit legitimiert hatte. Ähnlich unvorstellbar, dass man für den Aufbau des Geheimdienstes, des Bundesnachrichtendienstes (BND), einen Mann einsetzte, Reinhold Gehlen, der wenige Jahre zuvor unter den Nazis der Verantwortliche für die Abteilung ‚Fremde Heere-Ost‘ des Reichswehrministeriums zuständig

## Die von der AfD inkriminierte Einladung, die in der Schule plakatiert wurde



### Rückseite der Einladung:

**Die AfD hatte in Hamburg mit ihrem Denunziationsportal Erfolg: Die Schulbehörde hat an der Ida-Ehre-Schule „Antifa“-Sticker entfernen lassen und Schlagzeilen in der Presse („Linksextremisten agieren ungestört an Schule“) haben die Rhetorik der AfD aufgegriffen.**  
**All dies führt dazu, dass der Eindruck entsteht, dass die Antifa einen Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat darstellt. Ist dieser Eindruck richtig? Ist die Antifa für unsere Ordnung gefährlich? Oder ist sie, angesichts der immensen Probleme der Welt, noch lange nicht gefährlich genug? Antifaschismus ist für die meisten Menschen, die sich als Demokrat\_innen verstehen, eine Selbstverständlichkeit. Aber Antifa, so denken viele, sind doch die, die marodierend die Elbchausee runterlaufen und Autos abfackeln. Ist das nicht eigentlich genauso schlimm wie das, was Nazis machen? Wer ist das überhaupt, „die Antifa“? Wir möchten mit unterschiedlichen Aktivist\_innen, auch von unserer Schule, sprechen und diskutieren – in einer Gesprächsatmosphäre, die Unterschiede zulässt und diese als Teil einer demokratischen Gesprächskultur begrüßt.**

GEW-Betriebsgruppe der MBS

war, mitverantwortlich also für die Besatzungspolitik und alle Kriegsverbrechen, die in diesem Zusammenhang auch an der Zivilbevölkerung, die Vernichtung der Juden eingeschlossen, stattgefunden haben. Jener Gehlen sorgte von Beginn der Bundesrepublik dafür, dass viele ‚alte Kameraden‘ nicht nur schnell wieder in Lohn und Brot kamen, sondern auch ideologisch das fortführen konnten, was sie Jahre zuvor betrieben hatten: die bolschewistische Hetze – Antisemitismus wurde offiziell ausgespart –, in der so etwas wie Antifaschismus naturgemäß keinen Raum haben konnte.

Demgegenüber scheint es harmlos, dass mit der Wahl Kurt-Georg Kiesingers 1966 ein ehemaliges NSDAP-Mitglied Bundeskanzler in einer von einer Großen Koalition getragenen Regierung werden konnte oder dass ein Richter, Hans Filbinger, der noch kurz vor Kriegsende Todesurteile gegen Deserteure und Antifaschisten verhängt hatte, als Ministerpräsident von Baden-Württemberg das Land 12 Jahre lang regieren konnte. Und was heute noch weniger vorstellbar ist: dass der Wehrmachtsoffizier und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt noch in den 1950er und 60er Jahren als Verbindungsmann zur HIAG, der Hilfsorganisation der Angehörigen der Waffen-SS, eingesetzt wurde, weil – so muss man annehmen – der Einfluss jener Kreise auf die Politik in dieser Zeit noch sehr bedeutsam gewesen sein muss (s. Jüdische Allgemeine vom 23.12.2018; <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/knacks-im-vertrauen-zum-fuehrer/>). Seinen vorläufigen Höhepunkt fand diese personelle und politische Kontinuität, als Bundeskanzler Kohl 1985 zusammen mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan den Bitburger Soldatenfriedhof aufsuchte, auf dem sich Gräber von SS-Angehörigen befinden,

einer Organisation, die von den Alliierten nach dem Krieg in den Nürnberger Prozessen als „verbrecherisch“ eingestuft worden war.

Vielleicht tauchen diese herausragenden Fälle die Verquickung der alten Bundesrepublik mit dem Nationalsozialismus in ein zu grelles Licht, was den Blick auf die demokratische Verfasstheit und demokratische rechtsstaatliche Praxis der Bundesrepublik in den Hintergrund geraten lässt. Trotzdem lässt sich erahnen, was in diesen Jahren unausgesprochen eine Rolle gespielt hat: Ein ausgemachter Antikommunismus, befeuert von jenen, die eine Nazi-Vergangenheit hatten und die alles andere als an einer Aufarbeitung des Faschismus interessiert waren.

Im Vordergrund stand deshalb für die Aktivist\_innen der Antifa nach 1968 die Aufklärung der oben genannten Zusammenhänge, was eine intensive Recherchearbeit voraussetzte. Das ging so weit, dass der Verfassungsschutz 1978 auf die Erkenntnisse

der Antifa zurückgriff. Mit ihrer Hilfe wurde die Führungsriege der Aktionsfront Nationaler So-

---

*Autoritäres Führerprinzip,  
das einen völkisch-  
identitären Untertanen  
voraussetzt, der gehorcht,  
versus einer Assoziation  
freier Individuen, deren  
Versuch – basierend  
auf dem Prinzip der  
Gleichheit –, sich von  
gesellschaftlichen  
Zwängen zu befreien,  
im Zentrum ihres  
gesellschaftspolitischen  
Engagements steht. Das  
ist eben alles andere als  
rechts gleich links!*

---

zialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA), der ersten Neonazigruppe, die sich offen affirmativ auf den Nationalsozialismus

bezog, verboten. Deren Anführer Michael Kühnen wurde verhaftet. Im Mai 1997 gab es gar ein Treffen zwischen 70(!) Antifa-Leuten und dem Verfassungsschutz zwecks Austausch von Informationen, was innerhalb der Antifa nicht unumstritten war, wurde doch mit dem Begriff ‚Terrorismus‘ die Tür zur Gleichsetzung zwischen rechts und links geöffnet. Ergebnis: Der bayrische Verfassungsschutz lobte noch 2016 die Arbeit der Antifaschist\_innen, indem er ihnen attestierte, dass sie durch ihr Wissen wesentlich dazu beigetragen hätten, rechtsradikale Strukturen aufzudecken. Das „Outing“ von Rechtsextremisten habe Straftaten verhütet und Teilnahme von Enttarnten an Aussteigerprogrammen bewirkt (nach: Die Nazi-Jäger, in: DER SPIEGEL 3/2017).

Nun kann die Antifa sicherlich nicht deswegen auf den Großmut des Verfassungsschutzes hoffen, so dass dieser in Sachen Einschätzung Milde walten lie-

*Fortsetzung S. 31*

## Betriebsgruppe im Recht

Auf die Zweifel der Afd in Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der Bewerbung und Organisation einer Veranstaltung der GEW-Betriebsgruppe der Max Brauer Schule in den Räumen der Schule unter der Fragestellung, Wie gefährlich ist die Antifa? antwortet die Behörde:

Auf der Grundlage der Koalitionsfreiheit (Artikel 9 III Grundgesetz) ist der Anwendungsbereich der Geschäftsordnungsbestimmung 14 der Behörde für Schule und Berufsbildung wie folgt beschränkt: „Von dieser Verordnung wird die Werbung für standespolitische Organisationen, soweit dies zwischen den betreffenden Organisationen und der Behörde geregelt bzw. durch das Personalvertretungsgesetz zugelassen ist, nicht berührt“. Auf der Grundlage von § 2 Hamburgisches Personalvertretungsgesetz und der zu den entsprechenden Rechten der Gewerkschaften ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung, vergleiche Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 28. Februar 2006 – 1 AZR 460/04 –, BAGE 117, 137-151, müssen die Schulleitungen den an der Schule vertretenen Gewerkschaften Gelegenheit zur Ansprache der Kollegenschaft einräumen.

Nach § 53 Abs. 4 Nummer 14 Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG) kann die Schule schulische Räume an Lehrkräfte für andere als schulische Zwecke zur Verfügung stellen. Dies stellt keine Mitbenutzung im Rechtssinne dar. Daten zur gewerkschaftlichen Tätigkeit von Personal oder zum Ablauf und zur Teilnehmerschaft an nicht schulischen Veranstaltungen in der Schule erheben die Schulen nicht.

Für die Gestaltung der Schulhomepage und Veröffentlichung von Beiträgen auf der Homepage sind die Schulleiterinnen und Schulleiter verantwortlich. Schulleiterinnen und Schulleiter oder ihre Vertretung können Auskünfte an Presse, Rundfunk, Film, Fernsehen und über die Homepage erteilen, die die eigene Schule betreffen. **Das Auskunftsrecht umfasst nicht die Veröffentlichung von Meinungen des Lehrerkollegiums** (fett/ Markierung hlz).

Aus: Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (AfD) vom 12.09.19 und Antwort des Senats; Betr.: Verfassungsfeindliche linksextremistische Aktivitäten an der Max-Brauer-Schule, S. 26

## Stellungnahme der Schulleitung der Max-Brauer-Schule zur schriftlichen kleinen Anfrage 21/18377 der AfD vom 12.09.19

In der Anfrage vom 12. September 2019 behauptet die AfD, es gäbe „[v]erfassungsfeindliche linksextremistische Aktivitäten an der Max-Brauer-Schule.“ Die Schulleitung weist diesen Vorwurf in einer Stellungnahme zurück. Stattdessen wird der gesellschaftliche Auftrag der Schule betont, ein demokratisches und antifaschistisches Engagement zu fördern.

Die Schulgemeinschaft der Max-Brauer-Schule steht für eine offene, pluralistische Gesellschaft. Ihre Einstellung zum „Meldeportal“ der AfD haben viele Schulmitglieder im vergangenen Jahr bereits öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Die Max-Brauer-Schule ist eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sowie eine „Club of Rome Schule“. In besonderem Maße

ist sie den Werten verpflichtet, für die sich diese Initiativen engagieren. Diese Haltung wird getragen von dem Verständnis einer antifaschistischen Schule, in der Meinungspluralität, politische Bildung im Sinne des Beutelsbacher Konsenses und Erziehung von Schülerinnen und Schülern zu mündigen, politisch denkenden Bürgerinnen und Bürgern einer demokratischen Gesellschaft selbstverständlich sind sowie die Ausrichtung an den SDGs (17 Nachhaltigkeitsziele für eine nachhaltige Entwicklung, darunter

z. B. das Ziel, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften aufzubauen) und der Schutz der Menschenrechte zur alltäglichen Schulkultur gehören. Schule ist ein entscheidender Ort der Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen. Dazu gehört, dass die Schule Meinungsvielfalt, kritisches Denken, Partizipation und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in unterschiedlichen Ausdrucksformen ermöglicht, fördert und schützt.

Ähnlich wie die Ida Ehre Schule es im März 2019 benannt hat, fördern wir das gesellschaftliche Engagement von Schülerinnen und Schülern, „die sich politisch äußern, betätigen und

positionieren“ – auch und gerade in Gruppen, die sich für Humanität, die Einhaltung der Würde der Menschen und den sorgsamsten Umgang mit der natürlichen Umwelt einsetzen, die Jugendlichen ein demokratisches und antifaschistisches Engagement ermöglichen. Ein antifaschistisches Engagement richtet sich in diesem Sinne gegen den Kern des Faschismus: gegen Antiliberalismus, Antiindividualismus, antidemokratischen

Volk- und Führer-Kult und rassistischen Nationalismus.

Im Unterricht der Max-Brauer-Schule werden politische Themen, politische Gruppierungen und Parteien, politische Debatten und gesellschaftliche Strömungen thematisiert. Dies bedeutet im Sinne des Beutelsbacher Konsenses zu informieren, mit Schülerinnen und Schülern Inhalte zu erarbeiten, zu diskutieren, Meinungsäußerungen frei zuzulassen und Schülerinnen und Schüler zu ermutigen, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen und

sie so zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen. Damit handeln wir nach § 2 des Hamburgischen Schulgesetzes.

Wir weisen die von der AfD aufgeworfene Deutung einer Veranstaltung zur politischen Bildung, die in den Räumen der Max-Brauer-Schule stattgefunden hat und auch von Schülerinnen und Schülern der Schule besucht wurde, als „linksextremistische Werbeveranstaltung“ entschieden zurück.

Die Veranstaltung der GEW-Betriebsgruppe mit dem Titel „Wie gefährlich ist die Antifa?“ greift auf, dass die „Antifa Altona-Ost“ im Umfeld der Schule aktiv ist und dass diese Tatsache

### Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Max Brauer Schule!

Die GEW-Betriebsgruppe der Ida Ehre Schule erklärt sich solidarisch mit der Schulgemeinschaft der Max Brauer Schule und lehnt den Versuch der AfD, dort politisch Einfluss zu nehmen, entschieden ab.

Da auch wir uns bereits in einer Auseinandersetzung mit den Initiatoren des AfD-Denunziationsportals behaupten mussten, kennen wir die daraus resultierenden Unsicherheiten und Debatten nur allzu gut. Wir wünschen den Kolleg\*innen, Schüler\*innen und der Elternschaft der Max Brauer Schule viel Kraft und Entschlossenheit, um – wie wir – gestärkt aus der Konfrontation hervorzugehen.

Von der Schulbehörde erwarten wir endlich eine klare Positionierung gegen jede Form der politischen Angriffe von Rechtsaußen sowie ein entschlossenes Vorgehen gegen das Hetzportal der AfD!

Die GEW-Betriebsgruppe der Ida Ehre Schule

vielen Schülerinnen und Schülern auch bekannt ist. Ein Ziel der Veranstaltung war es auch, sich mit Positionen der „Antifa Altona-Ost“ auseinanderzusetzen und offene Fragen kritisch zu diskutieren. Von den Moderatorinnen ist im Laufe der Veranstaltung mehrfach betont worden, dass eine Auseinandersetzung mit konträren und kritischen Ansichten explizit gewünscht sei und niemand aufgrund seiner Meinung stigmatisiert oder ausgegrenzt werde. Die Äußerungen aller Beteiligten waren in jeder Hinsicht reflektiert und differenziert. Es wurde nicht zu Gewalt aufgerufen, nicht agitiert, sondern politisches Handeln reflektiert.

Der Senat stellt bereits in seiner Antwort zur skA der AfD „Offene Briefe einzelner Lehrer an die AfD- Bürgerschaftsfraktion und das Neutralitätsgebot“ am 27.11.2018 in Bezug auf das Unterrichtsverständnis von Lehrerinnen und Lehrern der Max-Brauer-Schule fest:

„Die von den Lehrkräften in den offenen Briefen geäußerten Ansichten zur Ausgestaltung ihrer unterrichtlichen Arbeit genügen den Anforderungen des Verbotes politischer Indoktrination, dieses verlangt keine Meinungslosigkeit der Lehrkräfte, sondern vielmehr die Darstellung unterschiedlicher Positionen und die Konfrontation mit Originaltexten der den Unterrichtsgegenstand bildenden Parteien“ (Drucksache 21/15077, S.4).

Wir verwahren uns deshalb auf das Schärfste gegen Unterstellungen, Lehrerinnen und Lehrern der Max-Brauer-Schule würden linksextremis-

tische Werbung betreiben oder sogar linksextremistische und gewaltbereite Gruppierungen befördern sowie in unzulässiger Weise gegen die AfD agieren.

Wir weisen aufs Schärfste die unbelegte Behauptung zurück, dass an der Max-Brauer-Schule kritische Äußerungen persönliche oder berufliche Nachteile hätten. Die Max-Brauer-Schule ist eine Schule, in der Entscheidungen stets diskursiv und im Bemühen um eine Einbeziehung verschiedener Perspektiven getroffen werden.

Wir empfinden das Vorgehen der AfD als Einschüchterungsversuch gegenüber Kolleginnen und Kollegen, Schülerinnen und Schülern, durch das versucht wird, politische Bildung und gesellschaftskritisches Engagement zu behindern. In Mecklenburg-Vorpommern hat zeitgleich zu der skA der AfD in Hamburg der Datenschutzbeauftragte das Bewertungsportal der AfD für unzulässig erklärt. „Lehrer dürfen in ihrer Unterrichtstätigkeit nicht eingeschüchtert werden.“ Wir begrüßen, dass Senator Rabe das Thema für Hamburg aufgreift und ebenfalls eine Überprüfung des Portals in die Wege leitet.

Hamburg, 26.09.19

TIM HAGENER,  
DOROTTYA MITSALIS,  
DR. JULIA HELLMER,  
ANDREAS HAUPT,  
THORBEN GUST,  
MARKUS STURZENHECKER

ße, umgekehrt sollte aber auch die AfD nicht denken, dass der Verfassungsschutz die fließende Grenze zwischen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus nicht erkennt. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Der häufig geäußerte Verdacht einer Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Rechtsradikalen erklärt sich aus den oben beschriebenen historischen Zusammenhängen. Die in Teilen ungeklärte Rolle des Staatsschutzes im Zusammenhang mit der Aufklärung der von der NSU-Terrorgruppe begangenen Morde ist nicht nur ein Skandal, sondern zeigt, wie anfällig diese Dienste gegenüber dem rechten Rand unserer Gesellschaft nach wie vor sind.

Wenn also heute die AfD auf ihrer Denunziationsplattform die inkriminierten Antifa-Aufkleber

zum Anlass nimmt, die Behörde zur Stellungnahme zu zwingen, so knüpft sie damit an das an, was die grundsätzliche Gegnerschaft, ja Feindschaft von rechts und links in der bürgerlichen Klassengesellschaft ausmacht: Autoritäres Führerprinzip, das einen völkisch-identitären Untertanen voraussetzt, der gehorcht, versus einer Assoziation freier Individuen, deren Versuch – basierend auf dem Prinzip der Gleichheit –, sich von gesellschaftlichen Zwängen zu befreien, im Zentrum ihres gesellschaftspolitischen Engagements steht. Das ist eben alles andere als rechts gleich links!

Wenn also der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Alexander Wolf „eine Information des LfV (Landesamts für Verfassungsschutz) über die problematisch-extremistischen auch historisch

belasteten Bestandteile dieser Begriffe/Konzepte“ (s. o. Drucksache) der Antifa erwartet, so ist davon auszugehen, dass er hofft, in diesen „Begriffen/Konzepten“ den Geist dessen wiederzufinden, was zumindest bis zur Wiedervereinigung die herrschende Meinung in der alten Bundesrepublik darstellte: Antifaschismus, das war das, was der Vasall der Sowjetunion, die DDR, als Monstranz vor sich hertrug, um zu zeigen, dass sie der einzig legitime Nachfolgestaat auf deutschem Boden war, der radikal mit dem gebrochen hatte, was das Erbe des Faschismus ausmachte. Folglich waren die in der Antifa Aktiven in Westdeutschland nichts anderes als die so genannte 5. Kolonne der sich sozialistisch nennenden DDR bzw. der Sowjetunion. Da mit dieser Einschätzung auch

die alten Gräben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aufgerissen wurden, konnte man sich darauf verlassen, dass bis zur Wiedervereinigung von bundesrepublikanischer Seite von den Volksparteien bis zu den Liberalen unisono in den Chor derer mit eingestimmt wurde, die das Akronym Antifa für etwas vom Osten Oktroyiertes hielten. Diese Einschätzung ist es letztlich, die der AfD-Abgeordnete Wolf gerne hören würde. Bloß – die Zeiten ändern sich!

### Zivilcourage

Insofern kam die von der GEW-Betriebsgruppe der Max-Brauer-Schule organisierte Veranstaltung unter der Fragestellung: „Wie gefährlich ist die Antifa?“ (s. Einladungsflyerblatt, S. 28) gerade zur rechten Zeit. In einer Zeit nämlich, in der Rechtspopulist\_innen dieser Partei, von der wir wissen, dass die Grenze zum Rechtsradikalismus, ihrem so genannten „Flügel“, in dem offen völkisch-nationalistische Positionen vertreten werden, fließend ist, in einer Partei, deren einflussreichster Vertreter, Bernd Höcke, gemäß richterlichem Urteil als Faschist bezeichnet werden darf, ist es geradezu die Pflicht von Demokrat\_innen, auf die hiermit verbundenen Gefahren aufmerksam zu machen. Und wer, wenn nicht wir als Pädagog\_innen hätten hierbei in erster Reihe zu stehen!

In der Summe ist es daher erfreulich, wie der Senator auf die Einwände der AfD in ihrer Kleinen Anfrage (Drucksache s.o.) die Veranstaltung der GEW-Betriebsgruppe betreffend reagiert hat. Da ist zum einen die rechtliche Klarstellung zu nennen, was die Raumvergabe an die Betriebsgruppe betrifft (ebd. S. 26, §53 Abs. 4, Nr. 14 HmbSG, s. Kasten), zum anderen sei aber auch auf das Gebot der Verhältnismäßigkeit in Hinblick auf das Entfernen der inkriminierten Aufkleber hingewiesen. („Dies

bedeutet nicht, dass das schulische Personal in einen Wettstreit mit den Schülerinnen und Schülern einzutreten hat, welche Seite Inschriften und Aufkleber am raschesten entfernt oder wieder neu angebracht hat“. Ebd.)

Der Konflikt ist damit natürlich nicht beseitigt, sondern nur aufgeschoben. Die Bruchlinie wird immer wieder die gleiche sein: Wie weit darf eine oppositionelle Haltung gehen, wenn sie über das tagespolitische Geschäft hinausweist? Wie – deutlich – dürfen systemimmanente Widersprüche in die Öffentlichkeit getragen werden? Wie massiv dürfen ausgemachte Antidemokrat\_innen kritisiert werden? Trotz verfassungsmäßiger Leitlinien sind diese Grenzen nie klar, sondern auch Ergebnis der konkreten Auseinandersetzung, egal, ob diese im Parlament oder außerhalb geführt wird.

Genau um diese Auseinandersetzung ging es an dem Abend, zu dem die Betriebsgruppe eingeladen hatte. Die Jugendlichen auf dem Podium stellten die Strukturen kapitalistischer Wirtschaftsweise dar, die notwendig Ungleichheit produziere. Ob nun international oder national verursacht: das System sei für das Elend, das viele Menschen ertragen müssten, verantwortlich. Dies sei strukturelle Gewalt, der man mittels Aktionen begegnen müsse, in denen man zeige, dass nur aktiver Widerstand etwas bewirken könne. Dass mit der Zuspitzung ökonomischer Widersprüche die Gefahr autoritärer bis hin zu faschistischer Herrschaft einhergehe, sei weltweit nicht zu übersehen und habe national eben seine Entsprechung im Anwachsen des Rechtsradikalismus, so die Jugendlichen.

Im Grunde hatten sie damit das zum Ausdruck gebracht, was einst Max Horkheimer, Mitbegründer der so genannten Frankfurter Schule, deren Vertreter in den 1960er Jahren vielleicht als erste diejenigen waren, die

in Westdeutschland eine Kapitalismuskritik wagten, mit den Worten zusammengefasst hatte: „Wer vom Faschismus redet, sollte vom Kapitalismus nicht schweigen.“ Was das konkret bedeutet – und dies war letztendlich auch der Fokus der Diskussion mit dem Publikum –, auch dazu äußerten sich die Jugendlichen auf dem Podium: es gebe hierzu ein Bündel unterschiedlicher Aktionsformen. Diese reichten von einer Demonstration bis hin zum zivilen Widerstand. Wie wiederum Letzterer aussehen könne, dazu mache man den einzelnen Mitgliedern keine Vorschriften, wobei klar eine Grenze gezogen werde zwischen Gewalt gegen Sachen oder gegen Personen.

Um das Publikum stärker in die Diskussion einzubeziehen, waren die Veranstalter\_innen – auch dies wurde von der AfD moniert – auf die Idee gekommen, dass man für kurze Zeit sich in Kleingruppen, so genannten Murmelrunden, austauschen sollte. In meiner Gruppe spitzte sich der angelegte Konflikt noch einmal durch eine Frage, die im Zusammenhang mit der Gewaltproblematik aufgekommen war, zu: Was ist schon das Abfackeln eines SUVs gegen das, was wir in Sachen Klima zu erwarten haben? Unverständnis bis Empörung schlug dem Fragenden entgegen. Aber es ist genau diese Diskussion, die wir brauchen, um die Widersprüche zuzuspitzen. Und darum ging es: Nicht um die Legitimation von Gewalt, sondern um die Diskussion über das, was national und weltweit an Problemen existiert oder ins Haus steht – und um die Verantwortung, die hieraus erwächst.

JOACHIM GEFFERS



Die junge GEW lädt Euch herzlich zur Veranstaltung

## Jüdische Erinnerung bewahren – Geschichte mit digitalen Medien zum Leben erwecken

am Donnerstag, dem 14. November 2019, 18.00- ca.19.30 Uhr, Curio Haus Raum A+B,  
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg



Das international agierende jüdische Geschichtsinstitut Centropa ([www.centropa.org](http://www.centropa.org)) mit Büros in Wien, Hamburg, Budapest und Washington lädt ein zu einem 90-minütigen Kennenlernworkshop.

Wir laden Euch herzlich zur Veranstaltung ein.

## Moderner Antisemitismus

Vortrag von Josef Holnburger, Politischer Referent DGB Bundesvorstand

am Montag, dem 18. November 2019, 19.00 - ca.20.30 Uhr,

Curio Haus Raum A+B, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

Anmeldung an: [Junge.Gew.Anmeldung@gmx.de](mailto:Junge.Gew.Anmeldung@gmx.de)

Das Attentat in Halle führt leider sehr schmerzhaft vor Augen, wie sehr Antisemitismus immer noch jüdisches Leben in Deutschland und auch weltweit bedroht. Doch ein moderner Antisemitismus zeigt sich nicht immer so deutlich, als dass man ihn gleich als solchen erkennt. Die Mutter des Terroristen antwortete in einem Interview beispielsweise wie folgt: "Er hat nichts gegen Juden in dem Sinne, er hat was gegen die Leute, die hinter der finanziellen Macht stehen. Wer hat das nicht?" Moderner Antisemitismus zeigt sich oft versteckt. Mit Chiffren und Codes wird vermieden, von "den Juden" zu sprechen – die Verschwörungstheorie, Stereotype und Bedrohung ist aber die gleiche.

Wir wollen uns mit modernem Antisemitismus und seinen Formen auseinandersetzen und beschäftigen uns deshalb mit sekundärem Antisemitismus, antisemitischen Codes und strukturellem Antisemitismus der Gegenwart. Anmeldungen an: [Junge.Gew.Anmeldung@gmx.de](mailto:Junge.Gew.Anmeldung@gmx.de)

Junge GEW Hamburg

# Denunziation

Was treibt den AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Dr. Alexander Wolf?

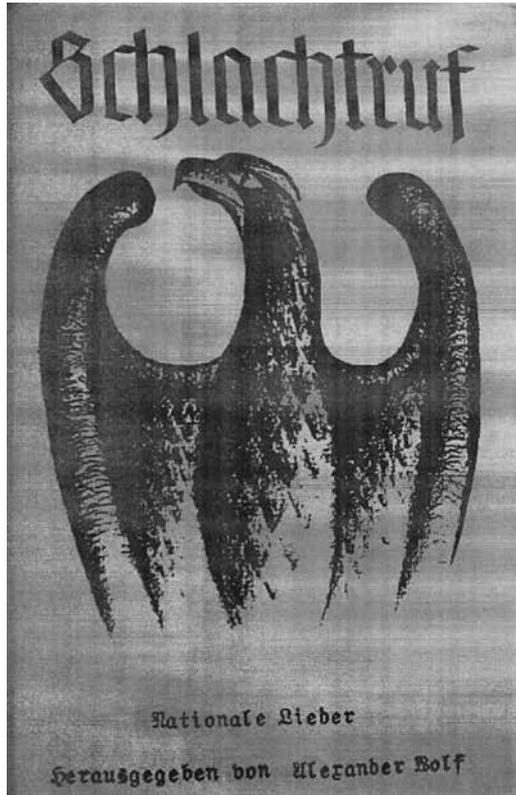
In den letzten Monaten ist der Senat mit Kleinen Anfragen des Abgeordneten Wolf überschüttet worden. Wir erinnern uns: Die Ida-Ehre-Schule war dran. Es folgten: eine Anfrage zur Akten-einsicht „Ida-Ehre-Schule“, Freie Träger-Anfrage, Stadtteil-schule Julius Leber, Berufliche Schule Bautechnik (BS 08) (!), Kongress Asta, Max Brauer Schule, Stadtteilschule Blankenese ... Und immer die gleiche Leier: „Verstoß gegen das Neutralitätsgebot ...“ Stefan Romey hat die ersten Anfragen schon analysiert und kommentiert (hlz 5-6/2019 S. 50) und insbesondere auf die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative (JA), hingewiesen. Alle Anfragen sind leicht einzusehen: <https://www.hamburgische-buergerschaft.de/> – Dokumente aus der Parlamentsdatenbank – Formalkriterien, Alexander Wolf.

Auch die GEW/hlz ist Ziel Wolf-schen Schnüffelein: In der kleinen Anfrage (Drucksache 21/16762) schreibt er: „Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg zitiert in ihrer Lehrer-Zeitschrift ‚hlz‘ (Ausgabe: Januar-Februar 2019) den Massenmörder und Anführer der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung, mit folgendem Satz: ‚Rebellion ist gerechtfertigt‘. ... Rechnet das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) bei der Bewertung/Prüfung hin-

sichtlich möglicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gemäß Hmb-VerfSchG, Aussagen und Zitate aus Mitgliederzeitschriften der herausgebenden Organisation zu?“ Zukünftig soll also – ginge

1989 bis 1993 in München studierte. Dort trat er in die Münchener Burschenschaft Danubia ein. Bestätigt wird die Mitgliedschaft von den Burschenschaftlichen Blättern (1/2015). Die Zeitschrift jubelte, als Wolf als AfD-Abgeordneter in die Hamburgische Bürgerschaft einzog: „... der Rechtsanwalt und Verbandsbruder Dr. Alexander Wolf (Danubia München) wird einer davon sein.“ (siehe Faksimile unter <https://afd-watch-hamburg.org/akteurinnen/buergerschaftsabgeordnete/alexander-wolf/>)

Foto: afd-watch-hamburg.de



Heute „würde er für die Herausgabe dieser Liedersammlung nicht mehr zur Verfügung stehen“

es nach Wolf – die GEW vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Damit kennt sich Herr Wolf aus, mindestens seit seinen Jugendjahren in München.

## Wer bildet(e) Wolf aus? ... Warum ist das interessant?

A. Wolf wurde 1967 geboren. Wikipedia berichtet, dass er von

Die Burschenschaftsjahre in München werden prägend sein für Wolfs politische Aktionen, die heute bei seiner Abgeordneten-Tätigkeit auffallen .

2006 antwortete die damalige Bundesregierung auf eine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke: Frage: „Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Verbindungen der Burschenschaft Danubia zur NPD in den letzten 10 Jahren und wenn ja, welcher Art sind diese?“ Antwort: „Nach Erkenntnissen der Bundesregierung hielten bei der Burschenschaft Danubia in der Vergangenheit einzelne NPD-Mitglieder Vorträge.“ (Drucksache 14/6729).

In einem Dossier des Verfassungsschutzes aus jüngster Zeit finden sich ergänzende Informationen: „In der rechtsextremistischen Münchener ‚Burschen-

schaft Danubia' ist Alexander Wolf Mitglied. Wolf ist derzeit stellvertretender Hamburger AfD-Fraktionsvorsitzender und war zuvor Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Wolf war während seiner Studienzeit verantwortlich für die Veröffentlichung eines Buchs mit nationalsozialistischem Liedgut

Er unterhält zudem Kontakte zur rechtsextremistischen ‚Hamburger Burschenschaft Germania‘.“ ([https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2019-01-15\\_BfV-AfD-Gutachten](https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/#2019-01-15_BfV-AfD-Gutachten))

Herr Wolf ist heute beim Verfassungsschutz bekannt – schon seit langer Zeit, denn die Kommilitonen der Danubia vertreten seit eh und je extreme Meinungen. Eine linke Publikation schrieb – lange vor der Wiedervereinigung: „Sie (Danubia – Anm. W.S.) tritt bei einer ‚Neuvereinigung Deutschlands‘ für einen ‚Zusammenschluß von Mittel-, Ost- und Westdeutschland sowie von Österreich und Südtirol‘ ein. (Welt, 6.1.78) Die ‚Danubia‘ wandte sich gegen einen Antrag auf einem Burschenschaftstag, die Mitgliedschaft in NPD und den Deutschen Burschenschaften für unvereinbar zu erklären. Laut ‚Tat‘ vom 9.1.81 gehören die meisten Bewohner der Münchener Danubia-Villa dem NPD-nahen ‚Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) an.“ Mindestens 1978 schwärmten die Danubia-Schlagenden vom Großdeutschen Reich. Das war allerdings lange vor Wolfs Eintritt. Nur: wer 1989 in diese Studentenverbindung eintritt – und nicht politisch völlig unbedarft handelt –, sollte wissen, auf was er sich dabei einlässt.

Was hörten die Danubia-Studenten damals? Der „Spiegel“ hilft weiter, denn Danubia streicht Hinweise auf Veranstaltungen in den 80er und 90er Jahren von ihrer Homepage. Über die Danubia schrieb der

Spiegel: „Erst kürzlich luden sie den Osnabrücker Soziologieprofessor Robert Hepp zum öffentlichen Gespräch, der in seinen Vorträgen gern die Reinhaltung der ‚europäischen Rasse‘ anmahnt.“ „... das deutsche Volk (befinde sich – Ergänzung W.S.) in der Todesspirale“. (<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690663.html>) Der Artikel wurde 1992 geschrieben, genau zu der Zeit, als der junge Wolf bei den Danuben aktiv war. Er hat den Professor also bei dessen dortigem Gastspiel hören können. Bei Wikipedia ist ebenfalls zu lesen: Hebb spreche vom „demographischen Untergang“, vom „Volkstod“. „Grundlage von Hepps Überlegungen war ein biologistisches Verständnis von Volk, das er ‚nicht mehr nur als eine ‚historische‘ oder ‚kulturelle‘, sondern auch als eine ‚biologische Schicksalsgemeinschaft‘ sah ... (als) ‚Auslese‘ und ‚Vermischung‘ zu einer spezifischen ‚Fortpflanzungs- und Erbanlagengemeinschaft““. (Wikipediaquelle: Wolfgang Bergem: Identitätsformationen in Deutschland. VS Verlag für So-

zialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 80) Noch heute wird dieser Professor stolz in der Liste der Danubia-Gäste aufgeführt. Ein Blick auf die Referenten-Liste lohnt. Die Kommentierung der Namen sprengt allerdings den Rahmen dieser Ausführungen. Die Bundesregierung hatte 2006 mit ihrer Einschätzung Recht.

Für Musik interessierte sich Wolf in seiner Jugendzeit ebenfalls. In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage vom 04.12.2017 stellte die Abgeordnete Heike Sudmann (Die Linke) (Betr.: AfD-Fraktionsvorsitzender Wolf und das Naziliederbuch) fest: „Herr Wolf ersetzte für sein Liederbuch in dem betreffenden HJ-Lied das Wort ‚Hitler‘ beziehungsweise ‚Führer‘ durch das Wort ‚Deutschland‘.“ Hitler-Jugend-Lieder umdichten ... eine köstliche Idee!

Skinhead-Rechtsrock ist Thema eines der nächsten Artikel in der hlz.

WOLFGANG SVENSSON  
hlz-Redaktion

## A. Wolf und Namibia

„Der Ko-Fraktionsvorsitzende der AfD Dr. Alexander Wolf ist von einem Runden Tisch der Kulturbehörde zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Hamburgs verwiesen worden. Dieser Ausschluss ist richtig, denn Herr Wolf gehört bis heute einer völkischen Organisation an, die sich dem Kampf für das Deutschtum verschrieben hat und äußerte noch vor drei Jahren eindeutig revisionistische Ansichten über die militärische Niederlage der Nationalsozialisten. Seine Schwiegereltern waren wichtige Kader von deutschen Pro-Apartheid Organisationen und leugneten den Völkermord an Herero und Nama im ehemaligen Deutsch-Südwest-Afrika, während Wolf selbst im heutigen Namibia einem deutschen „Waffenring Windhoek“, einem Zusammenschluss deutsch-nationaler Korporierter, angehört. (...)

Ralph Schröder (verstorbenen Schwiegervater von A. Wolf – Anm. W.S.) gehörte außerdem mit weiteren Alten Herren aus verschiedenen Studentenverbindungen dem ‚Waffenring Windhoek‘ in Namibia an. Hier ist laut Hamburger Abendblatt (15.7.2016) auch sein Schwiegersohn Alexander Wolf Mitglied.“

Pressemitteilung Hamburger Bündnis gegen Rechts 31.03.2018

# Courage zeigen gegen rechts

Eine Tagung Ende Oktober auf Kampnagel thematisierte den Alltagsrassismus und die zunehmende Einflussnahme rechtsradikaler Gedanken und Umtriebe auf die Politik. Über Solidarität und Widerstand dagegen

„Dürfen Sie denn überhaupt Lehrerin sein?“, so die Frage einer schwarzen Schülerin an eine ebenso dunkelhäutige Lehrerin, die das erste Mal in Berlin vor die Klasse tritt. Diese Lehrerin war die Referentin selbst. Die Frage macht schlaglichtartig deutlich, in welchem Maße der Rassismus in unserem Land den Alltag prägt, in diesem Fall ausgehend von der Hautfarbe, in vielen anderen Fällen ausgelöst durch andere Abweichungen von der Norm. Die das erzählt, ist Saraya Gomis. Sie war Antidiskriminierungsbeauftragte der Berliner Senatsverwaltung für Bildung und arbeitet jetzt an einer Berli-

ner Schule. Sie weiß also, wovon sie spricht. Sie schüttete über das Publikum im vollbesetzten K2 auf Kampnagel ein Füllhorn von alltäglich erlebten Diskriminierungen aus. Manches erklärte sich dabei erst auf den zweiten Blick, wenn sie bspw. davon sprach, dass es Diskriminierung sowohl bei Gleichbehandlung als auch bei Ungleichbehandlung geben kann. Als Beispiel nannte sie den Förderunterricht, in den migrantische Kinder reihenweise geschickt werden, was vordergründig Sinn macht, gleichzeitig aber bei den Kindern ein Gefühl hinterlässt, Schüler\_innen zweiter Klasse zu sein.

Gerade diese Beispiele sind es, die etwas freilegen, was, einmal damit begonnen, immer neue Felder erschließt, auf denen Diskriminierung wahrgenommen werden kann. Das erfordert Arbeit und das heiße, von allem Anfang an sich einzugestehen, dass man Teil eines Herrschaftssystems sei, das auf Diskriminierung setze, so die Referentin. Gerade als Lehrerin habe sie daher die Pflicht, ihr Handeln immer wieder in Hinblick darauf abzuklopfen, ob es frei von Diskriminierung ist. Das erfordert aber nicht nur rationale Einsicht, sondern jene mentale Bereitschaft, sich ändern zu wollen,



Fotos: hlz

in deren Prozess zunächst – dies zeigen alle diesbezüglichen Untersuchungen – Abwehr erfolge. Abwehr bspw. im Zusammenhang mit Genderdebatten, wenn sich die innere Stimme meldet: „Nun ist aber mal genug!“

Gerade dann, so Gomis, gehe die Reise erst los. Sich den eigenen Widerständen nicht nur gedanklich entgegenzustemmen, sondern dies in die Praxis umzusetzen, sei dann Arbeit. Die Überwindung der Angst, sich lächerlich zu machen oder als Spinner in angesehen zu werden, sei das Ziel. Ein Ziel, ohne das demokratische Bildung nicht durchzusetzen sei, weil ohne die Annäherung an das grundgesetzliche Gleichheitspostulat alle Mühen in Richtung wahrer demokratischer Verhältnisse umsonst seien. Es gehe darum, daran zu arbeiten, bei sich selbst und bei anderen die Mechanismen von Diskriminierung aufzudecken.

Wie sich Mühen ins Spielerische transformieren lassen, dies konnte man bei der Referentin leibhaftig erfahren. Ihre durchgängig gegenderte Sprache, die zu Beginn des Vortrags vielleicht noch die eine oder andere Augenbraue beim Publikum sich hatte nach oben bewegen lassen, wurde im Laufe des einstündigen Vortrags als absolut notwendig erkannt und damit auch nicht mehr als den Redefluss störend empfunden, was hierzulande ja immer wieder als Kritik vorgebracht wird.

Gomis schlug mit ihrem Vortrag ein Buch mit vielen Seiten auf, dessen Inhalt für die Zuhörenden neu war. Dies sollte Gesprächsstoff in jedem Lehrer\_innenkollegium sein. Vor allem gehört es ins Zentrum einer Lehrer\_innenausbildung, deren Ausbilder\_innen in eine Berufswelt, sprich Schule, entlassen werden, die nicht nur von materieller Ungleichheit, sondern durch die Einwanderung ebenso stark von kultureller Heterogeni-

tät geprägt ist.

Ein erfüllender Freitagabend.

### Vorträge

Das Sonnabendprogramm startete mit zwei hoch interessanten Vorträgen zum Thema „Bildung & Kultur unter Druck von Rechts“:

**Andreas Speit**, Publizist und Journalist, schilderte manch nahezu unglaubliche Beispiele zum Thema Bürgerliche Scharfmacher: Deutschlands neue rechte Mitte. Zitate, die der Autor aus persönlichen Begegnungen in der „guten Hamburger Gesellschaft“ wiedergab, riefen bei manchen Anwesenden unfassbares Erstaunen hervor. Anhand breit gefächelter Recherchen konnte der Referent die geschilderten Beispiele in die Strategie der Rechten einbetten, ihren Einfluss gezielt in nahezu allen Bereichen von Kunst, Bildung und Kultur – leider nicht immer erfolglos – auszuweiten. Dabei nutzen sie durchaus ein variantenreiches, teilweise geschicktes und nicht immer tumbes Instrumentarium, meistens allerdings verbunden mit Versuchen, Druck und Angst zu erzeugen.

**Annika Eckel**, Leiterin der Berliner Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke, konnte von ihren vielfältigen Erfahrungen in unterschiedlichen sozialen Einrichtungen Berlins zum Thema *Demokratisch bedeutet nicht Neutral – Klare Haltung gegen rechte Diskursstrategien* berichten. Dabei bildet der Versuch der Rechten, das Neutralitätsgebot staatlicher Repräsentanten in ihrem Sinne umzudeuten, einen Schwerpunkt. Mit vielen Beispielen zeigte sie auf, wie diesen Versuchen durch klare und solidarische Haltung erfolgreich begegnet werden konnte und belegte andererseits argumentativ klar und juristisch unterfüttert, dass eine parteipolitische Neutralität nicht gegenüber Positionen/ Organisationen/ Parteien gelten kann, die selbst ständig

Fundamente des Grundgesetzes, der Menschenrechte und weitere demokratischer Grundprinzipien verletzen.

Nachfragen und Anmerkungen aus dem Publikum zu beiden Vorträgen brachten die Erkenntnisse dieses Veranstaltungsteils auf den Nenner: Das beste Mittel gegen sämtliche Versuche der Rechten zur Ausweitung ihres Einflusses auf Kunst, Bildung und Kultur ist eine erhöhte Sensibilität, konsequentes Aufdecken und insbesondere solidarische Gegenwehr in Netzwerken.

### Arbeitsgruppen

Der Bericht über die sich anschließenden Workshops könnte einen Reader füllen. Deshalb seien an dieser Stelle nur die jeweiligen Organisationen (Näheres dazu auf der GEW-Homepage unter: <https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/es-geht-uns-alle-an-tagung-zu-strategien-gegen-rechts>) zu folgenden Themen genannt:

Die Neue Rechte als pädagogische Herausforderung (Projekt Dekonstrukt)

Die Arbeit des Mobilien Beratungsteams gegen Rechts Hamburg (MBT): Wer wir sind, was wir tun und welche Herausforderungen uns in der Praxis rund um Rechtsextremismus begegnen

Die Frage, wie KZ-Gedenkstätten auf Demokratie- und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit reagieren können (KZ-Gedenkstätte Neuengamme)

Aufstehen gegen Rassismus – Von Aktiventreffen bis Stammtschkämpfer\_innen-Ausbildung

Einblicke in die Praxis der solidarischen Institution (Kampnagel-Team) Antifeminismus (Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg)

Repräsentationen und Antirassismus in Stadtkultur (mit Dan Thy Nguyen, Theaterregisseur, Schauspieler und Sänger)

Der Beutelsbacher Konsens

– Ein Brandmelder für ein abgebranntes Haus? (Ramses Michael Oueslati, Lehrerbildner für das Fach Gesellschaft und Politik, Schulberater für Islamismus und Islamfeindlichkeit und Autor rassistischer Unterrichtsmaterialien)

Antifaschistische Arbeit (Gruppen Lelka und Mania und Antifa 22309)

### Podiumsdiskussion

Was am Freitag mit der Schilderung begonnen hatte, dass eine schwarze Schülerin sich nicht vorstellen konnte, von einer Lehrerin of colour unterrichtet zu werden (s.o.), fand eine Fortsetzung, als auf dem Abschlussplenum der Journalist Özdür Ulugag vom Verband ‚Neue deutsche Medien‘ eine Geschichte ihn betreffend erzählte: Er sei fast 20 Jahre am Schauspielhaus beschäftigt gewesen und hätte festgestellt, dass von den mehreren hundert Beschäftigten nur eine Handvoll einen Migrationshintergrund gehabt hätten. Als er dies öffentlich bemängelte, wurde er zum Personalchef zitiert, der ihn auf das verwies, was oben an dem Haus in dem er arbeite geschrieben stehe: „Deutsches Schauspielhaus!“ Damit sei doch eigentlich alles gesagt, so der Personalchef, um anschließend die Suspendierung – Kündigung ging nicht, weil Ulugag als Betriebsrat Kündigungsschutz genoss – gegen den Betriebsfrieden Störenden einzuleiten.

Nicht alle nachfolgenden Schilderungen gaben einen solchen Zynismus wieder, aber sie machten deutlich, dass sich das Klima bei uns unübersehbar nach rechts verschoben hat, seit die AfD in der Politik eine Rolle spielt. Und dass sie dies in Hamburg auf ganz manifeste Weise tut, kann man an der wahren Flut parlamentarischer Anfragen der AfD erkennen, die allesamt versuchen, demokratisches Handeln des politischen Gegners in ein

verfassungsfeindliches Licht zu rücken. Dabei geht es ihr weniger um die Antworten als um die Stimmung, die damit in der Stadt geschürt wird und um die Hoffnung, den politischen Gegner einschüchtern zu können. Eine Stimmung, bei der die Vertreter der Partei selbst als Biedermänner auftreten, um damit das linke Lager umso mehr als Störenfried und Verfassungsfeind anprangern zu können.

Alle Podiumsteilnehmer innen konnten auf unterschiedliche Weise ein Lied davon singen. Kolleg\_innen der Ida Ehre Schule und der Max Brauer Schule berichteten von den massiven Angriffen der AfD durch Kleine parlamentarische Anfragen, in denen der politische Unterricht mit dem Verdacht belegt wurde, hier würde verfassungswidriges Handeln unterstützt. Beide berichteten zwar, dass diese Angriffe in der Summe das Kollegium habe zusammenrücken lassen, sie hinterließen aber auch Spuren, die zukünftiges Handeln beeinflussen könnten. Unser stellvertretender Vorsitzende Fredrik Dehnerdt konnte in diesem Zusammenhang einmal mehr zeigen, dass die GEW das Engagement der Kolleg\_innen nicht nur unterstützt, sondern sich auch politisch bei derlei Angriffen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vor die Kolleg\_innen stellt.

Die Leiterin der Öffentlichen Bücherhallen in Hamburg, Frauke Untiedt, berichtete, dass sie sich auf Grund der AfD-Anfragen fortwährend des Verdachts erwehren müsse, der Bestand in den Bücherhallen sei nicht ausgewogen. Wie man sich vorstellen kann: ein nicht ganz einfaches Geschäft, wenn gefordert wird, Bücher mit eindeutig rechtskonservativen Inhalten, bei denen die Grenzen zum Rechtsradikalismus fließend sind, aufzunehmen.

Ameli Deufelhardt, die Haus- herrin und Intendantin von

Kampnagel, verwarft sich dagegen vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Garantie der Kunstfreiheit gegen jegliche



Einmischung von außen was ihre Programmgestaltung betreffe. Dies habe sie auch dem Senator klarmachen können. Entsprechende Anfragen der AfD seien dementsprechend beantwortet worden.

Die Vertreterin des Bündnisses gegen rechts, Cornelia Kerth, hielt schließlich ein flammendes Plädoyer für die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens und Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte gegen die Gefahr von rechts. Dabei machte sie einmal mehr deutlich, dass einer Gleichsetzung von rechts und links, wie sie von weiten Teilen der Vertreter\_innen der politischen Mitte immer wieder vorgenommen werde, entschieden begegnet werden müsse; das schließe die unreflektierte Begrifflichkeit des Extremismus ein.

Dass es nun darauf ankommt, organisierten Widerstand zu entwickeln, darüber waren sich

die Beteiligten auf dem Podium einig. Der Moderatorin Carina Book gelang es auf hervorragende Weise, das Publikum in die

Diskussion mit einzubeziehen. Am Ende wurde eine Abschluss-erklärung verlesen und von allen Anwesenden unterstützt. Denn:

„Es geht uns alle an“! – so das Motto der Tagung.

NORBERT BAUMANN,  
JOACHIM GEFFERS



Foto: Jule

### **Hamburger Erklärung gegenseitiger Solidarität bei Angriffen von Rechts auf Bildung und Kultur“**

*verabschiedet auf der Tagung „Es geht uns alle an“ zu Strategien gegen Rechts in Bildung und Kultur am 25. und 26. Oktober 2019 auf Kampnagel*

Wir als Aktive aus Bildung und Kultur erklären: Wir müssen handeln und Position beziehen!

Rechtspopulist\*innen, Neonazis und extreme Rechte verfolgen das Ziel, gesellschaftliche Wertvorstellungen zu verschieben. Sie verbreiten Verschwörungstheorien und menschenverachtende Ideologien, um die diverse und demokratische Gesellschaft anzugreifen. Als deren zentrale Stützpfeiler machen sie Bildung und Kultur aus. Mit ihrem ‚Kulturkampf‘ wollen sie eine nationalistische, völkische und homogene ‚deutsche Leitkultur‘ durchsetzen.

Ob in Schule, am Theater oder im Betrieb: Wir alle sind verstärkt seit dem Einzug der AfD in die Parlamente von massiven Angriffen und Bedrohungen von Rechts betroffen. Rechtspopulist\*innen, Neonazis und extreme Rechte stören Veranstaltungen, wollen in Spiel- und Lehrpläne eingreifen und versuchen die Freiheit von Bildung und Kunst einzuschränken. Sie schüren Misstrauen und stacheln zu Denunziationen auf. Wenn es nach ihnen gehen würde, soll unsere selbstverständlich demokratisch-antifaschistische Haltung diskreditiert und gesellschaftlich geächtet werden.

Wir treten für eine offene und plurale Gesellschaft ein und wehren uns gegen Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte. Wir sind überzeugt: Gemeinsam sind wir stärker und können den Angriffen von Rechts etwas entgegensetzen. Solidarischer

Antifaschismus geht uns alle an – für eine vielfältige Gesellschaft!

Deswegen verpflichten wir uns als Aktive aus Bildung und Kultur in Hamburg:

- Wenn jemand von Rechtspopulist\*innen, Neonazis und extremen Rechten angegriffen wird, treten wir für die Betroffenen ein. Wir unterstützen sie als Individuen und als Institutionen und ermutigen andere, sich uns anzuschließen.

- Wir wollen eine plurale, demokratische und inklusive Gesellschaft stärken.

- In unseren eigenen Tätigkeitsbereichen wollen wir für Inklusivität, Diskriminierungsfreiheit und vielfältige Zugänge eintreten.

- Wir schließen uns zusammen und verteidigen die Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Bildung.

# Für einen rigorosen Humanismus

Gegen rechte Hetztiraden, Petzportale und Klimawandelleugner\_innen

## 1. Neutralität

• Eine Befreiung von der Schulpflicht, um an der Demonstration teilzunehmen, kommt nicht in Betracht, da dies die politische Neutralität des Staates verletzt.

• Die Schulaufsicht hat bei einer Begehung der Stadtteilschule in Hoheluft-Ost die Hausverwaltung angewiesen, Aufkleber der Gruppe „Antifa Altona Ost“ im Eingangsbereich der Schule und in einem Klassenraum zu entfernen.

Zwei dienstliche Anweisungen, für die der sozialdemokratische Schulsenator Hamburgs verantwortlich ist. Beide Anweisungen geben dem Druck einer Partei nach, in der Faschisten und Neonazis Landesverbände anführen und deren führende Mitglieder nahezu wöchentlich den Holocaust relativieren, im Grundgesetz verankerte Menschenrechte infrage stellen und die Tatsache des menschengemachten Klimawandels leugnen. Beide Anweisungen berufen sich auf politische Neutralität:

• Die erste auf die Neutralität zwischen wissenschaftlich anerkannten Tatsachen und unwissenschaftlichen Behauptungen. Die Frage sei hier erlaubt, ob es sich zum einen überhaupt um ein politisches Thema handelt und nicht eher um ein wissenschaftliches, zum anderen, ob in Fragen der Verhinderung von Naturkatastrophen Neutralität angebracht ist.

• Die zweite auf die Neutralität von Organisationen und Weltanschauungen, deren Ziel es ist, Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung zu diskriminieren,

zu vertreiben und zu vernichten auf der einen und Organisationen, die dies verhindern wollen, auf der anderen Seite.

Eine gesetzliche Grundlage für diese Auffassung von Neutralität gibt es nicht, geschweige denn für die Rechtfertigung von behördlichen Maßnahmen zu ihrer autoritären Durchsetzung. Angeschoben wurden diese Anweisungen durch die „Aktion Neutrale Schulen Hamburg“ der Bürgerschaftsfraktion der AfD. Dort fordert die nationalistische Partei ein „Neutralitätsgebot“ ein, das sich implizit auf den so-

---

*Eine gesetzliche Grundlage für diese Auffassung von Neutralität gibt es nicht, geschweige denn für die Rechtfertigung von behördlichen Maßnahmen*

---

genannten Beutelsbacher Konsens beruft.

In voraussetzendem Gehorsam gegenüber der rechtsextremen Oppositionspartei hat die Schulbehörde sich diese Auffassung von Neutralität zu eigen gemacht. Den Wortlaut: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen“ des Beutelsbacher Konsenses hat sie wohl dahingehend interpretiert, dass der Klimaprotest auf einer kontrovers diskutierten Theorie zur Entwicklung des Weltklimas beruhe. Bei 97 Prozent Einigkeit unter Wissenschaftler\_innen über die Tatsache des menschengemachten Klimawandels kann aber kaum von einer Kontrover-

se gesprochen werden.

Die zweite Anweisung dürfte sich auf das Überwältigungsverbot beziehen. Dazu heißt es: „Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln.“ Ein antifaschistischer Sticker, der nicht einmal von einem Lehrer/einer Lehrerin stammt, ist keine Überrumpelung, genauso wenig wie der Hinweis, dass in den Führungsgremien der AfD faschistische, rassistische, antisemitische und xenophobe Meinungen vertreten werden. Eine faschistische oder rassistische Äußerung ist keine unerwünschte Meinung, die gegenüber Neutralität geboten wäre, sondern eine Form von Menschenrechtsverletzung. Nach § 2 des Hamburgischen Schulgesetzes ist es die Pflicht jeder/jeden Hamburger Pädagog\_in, Schülerinnen und Schüler dahingehend zu beeinflussen, sich gegen Menschenrechtsverletzungen zu positionieren. (Dazu mehr unter Punkt 2).

Der Begriff „Neutralitätsgebot“ ist im Übrigen weder im Beutelsbacher Konsens noch in irgend einem Schulgesetz zu finden. Neutralität ist gegenüber demokratischen Parteien geboten. Wahlempfehlungen wären eine Überrumpelung, Warnungen vor inhumanen, rassistischen, die Menschenwürde verletzenden Aussagen von Parteifunktionären unter Nennung des Parteina mens dagegen nicht. Neutralität gegenüber humanistischen bzw. menschenverachtenden Haltungen zu fordern, ist genauso absurd wie Neutralität zwischen Mörder und Opfer. Der Träger des Friedensnobelpreises Elie

Wiesel, als Holocaustüberlebender selbst Opfer des Faschismus, hat die Absurdität einer undifferenzierten Neutralität auf den Punkt gebracht: „Man muss Partei ergreifen. Neutralität hilft dem Unterdrücker, niemals dem Opfer, Stillschweigen bestärkt den Peiniger, niemals den Gepeinigten.“ Nicht weniger absurd und historisch unhaltbar wie ein generelles Neutralitätsgebot, das faschistische Haltungen einschließt, ist die Argumentation, eine Partei sei bereits deshalb demokratisch, weil sie mit demokratischen Mitteln gewählt wurde. Lassen wir hier einen Peiniger und Unterdrücker selbst zu Wort kommen: „Ich habe die Demokratie mit ihren eigenen Regeln zur Strecke gebracht.“ (Adolf Hitler)

## 2. Bildungsauftrag

Das Hamburgische Schulgesetz (HmbSG) formuliert wie folgt:

### § 2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

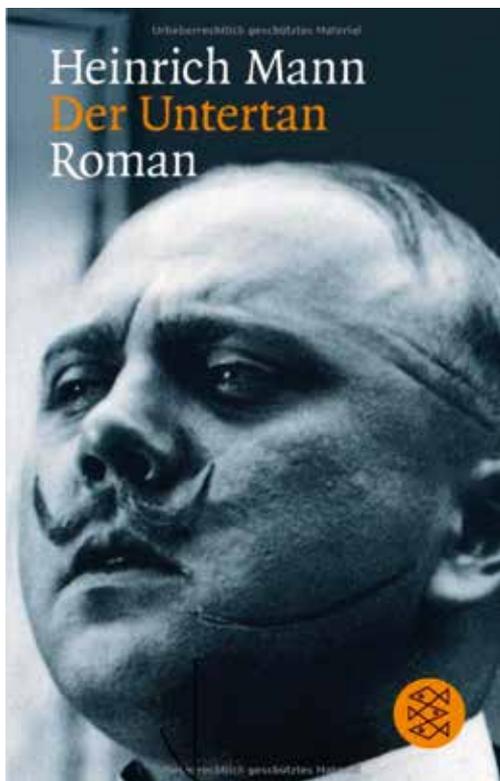
(1) Unterricht und Erziehung richten sich an den Werten des Grundgesetzes und der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus. Es ist Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken,

> ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen,

- an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen

sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten,

- das eigene körperliche und seelische Wohlbefinden ebenso wie das der Mitmenschen wahren zu können und



Druckmäusertum par excellence

- Mitverantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt zu übernehmen.

Soweit das HmbSG. der Bildungsauftrag „Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken“ verlangt geradezu, Schülerinnen und Schüler darin zu befähigen, inhumane Aussagen, Parteiprogramme und Forderungen zu erkennen, zu benennen und sich dagegen zu engagieren.

Aus dieser Sicht des Bil-

dungsauftrags erscheinen die Anweisungen der Hamburger Schulbehörde geradezu bizarr: Eine demokratische Regierung, deren Auftrag es ist, die Lernziele „friedliches Zusammenleben der Kulturen,

Gleichheit aller Menschen und Schutz der natürlichen Umwelt“ zu ermöglichen und zu überwachen, weicht vor einer Oppositionspartei zurück, deren Forderungen diesem Auftrag eklatant widersprechen. Die Schulobrigkeit behindert sogar die Umsetzung des Bildungsauftrags. Denn was spricht mehr für die „Mitverantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt“ als eine Teilnahme an einer Demonstration für Klimaziele? Und was stärkt das friedliche Zusammenleben der Kulturen mehr als das konsequente Einstehen gegen faschistische, rassistische, antisemitische, anti-muslimische und fremdenfeindliche Positionen, Personen und Parteien? Ein antifaschistisches Symbol in einer Schule kann ein Indikator dafür sein, dass hier der Bildungs-

auftrag ernst genommen wurde. Einer Obrigkeit, die auf Geheiß einer Partei, die alle Hebel gegen die zentralen Punkte dieses Bildungsauftrags in Bewegung setzt, ein solches Symbol entfernen lässt, fehlt im besten Falle jegliche Courage.

Ein\_e Lehrkraft, die diesen Bildungsauftrag ernst nimmt, die bereit ist, im Sinne dieses Bildungsauftrages das humanistische Fundament der Verfassung gegen diejenigen zu verteidigen, die es verspotten und abschaffen wollen, die müsste früher oder später ihren Namen auf dem Portal der AfD wiederfinden.

Das Portal ließe sich in diesem Sinn gegen seinen ursprünglichen Zweck um 180° wenden: als Liste von couragierten Kolleginnen und Kollegen, die den Bildungsauftrag ernst nehmen. Dagegen spricht allerdings eine entscheidende Bedingung für einen Eintrag: Es müssen sich unter den Schüler\_innen nationalistisch gesinnte Denunziant\_innen befinden.

### 3. Duckmäusertum

Leider wird, wie gezeigt, der Bildungsauftrag auf schulpolitischer Ebene nicht ernst genommen. Statt den humanistischen Bildungsauftrag offensiv gegen Verächter\_innen des Humanismus zu verteidigen, weichen die Bürokraten zurück, ein Muster, das in Deutschland Tradition hat. Dieses Muster kommt der faschistischen Strategie zupass, sich zunächst als Opfer von Systemmedien, Weltjudentum oder Parteiendiktatur zu stilisieren, dann die demokratischen Institutionen wie Parlamente zu denunzieren („Quasselbude“), Humanist\_innen zu diskreditieren („Gutmenschen“) und sich schließlich als Befreier der angeblich Unterdrückten zu inszenieren. Das Zurückweichen der Bürokratie wird von Seiten der Faschisten nicht etwa als Entgegenkommen gewertet, sondern als Schwäche ausgelegt und verhöhnt. Dass demokratische Instanzen denjenigen eine Plattform bieten und auf den Leim gehen, die den Humanismus als elementares Fundament und damit die Demokratie als Ganzes angreifen, gehört zu den Absurditäten der Geschichte der letzten 100 Jahre. Nicht umsonst verwendet der Faschist Höcke in unheiliger Tradition die Wolf-Schaf-Metapher, um in seinen mit Minderwertigkeitskomplexen beladenen Anhängern die schlummernden Vernichtungs-, Rache- und Allmachtsphantasien zu wecken. Sein Versprechen: „Wählt mich, ihr von fremden Kreaturen be-

drohten Schafe, dann wird der Tag kommen, an dem ihr Wolf sein dürft“. Der Humanismus ist in dieser narzißtisch-paranoiden Weltsicht der chronologisch erste, weil harmloseste Feind. Der erste, weil er in diesem Weltbild der Invasion des Islam und dem Bevölkerungsaustausch durch sein Gutmenschentum den Weg ebnet. Der harmloseste, weil von ihm in seiner vermeintlichen Verfasstheit als Gutmenschentum am wenigsten Gegenwehr zu erwarten ist. Lichterketten sind weniger bedrohlich als der Mossad.

Sollte die AfD – und sei es nur als Juniorpartner – politische Macht gewinnen, wäre einer der ersten Schritte, den Bildungsauftrag radikal umzuformulieren. Formulierungen wie „friedliches Zusammenleben der Kulturen“ oder „der Humanität verpflichtet“ würden fallen und durch Formulierungen wie „dem deutschen Volk verpflichtet“ oder „friedliches Zusammenleben der germanischstämmigen Völker“ ersetzt. Jedes Zurückweichen der politisch Verantwortlichen, etwa in Form von Dienstanweisungen im Gefolge einer vermeintlichen Neutralität, stärkt diese Position und schwächt Demokratie und Humanismus.

### 4. Rigoroser Humanismus

Wie aber kann der Bildungsauftrag gegen diese Gefahr von Rechts gestärkt werden? Dialog mit den Feinden des Dialogs? Gewaltfreie Kommunikation mit Befürwortern gewaltsamer Grenzkontrollen und Vertreibung von Asylsuchenden? Das Zentrum für politische Schönheit fordert von der Zivilgesellschaft einen „aggressiven Humanismus“ gegen die neue faschistische Gefahr. Pädagog\_innen sollten mit dem Begriff „aggressiv“ vorsichtig sein, zumindest dann, wenn sie ihre eigenen Methoden verorten. Der Grundgedanke des ZPS aber ist richtig: Einer Aggression, hier gegen Menschen-

rechte, Grundgesetz, Gleichheit, Bildungsauftrag, die in Hamburg einer Aggression gegen mehr als die Hälfte der Hamburger Schülerschaft gleichkommt, muss offensiv begegnet werden. Jede Äußerung, die sich gegen Artikel 1 oder 3 des Grundgesetzes richtet, Menschen aufgrund ihrer Religion, Herkunft, sexuellen Orientierung, Hautfarbe, ihres Geschlechts zu diskriminieren oder in ihrer Würde herabzusetzen, muss rigoros zurückgewiesen und sanktioniert werden. Und sie muss Konsequenzen haben. Kommen derartige Äußerungen von Schüler\_innen, so sind alle pädagogischen und disziplinarischen Mittel auszuschöpfen, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Kommen sie von einer politischen Partei oder erscheinen sie im öffentlichen Diskurs, so sind alle juristischen Mittel auszuschöpfen. Ein solch rigoroser Humanismus würde auch dem öffentlichen Diskurs guttun. Menschenfeindliche Hetze gehört vor Gericht und nicht in die Talkshows des öffentlich rechtlichen Fernsehens. Kann es so schwer sein, vor der Einladung zu einem Talk mal kurz die Artikel 1 und 3 des Grundgesetzes durchzulesen? Oder vor Unterrichtsbeginn oder der Pausenaufsicht? Oder vor dem Verfassen einer Dienstanweisung? Unsere Verfassung und unser Hamburgisches Schulgesetz samt seinem Bildungsauftrag sollten es wert sein, dass wir sie rigoros verteidigen. Für einen rigorosen Humanismus!

JOACHIM HANNES FRISCH  
BS30 (Fachschiule für  
Sozialpädagogik)



# Fortbildungen zum Asylrecht

## Grundlagen des Asyl- und Ausländerrechts mit Rechtsanwältin Annette Schmidt

Aufenthaltsgestattung, Duldung, Aufenthaltserlaubnis: was heißt das eigentlich und was bedeutet das insbesondere auch für Schüler\_innen und Auszubildende?

Menschen, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung, Krieg und lebensbedrohlicher Not suchen, müssen, um bei uns in Sicherheit leben zu können, das Asylverfahren durchlaufen. Wir werden im Rahmen dieser Fortbildung zum einen über die grundlegenden rechtlichen Voraussetzungen und Schritte dieses Verfahrens informieren. Zum anderen werden wir darüber informieren, welche konkreten Bedeutungen die Aufenthaltstitel, die diese Menschen im Laufe des Verfahrens bzw. nach dessen Abschluss erhalten, für sie haben und welche praktischen Konsequenzen das für ihre Lebenssituation hat. Hierbei wird ein besonderer Fokus auf der Situation von Schüler\_innen und Auszubildenden liegen.

Zu Beginn der Fortbildung werden wir einen kurzen Überblick über die aktuelle Entwicklung der Zahl von Geflüchteten weltweit, in Europa und in Deutschland geben und auf die maßgeblichen Fluchtursachen eingehen.

28.11.2019, 18:00-20:30h,  
Curio-Haus, Rothenbaumch-  
aussee 13, Hamburg, Raum A/B,  
Anmeldefrist: 25.11.

## Traumatisierte Geflüchtete im Asylverfahren mit Dr. Ingrid Andresen-Dannhauer

Vortrag mit anschließendem Austausch.

Fachärztin für Psychotherapeutische Medizin, Traumatherapeutin Mitglied des AK

"Flucht und Bleiben" des BHFI.

Schwere Traumatisierungen führen nicht nur zu massivem Leid bei dem betroffenen Menschen, sie können auch durch die Beeinträchtigung seiner Hirnfunktion gravierende Auswirkungen auf den Verlauf seines Asylverfahrens haben. Deshalb ist in der EU-Richtlinie eine Identifizierung schutzbedürftiger Flüchtlinge vorgeschrieben – diese wird jedoch nicht eingehalten.

Der Vortrag beschäftigt sich mit den Themen:

Was ist ein Trauma, wie wirkt es sich aus?

Wie können Helfer traumatisierte Flüchtlinge unterstützen?

Wie gehen Behörden im Aufnahme- bzw. Asylverfahren damit um?

Welche Bemühungen und Modelle gibt es zur Verbesserung der Situation?

02.12.2019, 18:00-20:30h,  
Werkstatt 3, Nernstweg 32-34,  
Hamburg, Seminarraum 1. Eta-  
ge, Anmeldefrist: 29.11.

## Geordnete-Rückkehr-Gesetz: Gesetzesänderungen und Folgen für Geflüchtete und Unterstützer\_innen

Fortbildung mit Rechtsanwalt Björn Stehn.

Seit 2014 sind die Asylgesetze durch die große Koalition in bisher kaum gekannter Weise erheblich verschärft worden. Nach den Gesetzesänderungen zu „Sicheren Herkunftsländern“ und den Asylpaketen I und II wurde in diesem Jahr das Geordnete-Rückkehr-Gesetz

verabschiedet. Im Rahmen dieser Fortbildung werden wir darüber informieren, was das für Menschen, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung, Krieg und lebensbedrohlicher Not suchen, bedeutet und vor welche Herausforderungen Menschen gestellt werden, die Geflüchtete beraten, aus beruflichen Gründen mit ihnen in Kontakt kommen oder diese unterstützen.

Im Rahmen der Fortbildung wird es einen Überblick zu folgenden Themen geben:

- Welche Verschärfungen gibt es für Menschen mit Duldung?

- Wann können Menschen mit Duldung eine Ausbildung machen oder eine Beschäftigung aufnehmen?

- In welchen Fällen schützt eine Ausbildung oder Beschäftigung vor einer Abschiebung?

- Welche neuen Förderungen gibt es für Flüchtlinge und Geduldete?

- Welche Änderungen gibt es bei Abschiebehaf?

- Welche Änderungen gibt es beim Asylbewerberleistungsgesetz?

Zu Beginn der Fortbildung werden wir einen kurzen Überblick über die aktuelle Entwicklung von Flüchtlingsbewegungen weltweit geben und auf die maßgeblichen Fluchtursachen eingehen.

09.12.2019, 18:00-20:30h,  
Curio-Haus, Rothenbaumch-  
aussee 13, Hamburg, Raum A/B,  
Anmeldefrist: 9.12.

Anmeldung unter: [info@fluechtlingsrat-hamburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-hamburg.de)



# Nicht nur auf den Putz hauen...!

Bernd Lucke: ein gesellschaftliches Prinzip im Verfall

Zu Beginn des Wintersemesters nimmt AfD-Gründer Bernd Lucke seine Lehrtätigkeit als VWL-Professor an der Universität Hamburg wieder auf. Er kehrt damit an eine fortschrittliche Universität zurück. Als Mitglieder dieser Universität haben wir uns der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen verschrieben. Wir engagieren uns für die Überwindung der Schuldenbremsenpolitik in Hochschule und Stadt und darüber hinaus. Die Uni ist vom Salvador-Allende-Platz über das Sozialökonomie-Wandbild und die Gedenkplakette zur Weißen Rose im Audimax bis zu den nach Antifaschist\_innen benannten Hörsälen im ESA ein Ort widerständigen tätigen Erinnerens. In Zeiten ökonomischer Rezession, der Klimakrise und des politischen Legitimitätsverlustes neoliberaler Parteien greifen wir als Hochschulmitglieder gesellschaftsverantwortlich ein. Die Positionen eines Bernd Lucke sind dagegen im engsten Wortsinn reaktionär und verdienen unsere souveräne Zurückweisung.

## Mit Solidarität gegen das „Prinzip Lucke“

Bernd Lucke repräsentiert die ökonomische Glaubenslehre an die heilige Kraft des Marktes und das deutsche Unternehmertum sowie ein biedermeierliches Menschen- und preußisches Erziehungsbild.

Die Verbindung von klassischen Marktradikalen wie Bernd Lucke und autoritären Rechten in der AfD war und ist kein Zufall, sondern entspringt der gemeinsamen Anbetung von

Auslese und Unterwerfung in Form von kulturell determiniertem Rassismus, Leistungsethos, Standortkonkurrenz, Gewerkschafts- und Demokratiefeindlichkeit sowie Autoritarismus. Außerdem braucht neoliberale Politik dringend ideologische Absicherung:

„Die extreme Rechte unternimmt in ihren Programmen, Heimat und Nation mit radikalem Markt und ungehindertem Wettbewerb zu verbinden. Die soziale Sicherheit des Wohlfahrtsstaates soll durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Volks- und Kulturgemeinschaft ersetzt werden. Faschistische Gemeinschaftsideologie – wenngleich stark geläutert und sprachlich modernisiert – dient also dazu, die materielle Sicherheit durch überhöhte Geborgenheitsgefühle ersetzen zu wollen“ (Schui 1997, S. 16).

Die Positionen eines Bernd Lucke sind der zugespitzte Ausdruck der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte. Damit repräsentiert er ein gesellschaftliches Prinzip, das zur tiefsten Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs und zum Erstarken der extrem Rechten geführt hat. Um die aktuelle gesellschaftliche Großkrise zu überwinden, streiten wir in Gegnerschaft zum Prinzip Lucke für die Verwirklichung einer „Welt des Friedens und der Freiheit“ (Schwur der befreiten KZ-Häftlinge von Buchenwald). Dazu braucht es emanzipatorischer Sozialstaatlichkeit und einer Demokratisie-

rung der Wirtschaft sowie dafür eingreifender Forschung und der Bildung mündiger Persönlichkeiten an den Hochschulen.

Dies hat Bernd Lucke seit jeher bekämpft, nicht erst mit der Gründung der AfD. Er trat aus Protest gegen Willy Brandts Entspannungspolitik der CDU bei, beteiligte sich als „Treuhand-Experte“ an der Deindustriali-



Fachschaftsrat  
Erziehungswissenschaft

sierung der DDR und initiierte 2005 – angesichts millionenfachen Protestes gegen Hartz IV – mit seinen Hamburger Kollegen Michael Funke und Thomas Straubhaar den „Hamburger Appell“. Dieses von über 250 deutschen VWL-Professor\_innen unterzeichnete neoliberale Propaganda-Papier richtete sich explizit gegen die Stärkung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage durch Lohnerhöhungen und staatliche Investitionen.

## Keynes statt Hayek

„So gefährdet die Politik mit der Schuldenbremse, dass die Universität ihrer Verantwortung, an einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung zu arbeiten, nachkommen kann. Damit schadet diese Politik allen. Im Unterschied dazu hatte Prof. Dr. Florian Schui aufgezeigt, dass gerade Phasen hoher Spitzen-, Vermögens- und Gewinnsteuern ver-

bunden mit investiver sozialer Staatstätigkeit die gesellschaftliche bzw. die positive wirtschaftliche Entwicklung begünstigen.“

(Beschluss Akademischer Senat UHH, 28. Juni 2018 in Auswertung des Dies Academicus)

Zur Verteidigung von Unternehmensinteressen schieben Lucke und Co. im Hamburger Appell die Schuld an der Krise den Arbeiter\_innen zu: „Die unangenehme Wahrheit besteht deshalb darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird. Eine Abfederung dieser

gen dafür zu schaffen, dass die Studierenden hohe wissenschaftliche Kompetenz erwerben, ihre Fähigkeiten selbsttätig entfalten und sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die bereit und in der Lage sind, an deren sozial und ökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Gestaltung maßgeblich mitzuwirken und für ihre Zukunftsfähigkeit Verantwortung zu übernehmen.“ (Leitbild universitärer Lehre der UHH)

Lucke hingegen, der Bildung und Ausbildung lediglich als „wichtige Standortfaktoren“ begreift, meint im Hamburger Appell, dass Defizite an Hoch-

u.a. das Verbannen von Keynes, Marx und Co., quasi keine Gestaltungsfreiheit (Luckes Makro-Vorlesung ist ein alternativloser Pflichtkurs) und eine Top-Down-„Lernkultur“.

In Gegnerschaft zur Arbeitsmarktorientierung muss es im Studium darum gehen, sich kooperativ den gesellschaftlichen Problemen zu widmen und zu ihrer theoretisch-praktischen Lösung beizutragen.

### **Antifaschismus, nicht totaler Markt!**

„Nie wieder sollen Bildung und Wissenschaft aus Neid, Konkurrenz und Vorurteilen, aus Gleichgültigkeit, Ressentiment und Opportunitätsdenken mitverantwortlich werden an Ausgrenzung, Verfolgung, Mord und Krieg. Frieden, Gerechtigkeit und Humanität sollen Reflexion, Diskurs und gesellschaftliche Praxis der Universität nachhaltig orientieren. Weltoffenheit, Inklusion und Demokratie sollen ihre Kultur prägen. Wir erinnern, für ein besseres Leben.“ (Beschluss des Akademischen Senats der UHH zum Erinnern an die Reichspogromnacht, 13.10.2016)

Aufklärung über die neoliberalen Mythen als kollektive Selbstbefreiung, Solidarisierung statt Spaltung und Vereinzelung sowie der Kampf für den Ausbau von Sozialstaatlichkeit (auch als Austrocknung des Nährbodens der Rechten) sind die Alternative zum „Prinzip Lucke“. Luckes Rückkehr an die Uni Hamburg sollten wir also zum Anlass nehmen, unser progressives Engagement für eine Hochschule der Nachhaltigkeit auszubauen, der neoliberalen Politik („Schuldenbremse“) den Todesstoß zu versetzen und die Verfasste Studierendenschaft als Ganzes wieder als gesellschaftliche Akteurin zu rekonstruieren.

FACHSCHAFTSRÄTE  
UNIVERSITÄT  
(gekürzt)



## **Ausschuss gegen Rechts**

Entwicklung ist durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft möglich.“ Zur „Konsolidierung der Staatsfinanzen“ seien „weitreichende Einschnitte in allen Bereichen der öffentlichen Ausgaben“ nötig. Die Schuldenbremse lässt grüßen.

Dementgegen muss der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum auch allen zugutekommen: für gute Arbeit, soziale Sicherheit und ökonomische Vernunft. In der VWL bedeutet das vor allem ein Ende der neoklassischen Monokultur. Schluss mit Hayek, her mit Keynes und Marx. Für eine (mindestens) Plurale Ökonomik!

### **Bildung mündiger Persönlichkeiten statt Erziehung zur Unterwerfung**

„Ziel universitärer Lehre ist es, Bildung durch Wissenschaft zu ermöglichen. Das schließt die Aufgabe ein, alle Voraussetzun-

schulen nicht mit „verbesselter Mittelausstattung im Bildungswesen“ behoben werden können. Es werde übersehen, „dass große Fortschritte allein durch vermehrten Ansporn zu Fleiß, Wissbegier und strenger Leistungsorientierung erzielt werden könnten“.

Mit dem aggressiven Menschenbild wird uns eingeredet, allen gehe es nur um den eigenen Vorteil und Konkurrenz steigere die Produktivität. Weil die Natur des Menschen aber seine Gesellschaftlichkeit ist, wird versucht, diese ins Studium mit großem Aufwand auszutreiben. Mit Einführung und Verknappung von Masterplätzen, Prüfungs-marathon und Modulfristen folgt das Bachelor-Master-System dem Prinzip der Konkurrenz. Im Interesse von Unternehmen soll das Studium ausschließlich dazu dienen, hochqualifizierte Lohnabhängige zu schaffen. Im VWL-Studium bedeutet das

# Gret/chen/afrage ungelöst

Der Protest von FridaysforFuture bewegt seit einem Jahr die Öffentlichkeit und offenbart dabei die Widersprüche zwischen klimapolitischen Erfordernissen und marktwirtschaftlicher Rationalität

Parallel zu den größten Demonstrationen seit Jahren verabschiedete die Regierungskoalition Ende September ihr „Klimapaket“. Die anfängliche abfällige Redeweise über FFF, dass „Klimaschutz was für Profis“ (Lindner, FDP) sei, ist passé, vielmehr bezieht sich die Politik unmissverständlich positiv auf FFF mit entsprechender Anerkennung durch fast alle Parteien. Von höchster Stelle, von der Bundeskanzlerin, ist auf dem UN-Klimagipfel im September zu hören, der „Weckruf der Jugend“ (welt.de) sei erhört worden – und aus Berlin wurde nachgelegt: „Wir haben verstanden!“. Die Klimabewegung erfährt von Amts wegen Bestätigung: sie habe etwas angebahnt, was die Politik beeindruckt hat.

Ein ziemlicher Schwenk, wenn man bedenkt, wie die Kanzlerin noch im Frühjahr die Protestbewegung FFF verunglimpfte und in Verbindung mit „hybrider Kriegsführung etwa durch Russland“ (taz.de) brachte. Das augenblickliche Einvernehmen ebenso wie die frühere Ablehnung zeigen, dass die Behandlung des Protests ganz in der Entscheidungsbefugnis der Regierenden liegt. Ob die Sache gebilligt ist oder keine Beachtung findet, darüber befindet die Politik mit ihren Kalkulationen. Die Politik lässt sich zu nichts nötigen. Die Zustimmung der Politik heißt eben nicht, Forderungen zu übernehmen. Sie zählt nichts, eher verweist sie auf die Benutzung *durch* die Politik. Ihre Aufnahme ist die Weise, wie das Anliegen abgewiesen wird. Das hat FFF noch am Tage der

großen Demos mit der Verabschiedung des „Klimapakets“ erfahren müssen, welches die Protestbewegung als „absolut unzulänglich“ und „politische Bankrotterklärung“ (fridayforfuture.de) registrierte.

## Worte und Taten der Politik

Prompt wird der Vorwurf der Bewegung an die Politik aufgebracht, es würde nur geredet und kaum etwas getan. Aber: Auch wenn Politiker\_innen nur reden, erzielt das eine Wirkung. Festzustellen ist, dass der Kanzlerin schon über Jahre das Prädikat „Klimakanzlerin“ angeheftet wird, sie auch ein „Menschheitsproblem“ lösen will. CSU-Söder nennt den Klimaschutz ein „urkonservatives, bayrisches“ Ansinnen; er kündigt eine deutsche „Revolution“ an, dazu warnt gleichzeitig vor einem neuen Aufkommen der „sozialen Frage“ (faz.de). Die Grünen wollen den „Klimaschutz im Grundgesetz verankern“ (mdr.de) etc. Sogar in der AfD überlegt man, ob man das Thema nicht irgendwie besetzen kann.

Es ist bei vielen Staaten auf der Agenda. Die Gret/chen/afrage „Wie hältst du es mit dem Klimaschutz?“ ist der geltende Gradmesser, für das, was in der Gesellschaft thematisiert wird. FFF wendet sich an die Mächtigen, die mit dem, was sie sagen, ihren Anspruch auf Zuständigkeit untermauern. Einfach einen Vorschlag der Jugend aufzunehmen, den die für sehr wichtig hält, wäre ja ‚Populismus‘ und der ist verpönt. Angesagt wird von oben, was für befassungswürdig erachtet wird. Die Poli-

tiker\_innen wollen kein Thema anderen überlassen. Ihnen geht es bei dem, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird, um die Meinungshoheit über allen anderen – auch abwegigen – Meinungen, die sie mit ihrer erlaubten Meinungsfreiheit freigesetzt haben.

Damit wird der Anspruch ausgesprochen: Politik muss nicht überzeugen, sondern besitzt Führerschaft. Wobei der Gegensatz in der Sache beibehalten wird. Politik will den Klimaschutz nach ihren Notwendigkeiten in die Praxis umsetzen. Nun hat die Politik wohl ein eigenes Defizit erkannt, nämlich: dass der Protest so etwas wie den Letztbegründungsanspruch zum Klimaschutz stellt. Das geht gar nicht, denn die Politik will die Vorgaben dazu machen, wie das geschieht. Immerhin hat man monatelang diskutiert, wie Klimaschutzziele auszusehen haben.

Was soll passieren? Wie schnell und bei wem? Dass die Politik in der Klimafrage FFF ein „verstanden“ signalisiert, heißt nicht, dass sie die Forderungen der Bewegung übernimmt. Vielmehr heißt das: Unsere Aufgabe muss es sein, die Sache selber wieder in die Hand zu nehmen. Das von FFF kritisierte „sie reden nur“ ist ein wichtiger Baustein der Steuerung und Prägung der öffentlichen Meinung. Es geht um wichtige Maßgaben, die zu beachten und ausschließlich der Politik zu überlassen sind. Wenn die politischen Gestalter\_innen einen Meinungsaustausch initiieren, lebt er davon, dass von ihm nichts, jedoch alles von ihrem

Machtwort abhängt. Wirksames politisches Handeln ist angesagt, das für die Lebensumstände der Menschen verantwortlich ist. So erhalten gegensätzliche Interessen ihre Verlaufsform. Das Verhältnis von Machern und Betroffenen, also von Regierung und Regierten, kommt in der öffentlichen Auseinandersetzung zum Tragen, mit dem Klimapakete sind die Forderungen von FFF bedeutungslos. Es hat schon etwas Tragisches: Da bringt FFF große Demos zustande und zeitgleich beschließt die Regierung ein Klimapaket, das FFF als Politikversagen einordnet. So zeigt der Satz der Kanzlerin „Politik ist die Kunst des Möglichen“ unmissverständlich, was hoheitliche Politik heißt.

#### **Berufung auf moralische Höchstwerte**

Der Protest macht das Interesse nach annähernd erträglichen klimatischen Bedingungen vorstellig. Dabei bleibt es jedoch nicht, denn zu dem Interesse gesellt sich ein weiteres Anliegen, das sich auf eine viel höhere Sache bezieht. Es ist mittlerweile durchgesetzt, nicht nur ein Interesse vorzutragen; das zieht nicht, vielmehr wird sich auf etwas fiktiv Allgemeines bezogen. Das soll für das Interesse unverzichtbar sein, es geradezu rechtfertigen. Das sorgt für Gehör und eventuell für Erfüllung des Anliegens.

#### **Klimafrage = Menschheitsfrage**

So kommen die höchsten Werte überhaupt ins Spiel: „Menschheit“, „Planet“ etc., deren Untergang drohe. Zur Rettung der „Menschheit“ wird aufgerufen. So vermeidet dieses Verfahren tunlichst, die Sache nach sauberer Atmosphäre mit erträglichem Klima nur einem profanen, gar eigennützigem Interesse zuzuordnen. Ein der Politik nicht unbekanntes Verfahren, was FFF auch anwendet. „Wir haben alle nur eine Erde“ (Merkel, zeit.de)

oder „No Planet B“ (FridayforFuture.at) liegen auf einer Linie; ähnlich „Menschheitsaufgabe“ (Merkel, welt.de), „Menschheitsfrage“ (Schulze, bmu.de), „Auslöschung der Menschheit“ (extinction rebellion.de). Bezug zu nehmen auf ein höheres Anliegen, soll der eigenen Position ein viel größeres Gewicht verleihen.

Genau das bringt auch die Politik in Anschlag, wenn es darum geht, unterschiedliche, sich ausschließende Interessen unter `einen Hut` zu zwingen. Beim Bezug auf ein `sauberes` Klima konkretisieren sich Abstrakta wie „Menschheit“ sehr schnell im Hinblick auf Interessen, welchen einige nachgehen, wodurch andere das Nachsehen haben. So haben z. B. die Fabrikeigentümer weniger Kosten, wenn sie die Atmosphäre als günstige Mülldeponie für ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nutzen. Andererseits werden durch die Folgen des Klimawandels (Verwüstung, Überschwemmungen etc.) Millionen Menschen gezwungen, ihren Lebensmittelpunkt zu verlassen.

Schmilzt das Eis der Nordwest-Passage, machen Reeder durch Einsparung Tausender Kilometer Zusatzgewinne. Bei „Extremwetterlagen“ und ihren Folgen wittern die Versicherungsgesellschaften ein neues Geschäftsfeld, was sich in der Verteuerung von Versicherungsbeiträgen niederschlägt. In Europa hat „das Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, wie hitzebedingte Sterblichkeit“ (klimahohegrenzen.de).

#### **Klimaschutz: Motor der Marktwirtschaft**

Alles ist weiterhin, so der politische Konsens, durch die Brille der marktwirtschaftlichen `Verunft` zu sehen. Die Umkehrung, einfach Klimaschutz zu machen, kommt nicht in Frage. Das wäre für die Marktwirtschaft schlicht eine nicht zu verantwortende

Kostenbelastung, die den Standort gefährden und den Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt zunichte machen würde.

Wenn Wirtschaftsminister Altmaier sich um die Atmosphäre sorgt, dann ist das Heilmittel fürs Klima die „strategische Industriepolitik“ (tagesspiegel.de), die sich im Verhältnis zu anderen Staaten und ihren Standortverwaltern Vorteile im „Verdrängungswettbewerb“ (daswirtschaftslexikon.de) verschafft. „Klimaschutz ist nicht nur die ökologische Schicksalsfrage“ (gruene.de), sondern auch Maßstab für die Zukunftsfähigkeit „unserer Wirtschaft“, so steht es im „Klimaschutz-Sofortprogramm“ der Grünen. Nur wenn der „Übergang zu einer kohlestofffreien und ressourcenleichten Wirtschaft gelingt“ und der Warenstrom „Made in Germany“ wachstumsmäßig eine „international erfolgreiche Marke“ bleibt, ist der Industriestandort gesichert. Dazu gehören selbstverständlich „zukunftsfähige Arbeitsplätze“.

Die Partei, die durch FFF einen erheblichen Stimmenzuwachs erfahren hat, trägt so ihr Anliegen vor, der deutschen Wirtschaft weiterhin die Rahmenbedingungen zu liefern, international erfolgreich zu sein. Andere Wirtschaftssubjekte auf dem Globus sollen ausgestochen und damit zu Verlierern gemacht werden, der eigene Standort mit seinen Ablegern in der globalisierten Welt ist das Mittel des Vorankommens der Ökonomie und damit auch der Macht des Staates. Klimaschutz, also ein international verbindliches Vorschriftenwesen für Energieerzeugung, Mobilität etc., spielt dabei eine entscheidende Rolle. So bleiben „die Verursacher des Klimawandels bis auf Weiteres auch dessen Profiteure“ (sueddeutsche.de).

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK  
Ruheständler

**„Exzellente Wissenschaft braucht exzellente  
Beschäftigungsbedingungen!“  
Veranstaltung mit den wissenschaftspolitischen  
Sprecher\*innen zur Bürgerschaftswahl**

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind geprägt von Zeitverträgen, unsicheren Berufsperspektiven und einer zunehmenden Arbeitslast. In Hamburg wurde 2013 von der Wissenschaftsbehörde eine AG „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ eingerichtet, die gesetzliche Änderungen sowie einen „Code of Conduct“ (CoC) für die Hochschulen auf den Weg brachte.

Doch noch immer dominieren prekäre Stellen, wenn überhaupt auf Stellen und nicht auf Stipendien, Lehraufträgen oder „selbstfinanziert“ gelehrt und geforscht wird, und das im Gegensatz zum Leitbild „Stadt der Guten Arbeit“ und den Intentionen des CoC. Zugleich wurde dieser Prozess in ein Monitoring überführt. Angesichts der dramatischen Beschäftigungssituation reicht uns das allerdings nicht aus.

Diese ist auch eine Folge der dramatischen Unterfinanzierung der Hochschulen. Angesichts faktischer Kürzungen des Etats über die letzten Jahre, dessen jährlicher Aufwuchs von 0,88% nicht einmal die Tarifsteigerungen deckte, ist ein deutlicher Aufwuchs dringend nötig.

Bei dieser Veranstaltung werden wir mit den wissenschaftspolitischen Sprecher\*innen diese und andere Herausforderungen in der Wissenschaftspolitik diskutieren und die Positionen der Parteien kennenlernen.

**Dienstag, 12.11.2019, 18 Uhr, Curiohaus, Raum A**

Dr. Sven Tode, SPD  
Carsten Ovens, CDU (angefragt)  
Rene Gögge, Grüne  
Martin Dolzer, Linke  
Daniel Oetzel, FDP



**Konferenz des akademischen  
Personals an der Uni Hamburg**



# Warum in die Ferne schweifen...



Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung](http://gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung)

## Seminar für Vertrauensleute

Vertrauensleute sind grundlegend wichtig für die GEW. Doch viele Betriebsgruppen arbeiten nicht mehr wie früher. In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit Aufgaben und Handlungsfeldern, aber auch aktuellen Problemen der Vertrauensleutearbeit. Dazu erörtern wir in entspannter Atmosphäre folgende Fragen: Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen? Wir starten mit einem Einstieg in der GEW-Geschäftsstelle, anschließend gehen wir gemeinsam lecker essen. Auch für Kolleg\_innen, die eine Betriebsgruppe gründen wollen.

*Freitag 15.11.2019, 16-19 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15  
Leitung: Dirk Mescher  
kostenlos für GEW-Mitglieder  
incl. Verpflegung*

## Unterrichten im Ausland

Du interessierst dich für eine Arbeit an einer Schule im Ausland, die Deutsch als Fremdsprache anbietet oder möchtest deine Erfahrungen aus dem Auslandsaufenthalt weitergeben? Mit der GEW-Arbeitsgruppe Auslandslehrer\_innen (AGAL) beleuchten wir auf dieser Infoveranstaltung zum Auslandsstudienst das Thema.

*Dienstag 3.12.2019, 17-20 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,*

## Rothenbaumchaussee 15

*Leitung: Wilfried Auel  
kostenlos für GEW-Mitglieder  
(Nicht-Mitglieder gegen Spende)*

## Genderkompetenz

Mit unserem Workshop „Genderkompetenz in frühkindlichen Bildungseinrichtungen“ wollen wir einerseits eine Einführung in das Thema Geschlecht und Geschlechterrollen heute in unserer Gesellschaft geben und andererseits gemeinsam mit euch daran arbeiten, inwiefern eine praktische Umsetzung und somit eine freie und individuelle Persönlichkeitsentfaltung eines jeden Kindes, Jugendlichen und jungen Erwachsenen möglich sein kann. Hierbei betrachten wir die drei Bildungseinrichtungen Schule, KiTa und die offene Kinder- und Jugendarbeit. Der Workshop richtet sich an pädagogische Fachkräfte in Ausbildung, Studium und im Berufsleben. Da wir eine praxisorientierte Gruppenarbeit zu den einzelnen Bildungseinrichtungen planen, gebt bitte euren Praxischwerpunkt/ Arbeitsbereich (Schule, KiTa, OKJA) an.  
*Sa. 14.12.2019, 10-16 Uhr  
So. 15.12.2019, 12-16 Uhr  
Hamburg, Curiohaus  
Leitung: Mathias Gintzel  
kostenlos*

## Tango und Klassenführung

Neu an der Schule oder im Referendariat – viel kommt auf euch zu! Über Unterrichtsvorbe-

reitung habt ihr einiges gelernt, das Thema Klassenführung kommt selten im Studium oder Referendariat vor. Gerade heute mit immer herausforderndem Verhalten vieler Schüler\_innen wird es jedoch zunehmend wichtig.

Im Seminar bietet sich die Möglichkeit, auf körperlicher Ebene zu erfahren, was gute Führung ist und was unzureichende Führung bewirkt. Eine Einführung in den Tango Argentino ermöglicht diese Erfahrungen. Wer also immer schon mal Tango lernen wollte, ist in diesem Seminar auch richtig. In den Reflexionsphasen wird die Verbindung zwischen Führung im Tanz und in der Klasse gezogen.  
*Fr. 14.2.2020, 17 Uhr  
Sa. 15.2.2020, 15 Uhr  
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,  
Rothenbaumchaussee 15  
Leitung: Christa Günther  
Kostenanteil: 20 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 80 €)*

## Anmeldung

Über die GEW-Website: [www.gew-hamburg.de/seminare](http://www.gew-hamburg.de/seminare). Ermäßigung gibt es für Erzieher\_innen, Referendar\_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

# Soziale Schieflage

Die OECD stellt international zunehmende Bildungsbeteiligung fest. Deutschland hinkt auch 2019 bei Bildungsausgaben hinterher

Die alljährliche Berichterstattung der OECD über die Bildung in allen Mitgliedsstaaten und weiteren Partnern wie den übrigen G 20 Ländern, OECD-Beitrittsländern wie Indonesien, Indien und Saudi-Arabien bietet die Möglichkeit, den Stand der Bildung von der Kita über Grund- und weiterführende Schulen, die Hochschulen bis hin zur Weiterbildung überblicksartig für jedes Land zu erfassen und mit den übrigen Ländern oder dem Durchschnitt zu vergleichen.\*

---

*Deutschland reproduziert und verschärft nach wie vor in seinem Bildungswesen die soziale Spaltung in der Gesellschaft...*

---

Im Verlauf der letzten Jahre ist grundsätzlich eine zunehmende Bildungsbeteiligung in allen Ländern festzustellen – dieser Trend setzt sich auch 2019 fort. Insbesondere die frühkindliche Bildung und der tertiäre Bereich (Hochschulen) erfasst immer mehr Menschen. Das gilt auch für Deutschland.

Dennoch klingen die alljährlichen Erfolgsmeldungen diesmal etwas bescheidener. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek bescheinigt bei der Vorstellung des Berichts Deutschland ein „gutes Bildungssystem“, das international „ganz gut bestehen“ könne. „Wir sind jetzt im Mittelfeld“ – so ihr Fazit.

Angesichts wieder massiv steigender Schüler\_innen- und Studierendenzahlen, steigender Nachfrage nach Krippen- und

Kitaplätzen, einem Investitionsstau in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen und einem steigenden Bedarf an pädagogischem Personal an Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen für das vor uns liegende Jahrzehnt lässt die OECD-Studie einen Blick auf die Ausgangslage für die vor uns liegenden Probleme zu.

Über dieses quantitative Versorgungsproblem hinaus muss das Augenmerk auch auf die gravierende soziale Schieflage in unserem Bildungssystem gerichtet werden. Deutschland reproduziert und verschärft nach wie vor in seinem Bildungswesen die soziale Spaltung in der Gesellschaft. Gerade angesichts steigender Bildungsabschlüsse für viele wird die Lage für diejenigen, die im Bildungssystem nicht erfolgreich sind, immer prekärer. Und diese Kinder und Jugendlichen kommen in Deutschland meist aus armen und sozial benachteiligten Familien.

„In der gesamten OECD gilt ein Abschluss im Sekundarbereich II allgemein als Mindestvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Erwachsene aller Altersgruppen, die diesen Bildungsstand nicht erreicht haben, sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Im Durchschnitt der OECD-Länder beträgt die Beschäftigungsquote von 25- bis 64-jährigen Absolventen des Tertiärbereichs 85 %, von Absolventen des Sekundarbereichs II bzw. des postsekundären, nicht tertiären Bereichs 76 % und von denjenigen ohne Abschluss im Sekundarbereich II 59 %“ (S. 79) 13 % aller jungen Erwachsenen zwischen 25

und 34 Jahren haben in Deutschland keinen Sekundarstufen II-Abschluss. Im EU-Durchschnitt liegt dieser Wert bei 14 % und im OECD-Durchschnitt bei 15 %, also nur unerheblich schlechter.

2008 lag dieser Wert in Deutschland bei 16 Prozent. Das selbstgesetzte Ziel, diesen Wert bis 2015 zu halbieren, ist weit verfehlt worden:

*„Diese Quote gilt es weiter zu senken, insbesondere dadurch, dass allen Jugendlichen, gerade auch den leistungsschwächeren, eine Chance auf einen Abschluss in der beruflichen Bildung eröffnet wird. Aus diesem Grund haben Bund und Länder sich auf dem Qualifizierungsgipfel im Oktober 2008 darauf verständigt, bis 2015 den Anteil der Schul- und Ausbildungsabbrecher zu halbieren und hierfür verschiedene Maßnahmen vereinbart.“* (KMK zu Bildung auf einen Blick 2009)

---

*...Gerade angesichts steigender Bildungsabschlüsse für viele wird die Lage für diejenigen, die im Bildungssystem nicht erfolgreich sind, immer prekärer*

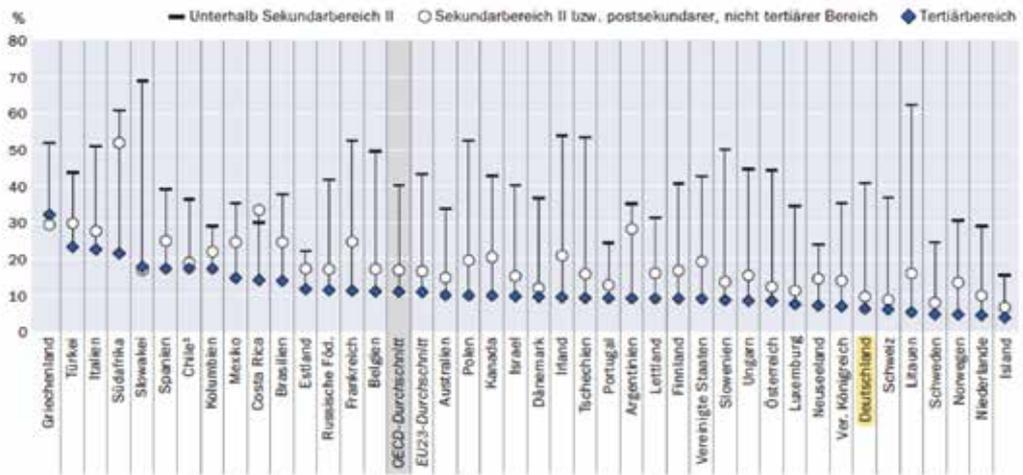
---

Zwar liegt der Anteil der 18- bis 24-Jährigen in Deutschland, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung sind (NEET: Neither Employed nor in Education or Training) unter 10 Prozent (OECD-Durchschnitt: 14,3 Prozent), aber von denjenigen, die keinen SEK II-Abschluss haben,

Abb. 1:

Weder in Beschäftigung noch in Ausbildung (NEET):

Anteil NEETs in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen, nach Bildungsstand (2018)



1. Referenzjahr nicht 2018. Einzelheiten s. Tabelle A2.1.  
Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge des Anteils NEETs bei 25- bis 29-Jährigen mit einem Abschluss im Tertiärbereich.  
Quelle: OECD (2019), OECD-Bildungsdatenbank

gehören mehr als 40 Prozent zu dieser Gruppe. Damit liegt Deutschland nicht besser als der OECD-Durchschnitt (s. Abb. 1).

Die OECD verweist darauf, dass die Größe der NEET-Gruppe unter den jungen Menschen in Abhängigkeit von der Wirtschaftslage steigt oder fällt. Heute – nach einer zehnjährigen Aufschwungsperiode – ist der Anteil OECD-weit erst wieder auf den Stand von vor der Krise 2008 gesunken. Das lässt nichts Gutes für die kommenden Jahre erwarten:

„Als die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 viele Länder traf, war der Anteil junger Erwachsener, die weder in Ausbildung noch beschäftigt waren, mit auf dem niedrigsten Stand, der im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erreicht wurde. 2008 waren im Durchschnitt aller OECD-Länder 15,3 % der 20- bis 24-Jährigen NEETs, in den Jahren nach Ausbruch der Krise erhöhte sich ihr Anteil deutlich und erreichte in vielen Ländern 2010/2011 den Höchststand. Im

*Durchschnitt der OECD-Länder ist der Anteil der 20- bis 24-Jährigen, die sich weder in Ausbildung befinden noch beschäftigt sind, zwischen 2010 und 2018 um rund 4 Prozentpunkte gesunken: von 19,0 % auf 15,3 %, also auf ein ähnliches Niveau wie 10 Jahre zuvor“ (S. 69)*

Ein Teil derjenigen, die die Sekundarstufe II erfolgreich absolvieren, macht eine berufli-

*Nur wenige Länder haben weniger Studienabschlüsse unter den bis zu 35-Jährigen als Deutschland*

che Ausbildung, der andere Teil nimmt ein Studium auf. Traditionell spielt die berufliche Bildung im dualen System (schulisch und betrieblich) in Deutschland eine zentrale Rolle. Deutschland wird häufig begründet, dass die Studierendenquote und die Zahl der Studienabschlüsse in Deutschland trotz starker Steigerungsraten weit hinter dem Durchschnitt

der OECD zurückbleibt. Nur wenige Länder haben weniger Studienabschlüsse unter den bis zu 35-Jährigen als Deutschland und Deutschland holt auch nicht auf.

Von Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung kann in Deutschland nicht die Rede sein. Jugendliche aus soziökonomisch benachteiligten Familien machen in der Regel eine Ausbildung, wenn sie nicht ganz ohne Abschluss bleiben, Jugendliche aus Akademikerfamilien bleiben an der Universität weitgehend unter sich. Hinzu kommt, dass selbst bei dem hochgelobten dualen System in Deutschland die Gefahr von Arbeitsplatzverlust, schnell entwerteter Qualifikationen und deutlich geringerer Einkommen gegenüber Hochschulabsolvent\_innen nachweisbar sind.

„Berufliche Bildungsgänge werden jedoch in einigen Ländern als weniger attraktiv angesehen als akademische Bildungsgänge, und einige Forschungsergebnisse deuten da-

rauf hin, dass eine berufliche Ausbildung das Risiko einer Erwerbslosigkeit im späteren Verlauf des Erwerbslebens erhöht.“ (S. 174)

Obwohl die Zahl der Studienabschlüsse und der Studierenden in Deutschland weit hinter den meisten OECD- Staaten zurückbleibt, hat es in den letzten Jahren eine große Expansion der Studierendenzahlen an den deutschen Hochschulen gegeben. Ca. 30 Prozent eines Jahrgangs nimmt heute in Deutschland ein Studium auf. OECD-weit waren Frauen an der Expansion des Tertiärbereichs in den letzten Jahren stärker beteiligt. Auch in Deutschland studieren inzwischen mehr Frauen als Männer. Im OECD-Durchschnitt liegt die Quote der Frauen, die über einen Abschluss im tertiären Bereich verfügen, bei 51 Prozent (gegenüber 2008: 40 Prozent). Bei den Männern sind das dagegen nur 38 Prozent (gegenüber 2008: 31 Prozent). Diese Unterschiede werden in den nächsten Jahren weiter zunehmen, da die Anzahl der Studienanfängerinnen fast überall expandiert.

Im Gegensatz dazu sind

Frauen in Deutschland wie im OECD-Durchschnitt in den MINT-Fächern deutlich unterrepräsentiert. Das gilt ebenso für die Dozententätigkeit an den Hochschulen und die Häufigkeit von Promotionen. Die Gehaltsdiskriminierung für Frauen im Anschluss an die Ausbildung bleibt in Deutschland höher als

*Die soziale Schieflage an den Universitäten zeigt sich auch in den Abbrecherquoten*

im Durchschnitt der OECD.

Die soziale Schieflage an den Universitäten zeigt sich auch in den Abbrecherquoten:

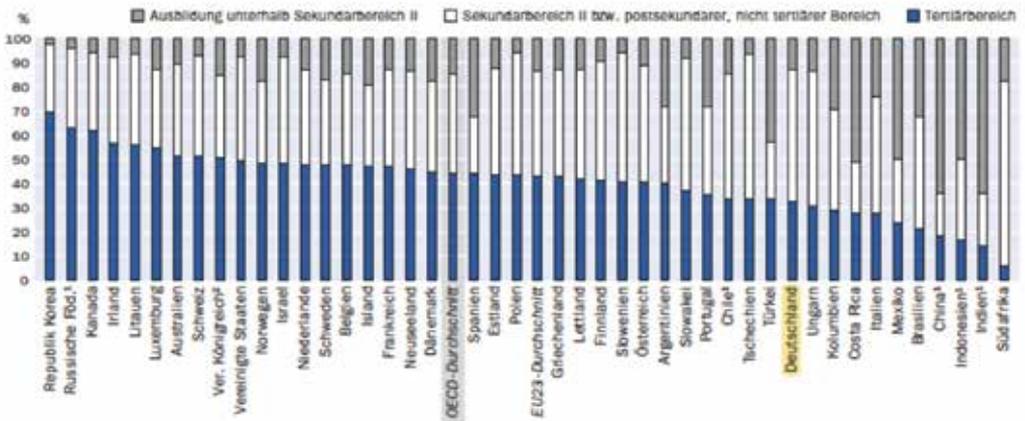
„Untersuchungen haben gezeigt, dass sich ein benachteiligter sozioökonomischer Hintergrund stark auf die Erfolgsquote im Tertiärbereich auswirkt. Selbst bei hoch qualifizierten Bildungsteilnehmern ist die Gefahr eines Abbruchs im Falle eines sozioökonomisch benachteiligten Hintergrunds aufgrund finanzieller Einschränkungen, familiärer Probleme

oder Gruppenzwang tendenziell größer zu erkennen. Aber in fast allen Ländern mit verfügbaren Daten ist die Erfolgsquote innerhalb der regulären Ausbildungsdauer plus 3 Jahre bei den Bildungsteilnehmern am höchsten, bei denen mindestens ein Elternteil einen Abschluss im Tertiärbereich hat, und bei den Bildungsteilnehmern am niedrigsten, deren Eltern die Ausbildung im Sekundärbereich II nicht abgeschlossen haben.“ (S. 254)

Mit der Expansion der Studierendenzahlen an den Hochschulen in den letzten Jahren (trotz Zugangsbeschränkungen) hat die Ausstattung – vor allem mit Personal – nicht schrittgehalten. Deutschland gehört zu den wenigen Staaten, in denen die Pro-Kopf-Ausgaben bei den Studierenden rückgängig waren. Dies kommt an den Universitäten durch überfüllte Hörsäle, Massenabfertigungen und einem steigenden Dozenten-Studierenden-Verhältnis zum Ausdruck:

„Im Ergebnis verzeichneten die OECD-Länder in diesem Zeitraum (2010-2016; Anmerkung KB.) im Durchschnitt eine

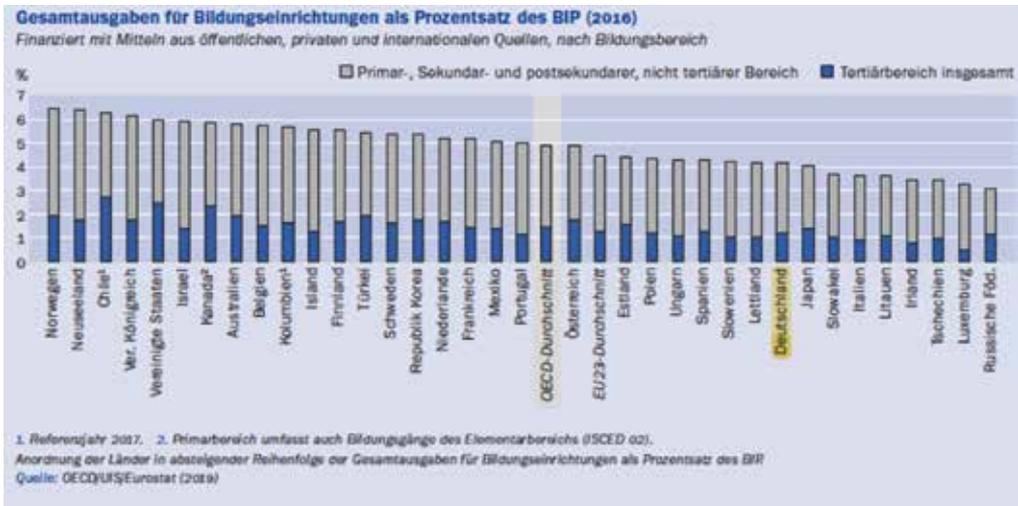
**Abb. 2:**  
**Bildungsstand 25- bis 34-jähriger (2018)**



1. Referenzjahr nicht 2018. Einzelheiten s. Tabelle ALL. 2. Die Daten für den Bildungsstand „Sekundärbereich II“ enthalten Personen, die ausreichend viele Standardbildungsgänge abgeschlossen haben, die jeweils einzeln als Teilabschluss des Sekundärbereichs II gelten (13 % der 25- bis 64-jährigen Erwachsenen gehören zu dieser Gruppe). Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge des Anteils 25- bis 34-Jähriger mit einem Abschluss im Tertiärbereich. Quelle: OECD (2019), OECD-Bildungsdatenbank.

Abb. 3:

Gesamtausgaben für Bildungseinrichtungen als Prozentsatz des BIP (2014)



Zunahme der Ausgaben pro Bildungsteilnehmer um 8 %. Es gibt jedoch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Von den OECD- und Partnerländern mit verfügbaren Daten sanken in Australien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Litauen, Mexiko, Portugal und Spanien die Ausgaben pro Bildungsteilnehmer für Bildungseinrichtungen im Tertiärbereich. In den meisten dieser Länder ist der Rückgang größtenteils auf den schnellen Anstieg der Zahl der Bildungsteilnehmer im Tertiärbereich zurückzuführen.“ (S. 314)

Deutschland gelingt es nicht, die steigende Bildungsbeteiligung so zu finanzieren, dass die Qualität zumindest erhalten bleibt. Dieses Problem besteht schon seit vielen Jahren. Deutschland hinkt bei den Bildungsausgaben sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich den übrigen OECD Ländern hinterher (siehe Abb. 3).

Beim sogenannten Bildungsgipfel 2008 hatte die Bundesregierung sich auch zum Ziel gesetzt, bis 2015 den Anteil der Bildungsausgaben (ohne Forschung und Entwicklung) auf

7 Prozent des BIP zu erhöhen. Heute erreicht man gerade so 4 Prozent und liegt weiter am unteren Ende der Skala. Auch die öffentlichen Ausgaben liegen weit hinter dem Durchschnitt zurück. Untersuchungen der GEW kommen zu dem Schluss, dass 72 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für Bildung zur Verfügung

*Untersuchungen der GEW kommen zu dem Schluss, dass 72 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für Bildung zur Verfügung stünden, wenn Deutschland wie Norwegen 6,5 Prozent seines BIP für Bildung ausgeben würde*

stünden, wenn Deutschland wie Norwegen 6,5 Prozent seines BIP für Bildung ausgeben würde.

Auch bei den Investitionen im Bildungsbereich ist Deutschland nicht gut aufgestellt: 8 Prozent der Bildungsausgaben werden für Investitionen genutzt. Das entspricht dem OECD-Mittel, ist aber angesichts der insgesamt

geringen Bildungsausgaben ein weiteres Schwächesignal.

Um die maroden Gebäude an Schulen und Universitäten instandzusetzen und zu erhalten, die Expansion der Bildungsbereiche durch steigende Schüler\_innen- und Studierendenzahlen, aber auch den Ansturm auf frühkindliche Bildungseinrichtungen mit entsprechender Ausweitung der räumlichen und baulichen Kapazitäten zu erreichen, müssen ab sofort und auf längere Zeit jährlich viele Milliarden Euro zusätzlich investiert werden. Noch mehr muss in die Ausbildung und Einstellung von pädagogischem Personal investiert werden, um den steigenden Zahlen von Bildungsteilnehmer\_innen gerecht werden zu können.

Von zusätzlichen Anstrengungen, die dringend nötig sind, um die massive soziale Schieflage in allen Bildungsbereichen zu bekämpfen und gute Bildung für alle unabhängig von der sozialen Lage zu garantieren, sind wir in Deutschland 2019 meilenweit entfernt.

KLAUS BULLAN

\*OECD: Bildung auf einen Blick 2019  
download: wbv-open-access.de

# Der Riese schwankte und fiel

Die Neue Heimat schaffte bezahlbaren Wohnraum –  
Aufstieg und Niedergang einer sozialdemokratischen Utopie

Wenn die Wohnkosten explodieren wie gegenwärtig, gelten gemeinnützige Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften oft als wichtige Alternative zum ungesteuerten kapitalistischen Wohnungsmarkt. Früher waren solche Organisationsformen nicht nur im Wohnungs- und Finanzwesen (z.B. Sparkassen), sondern auch in anderen wirtschaftlichen Bereichen, etwa als Konsumgenossenschaften, weiter verbreitet als heute.

Eine große, von den Gewerkschaften gegründete gemeinnützige Wohnungsgesellschaft war die Neue Heimat (NH). Sie entstand unter anderem Namen in der Weimarer Republik, wurde in der NS-Zeit der Deutschen Arbeitsfront unterstellt und nach dem Krieg von der britischen Treuhandverwaltung den Gewerkschaften zurückgegeben. Das wichtigste Ziel war zunächst, zur Behebung der großen Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg beizutragen. Von Hamburg ausgehend breitete sie sich durch Übernahme gleichar-

tiger Unternehmen in den 1950er Jahren auf viele Bundesländer aus. Innerhalb weniger Jahre baute sie tausende von Wohnungen wieder auf und errichtete in großem Umfang neue. In den folgenden Jahrzehnten wuchs sie zum größten nichtstaatlichen Wohnungskonzern Europas an. In den 1970er Jahren verwaltete sie über 400.000 Wohnungen. Anfang der 1980er Jahre brach sie zusammen. Wie konnte das geschehen?

Die Ausstellung „Die Neue Heimat [1950-1982]. Eine sozialdemokratische Utopie und ihre Bauten“, die von Ende Juni bis Anfang Oktober 2019 im Museum für Hamburgische Geschichte zu sehen war (demnächst auch in Frankfurt/M. und Berlin), hat viel Material dazu zusammengetragen – Informationstexte, Fotos, Organisationsschemata, Modelle, Filmaufnahmen und anderes. Gezeigt wird die Geschichte des Konzerns von den Anfängen bis zum Zusammenbruch. Im Mittelpunkt stehen aber die Bauten, die die NH

entwarf und errichtete, vom sozialen Wohnungsbau bis hin zu Kongresszentren und ganzen Stadtvierteln. Sie beschäftigt sich vor allem mit der Frage, wie moderner Wohnungs- und Städtebau gestaltet werden kann und sollte.

Die NH gehörte zu einer großen Gruppe von gewerkschaftseigenen Unternehmen. Ihr Grundgedanke bestand darin, einen gemeinnützigen Sektor der Wirtschaft aufzubauen, der unabhängig vom Auf und Ab kapitalistischer Marktmechanismen funktionierte und für die arbeitende Bevölkerung günstige Wohnungen, Waren und Dienstleistungen anbot, und zwar unter gesicherten, sozial ausgewogenen Arbeitsverhältnissen für die Beschäftigten. Diese alte sozialdemokratische Utopie zerbrach mit dem Untergang des gewerkschaftseigenen Wirtschaftsbereichs in den 1980er und 1990er Jahren.

Die NH errichtete kostengünstige, einfache, aber mit modernen Bädern und Küchen ausgestattete Wohnungen. Um die Baukosten niedrig zu halten, war die äußere Gestaltung einfach und man griff immer mehr zu industriell vorgefertigten Teilen. In vielen Fällen erhielt das Unternehmen von Städten und Gemeinden, die den sozialen Wohnungsbau fördern wollten, Aufträge und Grundstücke. Der Siedlungsbau orientierte sich an Leitideen der Gartenstadtbewegung mit viel Grün und der Trennung von Autoverkehr und Fußgängerbereichen. Ab den 1960er Jahren übernahm die NH die Planung und Errichtung ganzer Stadtteile, etwa

Foto: Stadttourismus-Osdorf



„Moderner Wohnungsbau“ am Osdorfer Born



Mit einer sozialen Durchmischung war nicht zu rechnen (NH-Bauten an der Holstenstraße)

Neuperlach in München, Mümmelmannsberg und Steilshoop in Hamburg. Dazu gehörten auch Schulen und Kindergärten, Einkaufszentren, Krankenhäuser, Schwimmbäder und anderes. Aus Kostengründen baute man hohe Wohnblocks, allerdings mit Grünflächen dazwischen. Dem Zeitgeist entsprechend kamen bald auch Hochhäuser mit 15 und mehr Stockwerken hinzu.

Aus heutiger Sicht war es ein Frevel, heruntergekommene Stadtteile, etwa das Gänsbergviertel in Fürth, fast völlig abzureißen und stattdessen große Betonklötze zu errichten, aber dies entsprach der damaligen Denkweise in Architektur und Kommunalpolitik. Heute würde man wahrscheinlich anders entscheiden und die Altbauten retten. Die Errichtung ganzer Stadtteile auf neu ausgewiesenen Bauflächen in Sparbauweise wirft allerdings die Frage auf, ob die Bauherren und die Baugesellschaft sich wirklich nicht darüber klar waren, dass dort soziale Gettos ent-

stehen könnten; denn mit einer sozialen Durchmischung war dort nicht zu rechnen. Offenbar waren hier oft bereits auch Geschäftsinteressen im Spiel, die dazu führten, warnende Stimmen zu ignorieren.

Es gab anscheinend durchaus Lernprozesse. Als in Hameln in den 1960er Jahren die Altstadt saniert werden sollte, lagen zunächst auch Abriss- und Neuerichtungspläne vor. Wegen starker Proteste in der Bevölkerung blieben dann aber viele alte Gebäude stehen. In den folgenden Jahren bemühte sich die NH, den durch die Fehlentwicklungen entstandenen Ansehensverlust durch Baukonzepte mit größerer Vielfalt und mehr Abwechslung zu verbessern. Selbstdarstellungen des Konzerns in Film und Bild aus den 1970er Jahren zeigen ein breites Spektrum von Bauweisen und Projekten, die nicht mehr nur kahle, eintönige Fassaden besaßen, sondern oft auch lebhaft, bunt und abwechslungsreich gestaltet waren. Die

NH-Häuser in der Lagunenstadt Port Grimaud in Frankreich sind dafür ein gelungenes Beispiel.

Mit der Zeit wagte sich die NH immer häufiger an große Projekte, die nicht zum Wohnungsbau gehörten. Um nicht in Konflikt mit gesetzlichen Bestimmungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu geraten, wurde 1969 mit Gewerkschaftsmitteln die Neue Heimat Städtebau G.m.b.H. gegründet, die nun, offen gewinnorientiert, auch Bauten zum Verkauf an Kommunen, Privatleute und Investoren errichtete. De jure separate Unternehmen, waren beide de facto personell und organisatorisch eng verwoben.

Ein gigantisches Projekt aus Wohnungen, Gewerbe- und Einkaufsflächen, durch das der zur Sanierung vorgesehene Hamburger Stadtteil St. Georg eine an New York erinnernde Skyline erhalten hätte, fand zunächst offenbar in einigen politischen Gremien Anklang, scheiterte dann aber am Widerstand lokaler



**NH-Modell für Sr. Georg: Manhattan in Hamburg**

Gewerbetreibender. Es hätte der Hamburger Stadtmitte ein völlig anderes Gesicht gegeben.

Ein immer größerer Teil der Tätigkeit der NHS spielte sich im Ausland ab. Schon in den 1960er Jahren hatte die NH begonnen, in Frankreich, Israel, Ghana und Brasilien Wohnungen zu bauen. In den 1970er Jahren expandierte sie in viele andere Länder der Welt. In Italien, Venezuela, Mexiko, Kanada, Saudi-Arabien und weiteren Ländern baute sie Wohnungen aller Art von genossenschaftlichen Siedlungen über Ferienwohnungen bis zu Miethochhäusern, aber auch Hotels und sogar ein Schloss. Auch die Gehälter der Vorstandsmitglieder stiegen. Der Vorstandsvorsitzende Albert Vietor begründete die Spitzengehälter für sich und seine Vorstandskollegen von jährlich 400-500.000 DM – also mehr als das Doppelte des damaligen Gehalts des Bundeskanzlers – in einem Interview damit, dass dies bei einer Konzerngröße wie der der NH üblich sei.

Im Februar 1982 enthüllte die

Wochenzeitschrift ‚Der Spiegel‘, dass Vorstandsmitglieder sich auch durch illegale Geschäfte bereichert hatten, unter anderem durch private Beteiligung an Tochtergesellschaften, durch überhöhte Nebenkostenabrechnungen für Mietwohnungen (auch das gab es damals bereits!) und durch überkauften Weiterverkauf von Immobilien. Außerdem hatte Vietor, teils über einen Strohmann, 270 Wohnungen und eine Villa im Tessin privat erworben. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die NH durch Fehlinvestitionen finanziell in Schwierigkeiten steckte. Unter anderem hatte sie in Lateinamerika für 1,7 Milliarden DM mit Krediten verlustbringend Grundstücke erworben. 1982 machte die NH fast 270 Millionen DM Verlust. Zur Sanierung begann die Gesellschaft, Wohnungen zu verkaufen. Doch dies erwies sich als schwierig, weil durch Sozialbindung und Gemeinnützigkeit viele staatliche Zuschüsse zu berücksichtigen waren, so dass man sie nicht einfach an

private Interessenten veräußern konnte. Schließlich waren es überwiegend Kommunen und andere öffentliche Körperschaften, die Teile erwarben. Was wenige Jahre zuvor niemand für möglich gehalten hatte, geschah: Der Riese schwankte und fiel. Der gesamte Wohnungsbestand im In- und Ausland wurde verkauft. Schließlich hatten die Gewerkschaften noch für insgesamt mindestens eine Milliarde DM Schulden aufzukommen – bezahlt von den Beiträgen der Mitglieder. Im Bundestag und mehreren Bundesländern wurden parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt, um der Zweckentfremdung gemeinnütziger Mittel nachzugehen. Den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften gelang es nie, sich von diesem Zusammenbruch zu erholen. Später mussten auch wichtige andere Gewerkschaftsunternehmen, darunter die Bank für Gemeinwirtschaft und die Volksfürsorge, wegen finanzieller Schwierigkeiten verkauft

werden.

Was war der Grund des Sturzes der NH? Die Ausstellung lässt die Besucher mit dieser Frage weitgehend allein. Als wichtigster Grund wird oft die Korruption im Vorstand genannt. Doch im Vergleich zum Konzernvermögen waren die Summen, um die es dabei ging, relativ gering; sie lagen im zweistelligen Millionenbereich, also deutlich unter einem Prozent des Vermögens.<sup>1</sup>

Der Grund für die finanzielle Schiefelage waren anscheinend vor allem Fehler im Auslandsgeschäft, unter anderem die missratenen Grundstücksspekulationen in Lateinamerika. Man hatte dort immer wieder Aufträge übernommen, ohne sich genügend auszukennen. So wurde z.B. das Risiko von Währungsverlusten anscheinend nicht ausreichend berücksichtigt. Einmal auf die schiefe Ebene geraten, gab es kein Halten mehr. Offenbar galt die NH vielen Banken nun nicht mehr als kreditwürdig, so dass die Schwierigkeiten kumulierten, während die Kosten weiterliefen.

Gegner gemeinwirtschaftlicher Unternehmen führen den Niedergang der NH gern als Beleg dafür an, dass derartige Konstruktionen letztlich ineffektiv sind und zu Misswirtschaft führen. In der Tat waren es falsche wirtschaftliche Entscheidungen, die die beiden Konzerne zu Fall brachten. Durch das fortgesetzte Wachstum von den 1950er bis in die 1970er Jahre wurde ihr Führungspersonal wahrscheinlich zunehmend vor Aufgaben gestellt, mit denen sie keine Erfahrung besaßen, so dass sich fatale Fehler häuften. Aber Fehlentwicklungen gibt es in

<sup>1</sup> Die Höhe des Schadens ist in etwa durch die Höhe der Regressforderungen abschätzbar, die die Neue Heimat 1984 an die geschassten Vorstandsmitglieder richtete. Bei Vieter betrug diese Summe ca. 10 Millionen DM. Zum Vergleich: 1983 war die NH noch immer im Besitz von ca. 310.000 Wohnungen, deren Gesamtwert im zweistelligen Milliardenbereich gelegen haben dürfte.

Konzernen der Privatwirtschaft auch. Dort hätte allerdings in solch einem Fall vermutlich der Aufsichtsrat eingegriffen und den Vorstand ausgetauscht. Dergleichen geschah beim DGB nicht bzw. viel zu spät – erst, nachdem die Presse über die Missstände berichtet hatte.

Eine nüchterne Bilanz der 40-jährigen Geschichte der NH zeigt, dass der schlechte Ruf, der ihr anhängt, nicht generell berechtigt ist. Das negative Bild in der Öffentlichkeit steht in Zusammenhang mit der baulichen Monotonie von Stadtvierteln wie Steilshoop, vor allem aber damit, dass in solchen Quartieren nach der Errichtung oft eine sozial problematische Zusammensetzung der Bevölkerung mit relativ hoher Armut vorherrschte. An beidem trug nicht die Gemeinnützigkeit der Baugesellschaft die Schuld; solche Neubauviertel wurden damals auch von privaten Baugesellschaften im Auftrag von Kommunen errichtet. Lange Jahre hindurch hat die NH mit sparsamen Mitteln in großem Umfang moderne Wohnungen mit sozial erschwinglichen Mieten errichtet. Die meisten existieren bis heute. Manche stehen sogar unter Denkmalschutz. Es wäre oft besser gewesen, nicht so geballt zu bauen und die Gebäude abwechslungsreicher zu gestalten. Aber solche ästhetischen Fragen unterliegen starkem zeitlichen Wandel und werden auch je nach sozialem Milieu verschieden beantwortet. Dass sie auch anders bauen konnte, hat die NH in den 1970er Jahren bewiesen. Ihr grundlegender Fehler war ihr Expansionsdrang: durch immer größere und immer weiter entfernte Projekte in fremden Ländern übernahm sich der

Konzern. Und der DGB versagte dabei, die Fehlentwicklungen durch schärfere Beaufsichtigung zu verhindern. Die NH wäre besser dabei geblieben, in Deutschland Sozialwohnungen zu bauen.

Es gibt noch einige weitere Argumente für diese Unternehmensform: Die NH und ihre Tochtergesellschaften hatten ihre Beschäftigten, auch die auf den Baustellen, ordentlich entlohnt. Und die Vertreter des Konzerns wiesen immer wieder stolz darauf hin, dass sie in der Regel trotz engen Zeitplans den Kostenrahmen eingehalten hatten. Auch das ist heute keine Selbstverständlichkeit.

Es ist schade, dass das Ansehen der gemeinnützigen Wirtschaftsunternehmen durch den Niedergang der Gewerkschafts-



1982: Absturz und Ende der NH

unternehmen so gelitten hat. In Krisenzeiten der Wirtschaft zeigt sich: Wir könnten wieder mehr davon brauchen.

HERMANN KAIENBURG

P.S. Für den Politik und PGW-Unterricht gibt es eine gute Broschüre, die für 1 € bei der Landeszentrale für Politische Bildung erhältlich ist.

# Einigendes Band

Ältere deutsche GEW Kolleg\_innen als wichtige Zeitzeugen –  
Begegnungs-seminar in Israel zwischen Mitgliedern von GEW  
und der Lehrer\_innen Gewerkschaft Histadrut

Die elf deutschen Lehrer\_innen trafen sich am 21. Juli 2019 zunächst ohne die israelischen Kolleg\_innen im Österreichischen Hospiz in der Altstadt Jerusalems. Leiter der deutschen Gruppe war Franz Dwertmann aus Bremen. Das Hospiz liegt am Hang nahe dem Damaskus-Tor. Man ist also sofort mitten in der Jahrtausende alten Stadt, der immer wieder umkämpften Hauptstadt monotheistischer Religionen. Hier in den schönen, gepflegten Räumen des Hauses wohnen zu dürfen, war wirklich ein Privileg. Es gab nicht nur gutes Essen, sondern auch einen romantischen Innenhof mit riesigen Kakteen und großen Palmen, in dem man noch spät abends sitzen und den Tag ausklingen

lassen konnte. Tagsüber sorgten ausgiebige Führungen dafür, dass wir die verwinkelte, enge Altstadt mit den grandiosen Bauwerken recht gut kennenlernten.

In Jerusalem blieben wir für vier Nächte, bevor wir uns anderen Reisezielen zuwandten: Bethlehem, dem Toten Meer oder der evangelisch-lutherischen Schule Talitha Kumi von Beit Jala - Palästina, um nur ein paar Anhaltspunkte zu geben.

Ich will nicht ausführlich über die Reise berichten, sondern etwas näher auf das deutsch-israelische Seminar eingehen, das dem Thema Holocaust in Verbindung mit Anti-Rassismus und Antisemitismus gewidmet war. Es fand vom 28. Juli bis 2. August 2019 im Hotel Grand Beach

in Tel Aviv statt. Hier trafen wir die fünfzehn israelischen Kolleg\_innen und deren Leiter Dr. Avraham Rocheli. Ich hatte eine Ausarbeitung zum Thema „Arisierung jüdischen Eigentums“ mit Ausführungen zu konkreten Fällen in den dreißiger Jahren an Hand von mir zugänglicher Literatur vorbereitet. Andere haben über Unterrichtseinheiten berichtet oder auch über Projekte z.B. ihrer Schule.

Die Israelis haben fast alle über das Thema Holocaust im Unterricht berichtet, immer aber war die eigene Betroffenheit auf intensive Art und Weise deutlich. Als Unterrichtsstoff ist z. B. die Biografie von Sally Perel „Ich war Hitlerjunge Salomon“ allgemein bekannt. Es gab

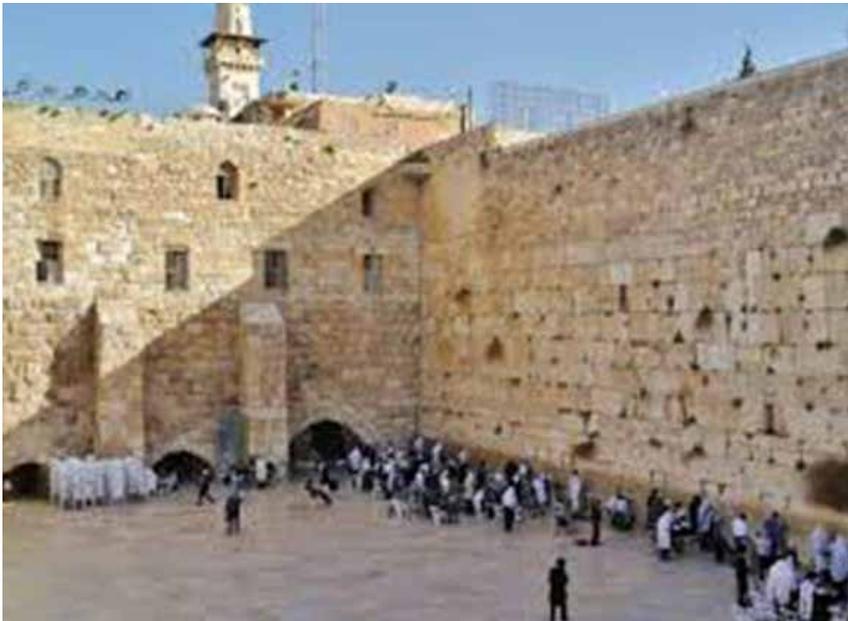


Foto: Wikimedia commons

Eines der Besichtigungsziele – die Klagemauer in Jerusalem

wohl unter den israelischen Kolleg\_innen niemanden, für den der Holocaust nicht in der eigenen Familiengeschichte gegenwärtig ist. Das Trauma hat sich so eingegraben, dass es erst jetzt nach außen getragen, also kommuniziert werden kann.

Immerhin befinden wir uns fast 75 Jahre nach Beendigung der nationalsozialistischen Zeit. Von den wenigen überlebenden Opfern leben aus Altersgründen wiederum nur noch wenige, so dass in der israelischen Gesellschaft die nächstfolgende Generation nach eigener Aussage schon fast zu Zeitzeugen geworden ist. Das Thema wird wohl die israelische Gesellschaft auf unabsehbare Zeit begleiten. Es ist Bestandteil der israelischen Identität. In dem gemeinsamen Erleben von Holocaust und Verfolgung findet die aus vielen Ländern zusammengeführte Gesellschaft ihr einigendes Band. Es ist das Judentum und seine Religion. In den letzten Jahrzehnten sind viele Juden aus Russland, der Ukraine, vom Balkan und auch aus Afrika nach Israel gezogen. Das lässt den westeuropäischen Einfluss stärker zurücktreten, auch sprachlich, nicht aber die deutsche Schuld.

Damit muss klar sein: Nicht wir bzw. bestimmte politische Kreise bestimmen, ob genügend Trauerarbeit geleistet wurde,



sondern die Betroffenen. Und die sind mit der Bewältigung noch lange nicht am Ende, werden es vielleicht niemals sein.

Gerade – am 3. September 2019 – hat Bundespräsident Steinmeier die 94jährige Auschwitzüberlebende Anita Lasker-Walfisch mit dem deutschen Nationalpreis 2019 in Berlin geehrt und zugesagt, dass die Deutschen aktiv gegen wieder aufkommenden Antisemitismus vorgehen werden. Das ist genau der richtige Zeitpunkt angesichts des starken Wahlergebnisses der AfD in Sachsen und Brandenburg mit den bekannten Tendenzen von Fremdenfeindlichkeit. Die Israe-

lis schauen auf Deutschland und ihr Sicherheitsbedürfnis ist groß. Wen wundert's?!

Erinnerungsarbeit bleibt auch in Zukunft sehr bedeutsam. Darum ist es auch richtig und wichtig, Senior\_innen bei den deutsch-israelischen Begegnungen einzubeziehen und nicht ausschließlich jüngere, aktive Lehrer aus den einzelnen deutschen Bundesländern, wie manche das in Zukunft gerne hätten. Wie gesagt: die älteren Deutschen rücken durch die Nähe zum Geschehen auf als Zeitzeugen. Dadurch haben sie auch einen wichtigen Platz bei weiteren deutsch-israelischen Seminaren. Mit Kritik am israelischen Staat sollten Deutsche, zumal als Gäste der Israelis, jedenfalls sehr vorsichtig sein. Auf alle Fälle ist ein gutes Verhältnis Deutschlands zu Israel Bestandteil deutscher Staatsraison.

Sehr schön war es, dass sich zwischen den Deutschen und den Israelis ein freundschaftliches Verhältnis herstellte. In zwei Jahren kommen die Israelis nach Berlin. Vielleicht kann die GEW auch einen Tag in Hamburg organisieren.

Das Projekt existiert seit 50 Jahren und die GEW-Bund sollte weiterhin Einfluss auf die Gestaltung nehmen. Ein sehr gutes, völkerverbindendes Projekt.

BETTINA WEHNER-WÖBBEKING

## Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine sind der 29.11.2019 und 26.11.2019, 15 bis 17 Uhr** (offene Sprechstunde ohne Terminvereinbarung). Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer\_innen als auch an Beamt\_innen.

KARIN HUFERT,  
ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

# Feier für die Ehrenmitglieder – eine gute Tradition

Achtzig Jahre geworden? Fünfzig Jahre GEW-Mitglied? Oder beides? Das wird gefeiert.



Foto: Edeltraut Gerbrand

In diesem Jahr sorgten zum ersten Mal Jutta Martens-Hinzelin und Holger Radtke für ein abwechslungsreiches Programm.

Nach einer kurzen launigen Ansprache der beiden unterhielt das Duo „Poesie & Piano“, personifiziert durch Frieder Bachteler und Hajo Sassenscheidt, mit auserlesenen Gedichten und stimmungsvollen, sanften Klängen das aufmerksame Publikum, das mit Heiterkeit und anhaltendem Applaus auf die Vorträge reagierte.

Dann folgte der offizielle Teil, der mit einer Rede von Anja, unserer 1. Vorsitzenden, begann, in der sie darlegte, welches z. Zt. die Schwerpunkte der Hambur-

ger GEW-Politik sind. Anschließend wurden die Jubilar\_innen mit einer Urkunde und einer GEW-Anstecknadel bedacht. Dabei erzählte die eine oder der andere, welche Erinnerungen sie und er in den Anfangsjahren mit der GEW und dem Beruf verbanden.

Im Anschluss tauschte man sich noch angeregt bei Kaffee, Tee und Kuchen an den Tischen aus. Der äußere Rahmen war wie immer von Annette Meents gestaltet worden, die ein feines Händchen für eine gemütliche Atmosphäre, ansprechende Tischdekoration und sehr leckeren Kuchen hat. So klang der Nachmittag langsam aus.

Viele bedankten sich herzlich für die schöne Feierstunde, die ihnen große Freude bereitet hatte.

CHRISTEL PIWITT

Das Ehrenmitglied Peter Bergemann (P.B.) schrieb, nachdem er die Einladung bekommen hatte:

„Vielen Dank für die Einladung. Ich wohne nun am Niederrhein, ein bisschen weit weg. Freue mich über die Ehrenmitgliedschaft!

War und bin mit ganzem Herzen Gewerkschafter.

Alles Gute nach Hamburg!“

# Wider die digitale Demenz

Wie Lernen bei Kindern und Jugendlichen funktioniert Erkenntnisse aus der aktuellen Hirnforschung

Die Digitalisierung ist allgegenwärtig und kommt inzwischen in sämtlichen Lebensräumen vor. Die Arbeitswelt, das Lernen in der Schule, die Kommunikation, alles ist im Umbruch, keiner möchte abgehängt werden. Allzu verständlich sind da die Ängste der Eltern, die ihre Kinder chancenlos in der digitalen Welt glauben, wenn die nicht schon im Kindergartenalter Apps programmieren. Doch ganz selten nur beginnt der Bauherr seinen Hausbau mit dem Dach. Warum nur glauben so viele Pädagog\_innen, die kindliche Entwicklung könne beschleunigt werden, indem man deren Fundament einfach weglässt? Mit den Grundsätzen der Evolution erklären Neurobiologen anschaulich, warum Eltern und Lehrer\_innen sich vehement gegen frühkindliche Nutzung von Bildschirm-Medien wehren sollten – damit es nicht zu Sucht, Lernstörungen, Aggressivität oder anderen Störungen bei den Kleinen kommt. (Di., 26. November, 19 Uhr, Ort: Rudolf Steiner Schule, Rahlstedter Weg 60, 22159 Hamburg)

Der Medienkreis der RSS Hamburg-Wandsbek und die Bildungswerkstatt Bergstedt lädt zu einem Informationsabend und öffentlichen Vortrag ein.

**Prof. Dr. Gertraud Teuchert-Noodt**  
Neurobiologin, ehem. Universität Bielefeld

Aufwach(s)en mit digitalen Medien  
Wider die digitale Demenz –

Wie Lernen bei Kindern und  
Jugendlichen funktioniert

Dienstag, 26. November 2019  
ab 19 Uhr Austausch im Foyer mit  
Infoständen

um 20 Uhr  
Vortrag  
in der Aula der  
Rudolf Steiner Schule  
Hamburg Wandsbek

Der Vortrag  
ist kostenfrei.  
Spenden sind  
erbeten.

rudolfsteinerschule hamburg-wandsbek, Rahlstedter Weg 60, 22159 Hamburg  
www.waldorfschule-wandsbek.de

## Ein Ehrenamt im Knast – vielleicht Mitglieder der GEW?

Unser Verein, der professionelle und ehrenamtliche Straffälligenhilfe betreibt, beschäftigt über 80 aktive Ehrenamtliche, die Einzel- und Gruppenangebote innerhalb und außerhalb der Hamburger Haftanstalten anbieten. Unsere Ehrenamtlichen werden in einem viermonatigen Kurs, der im Februar beginnt, auf ihre Tätigkeit im Vollzug umfassend vorbereitet.

Die Inhaftierten sind zu 95 Prozent männlich – die Gruppe unserer Ehrenamtlichen wird in den letzten Jahren eher jünger und ist traditionell sehr weiblich. Um den Inhaftierten passendere Gegenüber zu bieten, versuchen wir jetzt, diese Struktur etwas aufzubrechen. Wir suchen daher insbesondere etwas ältere Männer (aber freuen uns auch weiterhin über Frauen), mit viel Lebenserfahrung und – zumindest gelegentlich - Tagesfreizeit, die sich dieser herausfordernden Klientel im ungewohnten und vom Sicherheitsprimat dominierten Feld des Justizvollzuges stellen.

### Warum die GEW?

Mit langjähriger Berufserfahrung im Bereich Erziehung und Lehre sammeln Ihre Mitglieder viele Kompetenzen, die sich möglicherweise nach der Rente gern weiterhin sinnvoll einsetzen möchten. Ob Unterrichtsassistenzen, Hilfe bei Ausbildungen oder Spracherwerb, ob in Spielgruppen oder Angehörigengruppen oder durch Besuche eines einzelnen Gefangenen über viele Jahre hinweg – wir haben viele Angebote für unterschiedliche Persönlichkeiten, Kompetenzen und Zeitbudgets.

Jüngere Menschen, häufig noch im Studium, wechseln häufiger Tätigkeiten und Wohnorte, und sind angesichts der meistens sehr brüchigen und gewaltgeprägten Lebensläufe der Inhaftierten schneller überfordert.

Hätten Sie Interesse daran, in der hlz über unser Angebot zu berichten oder mit einem unserer Ehrenamtlichen zu sprechen? Oder auf anderen Wegen Werbung dafür machen?

Herzlichen Dank schon einmal und mit den besten Grüßen,

MAREN MICHELS

Geschäftsstelle Hamburger Fürsorgeverein von 1948 e.V.  
Max-Brauer-Allee 138, 22765 Hamburg, Tel.: 040 / 300 33 75 - 20,  
www.hamburger-fuersorgeverein.de



# 0,- Euro Girokonto<sup>1</sup> vom Sieger für Gewinner

- ✓ **Bundesweit kostenfrei Geld abheben**  
an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner sowie an den Kassen vieler Verbrauchermärkte
- ✓ **Einfacher Kontowechsel**  
in nur 8 Minuten
- ✓ **BBBank-Banking-App**  
mit Fotoüberweisung, Geld senden und anfordern (Kwitt) und mehr ...
- ✓ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**

Vorteile für  
GEW-Mitglieder:

**50,- Euro**

Startguthaben

- Kostenfreie BBBank  
Kreditkarte VISA  
ClassicCard<sup>2+3</sup>



## Jetzt informieren

BBBank eG Filiale Hamburg  
Glockengießerwall 2  
20095 Hamburg  
Telefon: 040/30 69 87 40  
E-Mail: Filiale.363@bbbank.de  
oder [www.bbbank.de/gew](http://www.bbbank.de/gew)



[www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)

DEUTSCHES INSTITUT  
FÜR SERVICE-QUALITÄT  
GmbH & Co. KG

**1. PLATZ**

**Bank des Jahres**  
Überregionale Filialbanken

Kundenbefragung  
Nov. 2018  
6 Filialbanken  
[www.disq.de](http://www.disq.de)  
Privatwirtschaftliches Institut

ntv

<sup>1</sup>Voraussetzungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

<sup>2</sup>Voraussetzung: Girokonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/ Mitglied.

<sup>3</sup>Nur Hauptkarte. Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.

<b>Referat F</b>	<b>Gruppe Gewerkschaftliche Bildung</b> Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto: rolandstolze@gwhmail.de
<b>Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>GEW Studies</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Junge GEW</b>	11.11.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum GBW 14.11.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum AB 19.11.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum AB
<b>FG Grundschule</b>	26.11.2019, 17.00-18.30 Uhr, Raum BC
<b>AG Vorschule</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Stadtteilschulen</b>	12.11.2019, 17.30-20.30 Uhr, Raum GBW 29.11.2019, 16.30-18.30 Uhr, Raum C
<b>FG Berufliche Schulen</b>	27.11.2019, 16.30-19.00 Uhr, Raum GBW
<b>FG Gymnasien/AG LAZ</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Kinder- und Jugendhilfe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Kita Netzwerk</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Bildung ohne Bundeswehr</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Sonderpädagogik und Inklusion</b>	26.11.2019, 17.00-19.00 Uhr, Raum GBW 17.12.2019, 17.00-19.00 Uhr, Raum GBW
<b>FG Hochschule u. Forschung</b>	13.11.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum A 02.12.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
<b>AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Flucht u. Bleiben</b>	05.12.2019, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
<b>Bleiberechtsausschuss</b>	26.11.2019, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
<b>AG Bildung statt Kinderarbeit</b>	26.11.2019, 15.30-17.00 Uhr, Raum C
<b>Friedensplattform</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Drohnen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Rüstungsexporte</b>	11.12.2019, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
<b>Ausschuss für Friedenserziehung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Mittelamerikagruppe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Ruheständler</b>	04.12.2019, 10.15-12.30 Uhr, Raum A
<b>FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Schulleitungen</b>	02.12.2019, 18.00-20.00 Uhr, GA-Zimmer
<b>Sportausschuss</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Kindheitspädagogik</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien</b>	04.11.2019, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009
<b>Bildungsclub</b>	02.12.2019, 19.00-21.00 Uhr, Raum A
<b>AG Queere Lehrer_innen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Erwachsenenbildung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen

**Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.**

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Joachim Geffers, E-Mail: [j.geffers@freenet.de](mailto:j.geffers@freenet.de)

**Redaktion:** Manni Heede, Wolfgang Svensson,

**Redaktionsassistent:** Jason Tsiakas

**Endredaktion:** Susanne Berg

**Titel:** hlz

**Rückseite:** GEW

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Satz und Gestaltung:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design)

**Druck:** drucktechnik-altona

**Anzeigen:** albersdesign, [ca@albers.design](mailto:ca@albers.design),

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor\_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Red.-Schluss hlz 12/2019:** 27.11.2019



# Das HLZ-Rätzel

## Preisverweigerung

Greta Thunberg hat den ihr zugesprochenen Klimapreis des Nordischen Rats aus Skandinavien nicht angenommen. Schon vorher haben Promis ihre beabsichtigte Ehrung für politischen Protest genutzt.

### Wer hat eine Ehrung nicht angenommen oder den Preis zurückgegeben?

- a) Marius Müller-Westernhagen
- b) Helene Fischer
- c) Helmut Schmidt
- d) Angela Merkel
- e) Bob Dylan
- f) John Lennon

Einsendungen (ggf. mit Mehrfachnennungen) bitte mit Postanschrift bis zum 26.11.2019 an die hlz, am besten an [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de). Als Preis winkt eine elegante plastikfreie Trinkflasche aus Edelstahl. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Anders Heilberg/CC BY-SA 4.0

„Die Klimabewegung braucht keine weiteren Preise, wir brauchen Politiker und Menschen in Machtpositionen, die beginnen, der Wissenschaft zuzuhören“



## Des letzten Rätsels Lösung...

Foto: Kevin Hackert/flickr (CC BY-NC 2.0)



Der Fährbetrieb des HVV war zeitweilig wegen Niedrigwasser gestört

... sind alle angegebenen Gründe für Störungen beim HVV. Dies legte unsere Gewinnerin Alexandra Wenck überzeugend dar. Sie fand sogar heraus, dass die von uns ausgedachte Störung durch *freilaufende Nutztiere auf den Gleisen* inzwischen vom HVV gemeldet wurde (*ausgebrochene Tiere* am 18.10.).

Alexandra bekommt einen Gutschein für eine kulinarische Stadtführung von *eat-the-world*.

Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

# Aus der Schlüsseltechnologie...

Bei der Suche nach einem geeigneten Titelblatt stieß ich auf das abgebildete Plakat. Nicht nur die Bildsprache überzeugte mich, sondern auch das Motto. Es bringt auf wunderbare Weise auf den Punkt, was in vielen Erklärungen dazu, warum wir uns mit Geschichte befassen sollten – auch in dieser Zeitung –, immer wieder Gegenstand der Diskussion ist. Gerade diese Ausgabe ist wieder stark geschichtsträchtig, was unserer Meinung nach nicht nur gerechtfertigt ist, sondern was wir angesichts der politischen Ereignisse in Hinblick auf das Erstarken der Rechten einschließlich deren Terrorakte für absolut notwendig erachten.

Die AfD will in ihrem politischen Kampf die Linke diskreditieren. Deshalb lässt sie nichts unversucht, die situativ martialisch auftretenden, meist jugendlichen Antifa-Anhänger in die terroristische Ecke zu stellen, um sich selbst als die Saubermänner und -frauen zu positionieren, die fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Darüber hinaus versucht sie, den Begriff Antifa in einen historischen Kontext zu stellen, wo in der Tat weniger ein dunkles, sondern eher trauriges Kapitel deutscher Geschichte geschrieben wurde: Das Unvermögen der linken Kräfte am Ende der Weimarer Republik, sich gegen die faschistischen Kräfte zusammenzuschließen.

Wenn also Herr Wolf von der AfD die Geschichte bemüht, um die Antifa als gefährlich darzustellen, so lässt uns diesen Ball aufnehmen. Ja, die linken Kräfte zur damaligen Zeit haben im Nachhinein gesehen einen

schweren Fehler begangen. Nur, dass dieser trotz aller politischen Auseinandersetzungen im linken Lager als solcher auch anerkannt ist und man deswegen berechtigter Hoffnung sein kann, dass diese Art der Zersplitterung der Kräfte sich nicht wiederholen wird. Die vielen Seiten, die seither darüber geschrieben wurden, sind vielleicht ein Indiz dafür. Eine Wiederkehr geschichtlicher Ereignisse ist umso weniger wahrscheinlich, je mehr die Akteur\_innen sich ihrer geschicht-

zu etwas Besserem berufen fühlt, sind die Eckpfeiler dieses Denkbauwerks, das ansonsten das beinhaltet, was das phantasierte Tausendjährige Reich an Lösungen bereit hielt.

Man sollte sich vor einer mechanistischen Übertragung geschichtlicher Strukturen und Ereignisse, um auf Gegenwärtiges schließen zu können, hüten. Trotzdem liegt der Schlüssel im Verständnis dessen, was heute passiert, auch in der Vergangenheit. Mit diesem Schlüssel kann



lichen Rolle und der sich daraus ergebenden Verantwortung bewusst sind.

Für die Rechten gilt dies nicht! Nicht nur, weil Outfit und Rituale 1:1 an das anknüpfen, was ehemals die braunen Horden der SA an Terror vermittelten, sondern auch, weil der ideologische Rahmen, der das umfasst, was Anhänger\_innen der Rechten seit ehedem denken, unverändert ist: Ein starker autoritärer Staat ist notwendig statt liberales Gequatsche im Parlament. Dies gepaart mit der Schaffung einer nationalen Identität, die sich nicht nur von allem Fremden abgrenzt, sondern sich gleichzeitig

man unterschiedlich umgehen. Man kann an ihm feilen, um zu erkennen, warum er auf gegenwärtige Verhältnisse immer nur zum Teil passt. Oder aber man meint, ihn unbearbeitet benutzen zu können. Dies bedarf dann eines spezifischen propagandistischen Aufwands, der, einer Brechstange gleich, die Hirne in eine Richtung lenkt, aus der heraus das Vergangene verklärt und als das vermeintlich einzig Richtige heraufbeschworen wird, um die Probleme der Welt von heute lösen zu können.

JOACHIM GEFFERS

## Bildung statt Kinderarbeit!

Eine Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds  
Spendenkonto fair childhood: Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE

[www.fair-childhood.de](http://www.fair-childhood.de)



Foto: © iStockphoto.com

### MIT IHRER HILFE RETTET ÄRZTE OHNE GRENZEN LEBEN.

**WIE DAS DER KLEINEN ALLERE FEDERICA AUS DEM TSCHAD:** Das Mädchen ist plötzlich schwach und nicht mehr ansprechbar. Sie schläft zwar unter einem Moskitonetz. Dennoch zeigt der Schnelltest, dass sie Malaria hat. Die von Mücken übertragene Krankheit ist hier eine der häufigsten Todesursachen bei kleinen Kindern. **ÄRZTE OHNE GRENZEN** behandelt die Zweijährige, bis sie wieder gesund ist und nach Hause kann. **Wir hören nicht auf zu helfen. Hören Sie nicht auf zu spenden.**

 Spendenkonto:  
Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE 72 3702 0500 0009 7097 00  
BIC: BFSWDE33XXX  
[www.aerzte-ohne-grenzen.de/spenden](http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/spenden)



Hier könnte  
**Ihre**  
private oder gewerbliche  
Anzeige stehen!  
**04101-842 671**  
**ca@albers.design**

## Schul-Organisation

- Lehrerkalender
- Zensurenhefte
- Gemeinsames Lernen
- Förderpläne und Dokumentationen
- Elterngespräche
- Aufgabenhefte

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)

**FL** SCHULORGANISATION  
& Verlage Flöttmann & Langenkämper

 **KREISEL** e.V.  
... für das Leben mit Kindern

Institut für Weiterbildung  
Hamburg-Altona

### So kann Inklusion gelingen!

**Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie**

Start in Hamburg: 31. Januar 2020 | 17. April 2020 | 11. September 2020  
Lesen, Schreiben, Rechnen mit allen Kräften unterstützen – in Schule und außerschulischer Lerntherapie & Lernförderung. Zertifiziert von FIL und BVL

Infos und Anmeldung unter [www.kreisel-hamburg.de](http://www.kreisel-hamburg.de)

Öffentliche Zuschüsse  
möglich!

### Praxis für Psychotherapie und Supervision

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Gelassenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk  
Psychotherapie HeilprG, ehem. Lehrer  
Privatkasse und Beihilfe

**Telefon: 040/3009 3736 ◆ [www.andreasmerk.de](http://www.andreasmerk.de)**



### Schlossklinik Pröbsting

Private Akutklinik mit intensiver Psychotherapie, wunderschön gelegen im Münsterland



**Gesundwerden in freundlicher Umgebung!**

**Telefon:**  
**02861/8000-0**

**Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken**  
**[www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de)**




**Von hier an geht es aufwärts!**

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221/39 39 30**



Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de)

Hier könnte  
**Ihre**  
private oder  
gewerbliche  
Anzeige stehen!

**albersdesign**  
Mediengestaltung  
+ Druckproduktion  
Anzeigenverwaltung



**04101-842 671**  
ca@albers.design



## HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch  
Tätigen sowie  
deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

**2017 bis 2019 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.**

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

**Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:**

040 333 505 14 (Tobias Mittag)

040 796 128 25 (Georg Plicht)

040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

[www.h-l-f.de](http://www.h-l-f.de) (mit Prämienrechner) / [info@h-l-f.de](mailto:info@h-l-f.de)

# Schulpolitik in Hamburg – wo bleiben die Beschäftigten?

**11. Dezember 2019**

**18.00-20.00 Uhr**

**Curiohaus,  
Rothenbaumchaussee 15, Raum ABC**

Die Schule in Hamburg wird ausgebaut.

Mehr Schüler\_innen, mehr Schulen, Neubauten, Verdichtung, Campusschule, SEPL...

Bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen herrscht dagegen weitgehend politisches Schweigen. Arbeitsverdichtung und das unsägliche Arbeitszeitmodell gehen auf die Gesundheit der Kolleg\_innen.

Und wer redet eigentlich noch über Bildungsgerechtigkeit?

Diese Fragen wollen wir mit den schulpolitischen Expert\_innen der Parteien diskutieren.



## Podium:

Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende GEW Hamburg

Kazim Abaci (SPD)

Birgit Stöver (CDU)

Olaf Duge (GRÜNE)

Sabine Boeddinghaus (LINKE)

Daniel Oetzel (FDP)